

# **Zwischen Revolte und Niederlage**

**Selbständige Arbeiter auf dem  
Bau in England (1974/1997)**



Beilage zu Wildcat-Zirkular Nr. 42/43  
März 1998 – Einzelpreis 10 Mark



# Zwischen Niederlage und Revolte

## Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England (1974/1997)

Beilage zum Wildcat-Zirkular Nr. 42/43

## Inhalt

### Vorwort,

Anmerkung zur Übersetzung, Abkürzungen ..... 3

### Selbständige Arbeiter auf dem Bau

Pauschalarbeit in England (1974) ..... 9

### Die Leute sind ängstlich, aber sie dürsten nach Rache ...

Ein Brief vom März 1997 ..... 57

## Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin

e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln

e-mail: wildcat@link-lev.dinoco.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325

20327 Hamburg, Tel./Fax: 040-3908487

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat

Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

Tel.: 0621-657746, Fax: -657747, e-mail: suba@wildcat.rhein-neckar.de

## Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller



# Vorwort

Wir veröffentlichen hier zwei Texte aus England über Klassenkämpfe in der Bauwirtschaft. Der erste Text, »Selbständige Arbeiter auf dem Bau England«, ist die Übersetzung einer Broschüre von 1974 (!), die sich in das damals heiß umstrittene Thema der sogenannten »Pauschalarbeit« (»lump«, s.u. zur Übersetzung) einmischte. Sie stammt von Dave Lamb, und wurde von »Solidarity« herausgebracht, einer englischen rätekommunistischen Gruppe in den 70er Jahren. Im Mittelpunkt steht die »scheinselbständige« (wie es heute heißen würde) Beschäftigung von Bauarbeitern. Damals wurde sie nicht aus einer Situation der Schwäche, sondern der Stärke massenhaft praktiziert. Sie war eine bestimmte Form, um die gemeinsam von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften durchgesetzten Lohndiktate zu unterlaufen und sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Um dies deutlich zu machen, werden in der Broschüre die wichtigsten Einwände von gewerkschaftlicher und linker Seite aufgegriffen und kritisiert. Erst danach geht der Text im Abschnitt »Vielfalt« auf die verschiedenen Formen der »Pauschalarbeit« ein, deren starke Verbreitung in der Bauwirtschaft damals allgemein bekannt war, wie Zitate aus Parlamentsdebatten und Zeitungsartikeln zeigen. Heute wird »Scheinselbständigkeit« als neues Phänomen der 90er Jahre wahrgenommen, weshalb wir empfehlen, die Lektüre mit dem Abschnitt über die »Vielfalt« zu beginnen.

Der zweite Text ist ein Brief, den wir von einem uns politisch nahestehenden Bauarbeiter aus England letztes Jahr bekamen, als wir über die Frage der Veröffentlichung der Broschüre von 1974 diskutierten. Er stellt von heute aus einige optimistische Einschätzungen der Broschüre in Frage und kritisiert eine gewisse Oberflächlichkeit und vorschnelle Verallgemeinerungen. Er ist sich aber mit der damaligen Kritik an den Gewerkschaften und der traditionellen Linken einig und weist auf der Grundlage eigener Erfahrungen auf die politischen Möglichkeiten hin, die in dem subversiven Gebrauch einer bestimmten Art und Weise, seine Arbeitskraft zu verkaufen, steckten.

Warum 1998 eine fast ein Vierteljahrhundert alte Broschüre übersetzen und veröffentlichen? Die manchmal etwas langatmige und sich wiederholende Kritik an einer traditionellen Klassenlinken, die Zentralität der Arbeiterkritik an gewerkschaftlicher und staatlicher Einkommenspolitik, das Ausnutzen einer Boomphase von Arbeiterseite ... all dies scheint aus einer

anderen Welt zu stammen und heute nichts mehr auszusagen. Die Koordinaten haben sich um 180 Grad gedreht: Gewerkschaften, Tarifverträge oder staatliche Regulierungen gelten als die letzten Verteidigungslinien gegen den »neoliberalen Angriff«. In der Ausweitung formaler Selbständigkeit wird entweder nur eine vom Kapital aufgezwungene Prekarisierungsstrategie oder lediglich ein Übergangsprozeß – nicht zuletzt in der linken Szene – zu einer kleinkapitalistischen Existenz gesehen. Die Sehnstüchte und Ambitionen der ArbeiterInnen selbst scheinen dabei keine Rolle mehr zu spielen.

Aber gerade weil man uns heute dieses Bild aufdrängt, finden wir schon die schlichte Erinnerung an – meist vergessene – Verhaltensweisen in den 70er Jahren wichtig. Sie macht zum einen klar, daß das heute verklärte »Normalarbeitsverhältnis« den ArbeiterInnen damals nicht als höchstes Glück auf Erden, sondern als perfides Arbeitsgefängnis galt. Und sie zeigt, daß die Entwicklung und Praktizierung anderer Arbeitsverhältnisse keine einseitig vom Kapital bestimmte Angelegenheit war. Die Stärke des Textes liegt darin, daß er die Verbreitung neuer Beschäftigungsformen vom Klassenverhalten her untersucht. Er stellt sich die Frage, warum Bauarbeiter diese Form der Beschäftigung wählten und zu ihren Gunsten zu gebrauchen versuchten. Von den linken Avantgardeparteien wurde damals – wie heute – die These vertreten, die Ausdehnung der scheinselbständigen Pauschalarbeit sei eine vom Kapital durchgesetzte Strategie. Dave Lamb kritisiert diese Vorstellungen als die Ideologie von Parteien, die eine Führungsrolle im Klassenkampf beanspruchen und damit den Gedanken der Selbstbefreiung des Proletariats fallengelassen haben.

Das Bemühen, neue Entwicklungen nicht nur von der Seite des Kapitals her, sondern aus der Dynamik des Klassenkampfs zu verstehen, findet sich heute ansatzweise in den Thesen von Sergio Bologna und Karl Heinz Roth wieder, die die wachsende Bedeutung der selbständigen Formen von Arbeit betonen.<sup>1</sup> Sie sehen darin sowohl Aspekte einer neuen Proletarisierung, wie Ausdruck von Suche nach etwas anderem als der verhaßten Fabrik- und Lohnarbeit. Allerdings kommt gerade in den neueren Vorschlägen von Bologna zur staatlichen Regulierung der prekären Bereiche

---

<sup>1</sup> Die Thesen von Sergio Bologna haben wir im *Wildcat-Zirkular* Nr. 33 veröffentlicht: »Probleme der selbständigen Arbeit in Italien«. Dort findet sich außerdem eine neuere Untersuchung aus England zur Selbständigkeit von Helen Rainbird. Karl Heinz Roth hat seine Thesen in dem Vortrag »Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken« von 1993 vorgestellt; veröffentlicht in: Karl Heinz Roth (Hrsg.), *Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation und Debatte*, ISP Köln 1994.

wieder eben die Vertretungsstrategie der traditionellen Linken zum Vorschein, mit der sich die Broschüre von 1974 intensiv auseinandersetzt: eine Zusitzung erfuhr die von Gewerkschaften und traditionellen Linken geführte Kampagne gegen die Pauschalarbeit mit einem Gesetzesvorschlag zum Verbot dieser scheinselbständigen Beschäftigung – wobei sämtliche Argumente über verlorene Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge eingesetzt wurden, mit denen heute die Razzien der Arbeitsämter und Bullen auf Baustellen und in anderen prekären Bereichen legitimiert werden. Damals mußte die Regierung frustriert feststellen, daß sich ein solches Verbot gegen die massenhafte Praxis von ArbeiterInnen nicht würde durchsetzen lassen. Heute gelingt eine ständige Ausweitung der Razzien und Überprüfungen, weil sie gleichermaßen Beifall von der rechten Seite (wegen der Jagd auf »illegale« AusländerInnen) wie von Linken und Gewerkschaften (zur »Rettung des Sozialstaats«) erhalten.<sup>2</sup> Angesichts dessen hat die Kritik des bürgerlichen Steuer- und Sozialstaats in der Broschüre nichts an Aktualität verloren – allerdings ist diese Diskussion mittlerweile kaum führbar, da die neoliberalen Staatskritik von rechts reflexartig zu einer positiven Staatsorientierung von links führt.

In den 70er Jahren war es so gesehen viel leichter, die Illusionen über gewerkschaftliche oder staatliche Regelungen zu kritisieren. Eine feindliche Haltung zu den Gewerkschaften und selbständige Kampfformen von ArbeiterInnen waren – gerade in England – weit verbreitet. Den Statistiken zufolge waren 90 Prozent aller Arbeitskämpfe inoffiziell, also ohne oder gegen die Gewerkschaften geführte Streiks. Es war nicht so schwierig, hinter neuen Verhaltensweisen in der Arbeiterklasse die Suche nach einer anderen, besseren Welt zu erkennen – auch oder gerade wenn sie im Widerspruch zu den geliebten Klassenkampfschablonen der Linken standen. Heute scheinen alle neuen Entwicklungen nur noch auf einer welthistorisch einmaligen Übermacht des Kapitals (und seiner »Globalisierung«) zu beruhen und daraus erklärbar zu sein. Diesen Eindruck hinterläßt auch der Brief von 1997 – mit einem wichtigen Unterschied. Er betont, daß die Ausbreitung der scheinselbständigen Beschäftigung nicht automatisch ein Einfallstor für kapitalistische Prekarisierungsangriffe war, sondern erst nach einer entscheidenden Niederlage *im Klassenkampf*: dem Kampf der Bergarbeiter von 1984/85. Ein wichtiger Aspekt dieser Niederlage war es, daß auch in den Köpfen verlorenging, wie die Entwicklung neuer Ausbeutungsformen sich nur durch Klassenkämpfe hindurch vollziehen konnte. In den Debatten über die Entwicklung der Bauwirtschaft in Deutschland nach

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu die Beiträge in den *Wildcat-Zirkularen* Nr. 17, 18, 19, 25 und 26.

'89 fiel z.B. auf, daß gerade englische oder irische Bauarbeiter als Scheinselbständige arbeiten, zu immer noch ganz passablen Löhnen. Die Schwäche der ArbeiterInnen bestand und besteht allerdings darin, daß sie es in vielen Fällen nicht mehr durchsetzen können, daß die vereinbarten Löhne auch gezahlt werden!<sup>3</sup> Die Broschüre von 1974 erinnert daran, daß sich für die Bauarbeiter aus England mit dieser Praxis nicht nur eine moderne Form von Superausbeutung verbindet, sondern eine Praxis, die sie immer wieder für ihre eigenen Interessen zu benutzen versuchten. Entscheidend ist damit weniger die Frage, ob sie ihre Arbeitskraft in der einen oder der anderen Form verkaufen – was allemal Formen der Ausbeutung sind –, sondern wie sie dabei ihre eigenen Bedürfnisse besser durchsetzen und die dafür nötige Stärke entwickeln können. Sämtliche Vorschläge zu staatlichen Regulierungen gehen daran vorbei, sie unterstützen nicht die ArbeiterInnen bei der Entwicklung eigener Macht, sondern machen sie zum Objekt staatlicher Politik.

Auch wenn die Broschüre von 1974 von einer völlig anderen Welt handelt, die Erinnerung an die Geschichte der Kämpfe, durch die hindurch sich die Umbrüche der letzten Jahre vollzogen haben, ist wichtig, um heute wieder zu Untersuchungen und Initiativen in der Arbeiterklasse zu kommen. Untersuchungen über neue Formen der Proletarisierung (oder »Proletarität«) würden nichtssagend bleiben, wenn diese nicht mehr als Erscheinungsformen eines immer umkämpften Terrains, dem der Ausbeutung, verstanden werden. In diesem Sinne halten wir eine Broschüre, die von revolutionärer Seite und aus der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen ein Phänomen rechtfertigt, das heute als Ausgeburt kapitalistischer Strategien gilt, für eine gelungene Provokation linker Jammerei. ■

## Anmerkung zur Übersetzung

»*lump*«: Die Broschüre von Dave Lamb heißt im Original »The Lump – a heretical analysis«. Am liebsten hätten wir den Begriff »*lump*« einfach stehen gelassen, denn es gibt keine adäquate Übersetzung für ihn. Aber der Ausdruck »Lump« ist im Deutschen zu sehr mit einer Bedeutung besetzt, die er im Englisch in keinster Weise hat. Wörtlich heißt »*lump*« »Stück« oder »Klumpen«, »*lump sugar*« ist z.B. Würfelzucker. »*Lump payment*« ist eine »Pauschalbezahlung«, sehr gebräuchlich ist »*lump sum*«, ein »Pau-

---

<sup>3</sup> Zur Situation in der Bauwirtschaft und den Kämpfen um ausstehende Löhne siehe *Wildcat* Nr. 64/65 (März 1995) sowie *Wildcat-Zirkulare* Nr. 4, 6, 10, 11, 17 und 21.

schalbetrag«. Insbesondere in der Bauwirtschaft ist »lump« zu einem feststehenden Begriff für bestimmte Formen des Verkaufs der Arbeitskraft geworden, bei denen kein festes Arbeitsverhältnis eingegangen wird. Wie Dave Lamb in dem Abschnitt »Vielfalt« beschreibt, können darunter ganz verschiedene Ausbeutungsformen fallen. Gemeinsam ist ihnen, daß entweder zum Vorteil der ArbeiterInnen oder zum Vorteil der Unternehmer geltende gesetzliche oder tarifliche Regelungen umgangen werden. Wir hätten den Begriff statt mit »Pauschalarbeit« auch mit »Selbständigkeit« oder »Scheinselbständigkeit« oder »Arbeiter-Subunternehmer« oder »autonome Arbeiter« usw. übersetzen können, die die Sache mehr oder weniger treffen. Durch den hier eher ungewöhnlichen Ausdruck »Pauschalarbeit« – in Anlehnung an die eigentliche Bedeutung des Wortes »lump« – wollen wir vermeiden, daß beim Lesen sofort eine bestimmte rechtliche Regelungsform assoziiert wird. Denn beim »lump« geht es nicht so sehr um die rechtlichen Fixierungen, sondern bestimmte politische Verhaltensweisen in den Klassenauseinandersetzungen. Sowenig, wie sich der Begriff »Arbeiter« bzw. »Arbeitnehmer« rein rechtlich definieren läßt, wie die Juristen in der aktuellen Debatte um »Scheinselbständigkeit« bedauernd feststellen müssen, so läßt sich auch »lump« nicht auf eine präzise Vertragsform reduzieren.

»*labor-only subcontracting*«: Es hätte nahegelegen, diesen Begriff mit »Leiharbeit« zu übersetzen. Aber auch das weckt falsche Assoziationen im Deutschen. »Labor-only subcontracting« umfaßt auch die Arbeit von kleinen Selbständigen oder Kolonnen, die ohne eigenes Werkzeug oder Material arbeiten, und nicht nur das, was hierzulande als »Arbeitnehmerüberlassung« gesetzlich geregelt ist. Um dies zu verdeutlichen haben wir sehr wörtlich und etwas holprig mit »Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertum« übersetzt.

»*militant*«: Im Englischen, Französischen oder Italienischen hat der Begriff »militant« eine weit schwächere Bedeutung als im Deutschen, wo er mit Gewaltbereitschaft und Radikalität verbunden wird. Ein »Militanter« z.B. der Gewerkschaft ist einfach eine besonders aktive Person, kein bloßes Mitglied. Üblicherweise wird daher mit »Aktivist« oder »kämpferische Haltung« übersetzt. An einigen Stellen, z.B. in dem Abschnitt über den Unterschied zwischen »militanter« und »revolutionärer« Praxis haben wir den Begriff wörtlich übersetzt, da der Sinn aus den Gegenüberstellungen hervorgeht – und die Kritik an der nur »militanten« Haltung durchaus auch auf das zutrifft, was hier z.B. in autonomen Kreisen als »militant« gilt. ■

Gebrauchte *Abkürzungen* für englische Gewerkschaftsorganisationen:

- EEPTU Electrician and Plumbers Trade Union (Gewerkschaft der Elektriker und Klempner)
- EPIU Electricians and Plumbers Independent Union (Unabhängige Gewerkschaft der Elektriker und Klempner)
- GMWU General and Municipal Workers Union (Gewerkschaft im öffentlichen Dienst)
- NFBTO National Federation of Building Trades Operatives (Baugewerkschaft)
- UCATT Union of Construction, Allied Trades and Technicians (größte Baugewerkschaft in England)
- TGWU Transport General Workers Union (Transportarbeitergewerkschaft, größte Einzelgewerkschaft)
- TUC Trade Union Congress (Dachverband der englischen Gewerkschaften, vergleichbar dem DGB)

# **Selbständige Arbeiter auf dem Bau Pauschalarbeit in England (1974)**

## **Einleitung**

Die Ausweitung einer Arbeitsweise, die als »Pauschalarbeit« (engl. »lump«) bezeichnet wird, war in den letzten zehn Jahren ein wichtiger Faktor im Baugewerbe. Sie wurde von der Labour Party, den Gewerkschaftsfunktionären und auch denen, die von *Solidarity* als »traditionelle Linken« bezeichnet werden, kritisiert.

Ausgehend von der allgemeinen Perspektive und der politischen Position von *Solidarity* haben wir uns bemüht, »die Pauschalarbeit« zu verstehen. Das heißt, wir wollten nicht mit den leeren Parolen hantieren, die bisher das Thema vernebelt haben. Zu diesem Zweck untersuchen wir einige der Einwände, die gegen die Pauschalarbeit gemacht werden, und die dahinterstehenden Motive.

Diese Einwände sind die folgenden:

- I. Die Pauschalarbeit hat das Land 10 bis 200 Millionen Pfund an Steuereinnahmen gekostet.
- II. Die Pauschalarbeit hat zur faktischen Zerstörung der Baugewerkschaften geführt.
- III. Pauschalarbeiter sind Streikbrecher.
- IV. Die Pauschalarbeit spaltet die Arbeiter.
- V. Die Pauschalarbeit hat zu mehr Pfusch am Bau geführt.
- VI. Die Pauschalarbeit hat zu einer hohen Unfallrate geführt, ohne Entschädigungen für die Opfer.
- VII. Die Pauschalarbeit hat zu einer Verringerung der Anzahl von Auszubildenden im Baugewerbe geführt.
- VIII. Die Pauschalarbeit wurde Mitte der 60er Jahre von den Unternehmen eingeführt und war Bestandteil einer Verschwörung gegen die Arbeiterklasse.
- IX. Unter günstigen Bedingungen können Pauschalarbeiter zwar hohe Löhne erzielen, aber sie verspielen den Schutz, den ihnen die Gewerkschaften unter ungünstigeren Bedingungen bieten.
- X. Pauschalarbeiter arbeiten härter und vertreiben damit ältere Arbeiter vom Bau.

Es mag noch weitere, möglicherweise zutreffende Einwände geben. Im folgenden werden wir auf einige ernstzunehmende Einwände gegen die Pauschalarbeit eingehen. Aber wir wollen aufzeigen, daß diese nicht so sehr Einwände gegen die Pauschalarbeit sind, sondern vielmehr gegen die kapitalistische Ausbeutung selbst. Die Ausbeutung gibt es nicht erst seit der Pauschalarbeit, diese ist nur ein weiterer Aspekt einer ausbeuterischen Gesellschaft. Einige der schlimmsten Aspekte des heutigen Baugewerbes existierten *bereits vor* dem Aufkommen der Pauschalarbeit und sie müssen im Zusammenhang mit der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung sowie dem Widerstand der Arbeiterklasse dagegen betrachtet werden. In unserer Auseinandersetzung mit der Pauschalarbeit wollen wir vor allem darauf hinweisen, daß Tausende von Arbeitern erkannt haben, daß es jenseits der Festlegung von Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitgeber andere Wege gibt, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Das bedeutet nicht, daß die Pauschalarbeiter eine fortgeschrittene revolutionäre Kraft sind. Die ArbeiterInnen werden nur dann revolutionär, wenn sie das System in seiner Gesamtheit in Frage stellen. Was wir sagen ist, daß die Pauschalarbeiter *viele* der Beschränkungen und Hindernisse zurückgewiesen haben, die ihnen nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch durch die Gewerkschaften, die Labour Party und die verschiedenen politischen Sekten aufgedrückt wurden, die alle versucht haben, den Klassenkampf auf ihre Art zu *kontrollieren*.

An diesem Punkt müssen wir einige Begriffe erklären, die wir in dieser Broschüre benutzen. Mit »traditionelle Linke« bezeichnen wir einen bestimmten politischen Standpunkt, den Labour Party, Kommunistische Partei, International Socialists usw. teilen. Wir geben zu, daß sich diese Gruppen an bestimmten Punkten unterscheiden, aber wir verwenden diesen Begriff für *alle* diese Gruppen, weil sie unserer Ansicht nach in einem Punkt übereinstimmen. Sie behaupten alle mehr oder weniger, daß das Problem der Arbeiterklasse ein Problem von Führung sei. In diesem Sinne hat die *traditionelle Linke*, unter welchem Parteiaabzeichen sie auch auftreten mag, insgesamt das Bestreben, ihre jeweilige Version der »notwendigen« Führung durchzusetzen. Diese *traditionelle* Herangehensweise lehnen wir ausdrücklich ab und bestehen darauf, daß »die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß«.

# Pauschalarbeit

Zweck dieser Broschüre ist es, ein realistisches Verständnis jener Arbeitsorganisation zu liefern, die als »Pauschalarbeit« bezeichnet wird. Wir werden die Pauschalarbeit als das untersuchen, was gegenwärtig praktiziert wird, und nicht durch die Brille der Parolen und Mystifikationen, die sich um sie ranken. Dazu müssen wir die meisten Vermutungen und Unterstellungen beiseite lassen, die die gesamte bisherige Diskussion über dieses Thema vernebelt haben. Den Charakter der Untersuchung können wir vielleicht mit den Worten Spinozas umreißen: »Weder zum Weinen, noch zum Lachen, sondern zum Verstehen«.

Es geht uns darum, eine Arbeitsweise zu verstehen. Von einem libertären Standpunkt aus müssen wir fragen, welche Vorteile eine selbstbewußte Arbeiterklasse aus ihr ziehen kann. Eröffnet sie z.B. die Möglichkeit von Selbstverwaltung [self-management]? Führt sie zu einem »Anwachsen von Selbstbewußtsein, Autonomie, Initiative, Beteiligung, Solidarität, egalitären Tendenzen und Selbsttätigkeit der Massen«? Und trägt sie zur Entmystifizierung bei?<sup>1</sup>

Weil es uns in erster Linie darum geht zu *verstehen*, werden wir nicht versuchen, die Pauschalarbeit als solche zu rechtfertigen. Solche Rechtfertigungen überlassen wir denjenigen, die ein eigenes geschäftliches Interesse daran haben, wie »Labour-Force« – die Vermittlungsagentur für Streikbrecher – und andere Haie im Meer des Arbeitsmarktes. Als Sozialisten können wir keine Form der Ausbeutung verteidigen. Aber da ein Arbeiter in dieser Gesellschaft seine Arbeitskraft verkaufen *muß*, sehen wir nichts Verwerfliches darin, eine Form des Arbeitskraftverkaufs mit anderen zu vergleichen und ihre Vorteile abzuwägen.

Und weil wir wissen, daß in einer kapitalistischen Gesellschaft *alle* Formen der Beschäftigung Formen der Ausbeutung sind, machen wir uns keinerlei Illusionen bezüglich einer besonderen Form. So teilen wir nicht den magischen Glauben, unsere Arbeitsbedingungen müßten von einer Gewerkschaft ausgehandelt werden. Daher wenden wir uns auch gegen eine Kritik der Pauschalarbeit, die sich in so schwachsinnigen, von der traditionellen Linken<sup>2</sup> verbreiteten Parolen ausdrückt wie: »Verteidigt die Ge-

---

<sup>1</sup> Siehe: *As We Don't See It*. 5p. Solidarity London.

<sup>2</sup> Siehe die jüngsten Ausgaben von *Socialist Worker*, sowie ihre Basis-Zeitung *The Building Worker*.

werkschaften: Zerschlagt die Pauschalarbeit«. Solche Parolen drücken den wehmütigen Rousseau'schen Wunsch nach der Rückkehr zu früheren glücklichen Zeiten aus, die nie existiert haben. Wir fordern die Vertreter solcher Parolen auf, sich einmal zu überlegen, was sie eigentlich verteidigen, wenn sie die Formen des Arbeitskraftverkaufs verteidigen, die vor der Pauschalarbeit existiert haben. Wir müssen sie daran erinnern, daß sie eine kapitalistische Form der Ausbeutung verteidigen. Wir fragen sie, was denn so heilig an einem System ist, in dem ein bezahlter Vollzeit-Gewerkschaftsfunktionär die Tarife und Bedingungen aushandelt, unter denen die Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen müssen?

Wenn die Pauschalarbeit von fast einer halben Million Arbeiter akzeptiert wurde, dann wollen wir wissen, warum die traditionelle Linke dagegen ist. Wir wollen wissen, wie und warum die traditionelle Linke ein Drittel des Baugewerbes überreden will, in den Schoß der Gewerkschaft zurückzukehren. Unser Geschäft ist es nicht, Institutionen zu verteidigen, ohne die die Arbeiterklasse besser dran ist. Daher werden wir uns nicht zusammen mit der traditionellen Linken daran beteiligen, den Gewerkschaftsführern »ihr Versagen im Kampf gegen die Pauschalarbeit<sup>3</sup> vorzuwerfen. Von jenen, die darauf bestehen, daß die Arbeiterklasse ihre Arbeitskraft auf eine bestimmte Weise verkaufen soll, erwarten wir eine sehr gute Erklärung. Dabei akzeptieren wir allerdings *keinen* der Gründe, die zum Beispiel auf dem Wunsch basieren, die Gewerkschaften wegen einer altmodischen Parteistrategie der »Eroberung« der Gewerkschaften am Leben zu erhalten.

Wir haben gesagt, daß es uns nicht darum geht, die Pauschalarbeit ausdrücklich zu verteidigen, sondern sie zu *verstehen*. Wir werden so vorgehen, daß wir die von den verschiedenen Gegnern gegen die Pauschalarbeit vorgebrachten Argumente untersuchen und widerlegen. Auf diese Weise werden wir zugleich unsere eigene Position zur Pauschalarbeit entwickeln und darüberhinaus bestimmte Annahmen aufzeigen, die hinter den Argumenten stecken, die die Gegner der Pauschalarbeit vorbringen. Auf dem Marktplatz der revolutionären Perspektiven und Ideologien liegt der Schlüssel zum *Verständnis* irgendeiner Organisation in einer Untersuchung der Dinge, gegen die sie auftritt. Wir könnten so weit gehen zu sagen, daß eine politische Organisation historisch durch die Dinge definiert wird, gegen die sie auftritt. In diesem Fall wird eine Untersuchung der *Gründe*, warum eine politische Organisation gegen etwas eingestellt ist, viel über den Charakter dieser Organisation aussagen. Wenn wir es mit selbsternannten sozialistischen und Arbeiterklassen-Organisationen zu tun haben, ist es daher wich-

---

<sup>3</sup> Siehe *The Building Worker*, Oktober 1973.

tig, ihre *Gründe* für eine ablehnende Haltung offenzulegen und zu untersuchen.

In Bezug auf die Pauschalarbeit stellt sich die Frage, warum sich sowohl die Labour Party wie *sämtliche* trotzkistischen Sekten gegen sie wenden. Warum beteiligt sich auch die »Freedom«, die selbsternannte anarchistische Wochenzeitung, an der Opposition gegen die Pauschalarbeit? Warum sind sich »linke« und »rechte« Gewerkschaftsführer einig in ihrer Ablehnung?

Der Charakter der Gewerkschaftsführung lässt sich nicht besser beleuchten als anhand der von ihnen vorgebrachten Einwände gegen die Pauschalarbeit:

»Unsere grundsätzliche Kritik am Nur-Arbeitskraft-Subunternehmerum [labour only sub-contracting] und an der selbständigen Beschäftigung besteht darin, daß sie aufgrund ihrer Beschaffenheit korrumpern, zur *Disziplinlosigkeit* führen, die Moral zerstören und die Bauarbeit bis zu einem Punkt zersplittern, an dem es unmöglich wird, *Management-Methoden* einzusetzen. Das führt zu *Ineffizienz* und *hohen Kosten*, die auf lange Sicht eine unnötige Belastung der gesamten *Volkswirtschaft des Landes* darstellen.« (Aussage vor dem Phelps-Brown-Komitee 1968)<sup>4</sup>

Alle Gegner der Pauschalarbeit teilen mehr oder weniger die angeführten Einwände. Von dem ehemaligen International-Socialist-Mitglied Eric Heffer wurde die zitierte Passage zustimmend angeführt, als er am 18. Mai 1973 einen Gesetzesvorschlag gegen die Pauschalarbeit einbrachte. Während er darüber jammerte, daß es unmöglich sei »Management-Methoden einzusetzen«, standen Mitglieder der Labour Party, der kommunistischen Partei und von International Socialist vor dem Unterhaus und sangen gemeinsam »Verteidigt die Rechte der Arbeiter, zerschlägt die Pauschalarbeit«.

---

<sup>4</sup> Wie bringt die Gruppe *Internationalist Socialist* ihre Unterstützung für Heffer's Bill und seine ausdrückliche Begrüßung von »Management-Methoden« mit ihren eigenen Aussagen in *What We Stand For?* zusammen, wo sie sich gegen »Produktivitätsabkommen und Arbeitsplatzbewertungen« wendet? Vielleicht haben sie Lenins Eintreten für »Management-Methoden« im Sinn: »Die klassenbewußteste Vorhut des russischen Proletariats hat sich bereits die Aufgabe gestellt, die Arbeitsdisziplin zu heben. (...) Diese Arbeit muß unterstützt und mit allen Kräften vorwärts gebracht werden. Man muß den Stücklohn und vieles, was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem im Taylorsystem enthalten ist, auf die Tagesordnung setzen, praktisch anwenden und erproben.« (Lenin-Werke, Bd. 27, S. 249).

Aber diese Einwände sind nicht die der Arbeiterklasse. Ted Heath<sup>5</sup> selbst hätte sie nicht besser formulieren können. Das Problem der »Ineffizienz«, einer »starken Belastung der Wirtschaft« und der Unmöglichkeit, »Management-Methoden einzuführen« sind Probleme der Bosse und ihrer Regierung. Angesichts der zitierten Passage sollten wir meinen, daß ein Sozialist mehr über das wissen will, was Pauschalarbeit genannt wird und was den Bossen solche Kopfschmerzen verursacht.

Aus den obigen Einwänden geht klar hervor, daß die Pauschalarbeit zu einem Problem der *Kontrolle* führt: die Pauschalarbeiter sind heute nicht kontrollierbar. Aufgrund dieses Mangels an Kontrolle gibt es heute eine derartige Übereinstimmung in der Ablehnung der Pauschalarbeit. Die Kritik an ihr beruht in erster Linie auf dem Bemühen, die Vorherrschaft der eigenen Organisation durchzusetzen, statt die Ziele der arbeitenden Menschen zu unterstützen.

Wir wollen nun diese verschiedenen Einwände untersuchen.

## I. **Die Pauschalarbeit hat das Land 10 bis 200 Millionen Pfund an Steuereinnahmen gekostet**

Was für eine Art von sozialistischer Kritik soll denn das sein, ließe sich dagegen sofort einwenden. Trotzdem haben wir uns entschlossen, diesen Kritikpunkt als ersten zu behandeln, weil er im Mittelpunkt des vielgerühmten Vorschlags von Heffer zu einem gesetzlichen Verbot der Pauschalarbeit steht; ein Vorschlag, der vom *Socialist Worker* und vom *Morning Star* (Mai 1973) unterstützt wurde. Bei der Vorlage seines Gesetzesentwurfs erklärte Heffer:

»Lassen Sie mich kurz die schlimmsten Seiten des Systems aufzählen. Erstens ist es mit weitverbreiteter Steuerhinterziehung verbunden. Der Betrag, der der Regierung verlorengeht, läßt sich nicht berechnen. Es hat eine Reihe von Schätzungen gegeben, der Betrag soll irgendwo zwischen 10 und 200 Millionen Pfund liegen. Genau läßt sich das nicht sagen.« (18. Mai 1973, *Hansard*)

Der von der Bauarbeitergewerkschaft UCATT [Union of Construction, Allied Trades and Technicians] gesponserte Heffer betonte, Tausende von Arbeitern würden für seinen Gesetzesvorschlag demonstrieren. Wir fragen uns aber, wie viele von ihnen sich wie Heffer darum Sorgen machen, daß

---

<sup>5</sup> Premierminister der Tory-Regierung 1970-1974. Anm.d.Ü.

*»Die Art und Weise, in der das System der Pauschalarbeit die antiinflationäre Politik der Regierung zerstört, ist ein Beispiel dafür, daß sich die Politik und die sozialen Prioritäten der Regierung nicht durchsetzen lassen, solange wir in einem für das Land dermaßen wichtigen Wirtschaftssektor dieses Ausmaß von Chaos und Durcheinander haben.«* (Reg Prentice, Labour-Abgeordneter, 18. Mai 1973)

#### **Wessen Nation?**

*»Wenn etwa ein Viertel der Beschäftigten keine Steuern zahlt, muß die Gesellschaft darunter leiden.«* (Lewis Carter-Jones, Hansard, 18. Mai 1973)

die Regierung Mitglieder der Arbeiterklasse nicht davon abhalten kann, einen Teil eben der Steuerbefreiungen für sich zu benutzen, die der herrschenden Klasse zur Verfügung stehen.

Alle Redner der Labour Party betonten, die Hinterziehung von Einkommenssteuer sei das Unerfreulichste an der Pauschalarbeit. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die verschiedenen Methoden, mit denen die Pauschalarbeiter das Steuergesetz von 1971 umgehen, das sie zur Zahlung von 30 Prozent Einkommensteuer verpflichtet. Etwa 385 000 Steuerbefreiungsbescheinigungen sind an Arbeiter ausgestellt worden, die durch eine Gesetzeslücke schlüpften (da sie formal als selbstständig gelten). Etwa 26 000 haben mit einem Kapital von unter 100 Pfund eine Firma gegründet. Ein weiterer Alptraum für die Labour Party war die Tatsache, daß Arbeiter keine Sozialversicherungsbeiträge zahlten. Warum selbsternannte Sozialisten den Schwindel mit der Sozialversicherung verteidigen sollten, gehört zu den rätselhaftesten Erscheinungen dieser Debatte.

Der »linke« Sozialist Lewis Carter Jones klagte über den Verlust von schätzungsweise 50 Millionen Pfund Steuereinnahmen und sagte: »Das ist eine schreckliche Anklage gegen das System« (ebd.). Der Labour-Abgeordnete Tom Urwin fügte hinzu, daß »Pauschalarbeiter die Unternehmer erpressen können, indem sie sich weigern zu den landesweit ausgehandelten Verträgen zu arbeiten, aus dem einfachen Grund, weil sie bessere Lohnverträge bekommen können, wenn sie sich nicht an die Regeln des Baugewerbes halten«. Das Baugewerbe sei »eine der größten Schieberegeln aller Zeiten« geworden, rief er. Natürlich bezog er sich auf den Verlust von Einkommensteuer und nicht auf die Schieberegeln seines Parteikameraden Dan Smith! Es ist in der Tat bezeichnend, daß Heffer, Carter-Jones und Urwin genauso wie ihre Freunde von der Tory-Partei sofort über Steuerhinterziehung zu klagen anfangen, wenn sie von Arbeitern begangen wird. Ein Arbeiter, der Möglichkeiten zur Umgehung der Einkommensteuer findet, ist ein Verbrecher; wenn eine Mitglied des Lonrho Boards an Millio-

### »Alpträume eines Bürokraten«

»Mr. George Henderson, ein Sekretär aus dem Hauptvorstand meiner Gewerkschaft, kann davon erzählen, wie er zu den Baustellen geht und nach dem Baustellenbuch fragt, um festzustellen, wer dort beschäftigt ist. Sehr oft stehen in diesem Buch die Namen einer der Phantasie entsprungenen internationalen Fußballmannschaft mit Leuten wie Bobby Charlton, Willie Henderson, Denis Law und anderen bekannten Fußballern.«

Die ehrenwerten Abgeordneten mögen darüber lachen, aber der entscheidende Punkt ist, daß nicht ordnungsgemäß Buch geführt wird. Das Register sollte die auf der Baustelle Beschäftigten enthalten, damit sie ihre Einkommensteuer und Sozialabgaben bezahlen. Wir können über einige dieser Tricks lachen, aber ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft sind tödlich. Ein Verlust von 50 [Millionen] Pfund an Einkommensteuer für die Staatskasse ist eine empörende Mißachtung des Systems.«

(Lewis Carter-Jones, Labour-Abgeordneter, Hansard, 18. Mai 1973)

nen-Schiebereien beteiligt ist, wird er für seine Initiative gerühmt. Aber das ist nichts Neues. Für die Mittelschichten ist die Steuerhinterziehung schon seit langem in Form der Steuerberater institutionalisiert worden.

Die Sorge der Labour Party um die Steuerhinterziehung durch Pauschalarbeiter könnte von einigen damit entschuldigt werden, daß sie auf der Gefahr beruht, Arbeiter, die keine Steuern zahlen, könnten die anderen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt unterbieten. Aber bis jetzt hat keiner in der Labour Party auf die Gefahr des gegenseitigen Unterbietens hingewiesen; sie ärgern sich nur über diejenigen, die höhere Löhne herausschlagen, als das Pay Board<sup>6</sup> ihnen zugestehst. Wir sollten bei dem Problem der Steuern und des Unterbietens die wirklichen Dimensionen im Auge behalten. Die schädliche Tendenz, daß sich Arbeiter gegenseitig auf dem Arbeitsmarkt unterbieten, gibt es schon wesentlich länger als die Pauschalarbeit. Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde sie von Robert Tressell in seinem Roman *The Ragged-Trousered Philanthropists*<sup>7</sup> als eine der spalterischsten Tendenzen in einer kapitalistisch betriebenen Bauwirtschaft und als ent-

---

<sup>6</sup> Pay Board: ein paritätisch besetztes Gremium, das im Rahmen der antiinflationären Preis- und Einkommenspolitik der Regierung verbindliche Obergrenzen für Lohnsteigerungen festsetzte. Anm.d.Ü.

<sup>7</sup> *The ragged trousered Philanthropists* ist einer der bekanntesten und einflußreichsten englischen sozialistischen Arbeiterromane aus dem frühen 20. Jahrhundert. Er schildert das alltägliche Leben, die Kämpfe und Diskussionen von Handwerkern in der Bauwirtschaft. Eine deutsche Übersetzung ist im Schwarzrrotbuch-Verlag, Berlin, für Herbst '98 angekündigt: Tressell, Robert / Noonan, Robert: *Menschenfreunde in zerlumpten Hosen*. Anm.d.Ü.

scheidendes Hindernis für Klassen-solidarität dargestellt. Aber wir müssen betonen, daß die Arbeiterklasse dieses Problem *selber aus der Welt schaffen muß*. Es kann nicht durch Maßnahmen der Finanzämter beseitigt werden. Die Besteuerung hat noch nie dazu gedient, die Solidarität der Arbeiterklasse zu stärken. Mit der Besteuerung versucht die Regierung, die Kaufkraft der ArbeiterInnen einzudämmen und zu regulieren; sie wirkt den spalterischen Tendenzen des Kapitalismus in keiner Weise entgegen. Für die herrschende Klasse ist hingegen die Steuerhinterziehung die Art, wie sie sich den Einschränkungen und Regulierungen entzieht, die sie der Kaufkraft anderer auferlegt. Wenn die ArbeiterInnen Steuern umgehen, dann ist dies ein Angriff auf die Rechte und Privilegien der herrschenden Klasse. Mehr noch, sie stellen damit das Recht der herrschenden Klasse in Frage, die Kaufkraft der Arbeiterklasse einzuschränken.

Es könnte auch angeführt werden, die Betonung der Steuerhinterziehung in Heffers Gesetzesvorschlag gegen die Pauschalarbeit sei nur ein taktischer Trick gewesen, um in der Debatte die Unterstützung der Tories zu gewinnen. Dies war keineswegs der Fall. Labour Party und Gewerkschaften sind ernsthaft über den Verlust von Steuereinnahmen besorgt. Warum sollten sich »Vertreter« der Arbeiterklasse Sorgen um die Zukunft von Arbeitern machen, die sich ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem kapitalistischen Staat entziehen? Und warum sollten Gewerkschaften, die für die Befreiung ihrer Mitglieder ins Leben gerufen wurden, nun versuchen, sie in Ketten zu halten? Labour Party und Gewerkschaften würden entgegnen, daß die Steuerhinterziehung zu Inflation führe. Wir hören soviel über »das Problem der Inflation«, daß niemand mehr die lästige Frage stellt, worum es dabei eigentlich geht. Im Kern läßt sich das Problem in vier Worte fassen: »Die Arbeiter bekommen zuviel!« Für die Bosse und ihre Regierung ist das natürlich ein Problem. Eine Wirtschaft, von der hauptsächlich eine Klasse profitieren sollte, läßt der ausgebeuteten Klasse irgendwie zuviel zukommen. Normalerweise geschieht das in Zeiten hoher Beschäftigung und die klassische Lösung besteht darin, es ihnen über Steuern wieder wegzunehmen. Damit ist klar, warum die Inflation für die

### Das Gesetz von Sir Lindsay Parkinson

Als der Vorsitzende von Parkinson, Denis Weiner, gefragt wurde, warum die Löhne trotz des Pay Board zwischen dem 9. Januar und dem 2. Mai von 1,15 Pfund auf 1,75 Pfund gestiegen sind, sagte er: »Wir müssen einen Vertrag erfüllen. Wir müssen bei Verzögerungen die vereinbarten Konventionalstrafen zahlen, egal wieviel Lohn wir unseren Leuten zahlen. Die Lohnrichtlinien helfen uns nicht, die Arbeit zu erledigen.« (Sunday Times, 26.8.73)

Tories ein Problem ist. Für diejenigen, die irrtümlicherweise annehmen, daß die Gewerkschaften und die Labour Party andere Ziele als die Tories verfolgen, sollte es allerdings irritierend sein, daß auch sie vom Problem der Inflation reden.<sup>8</sup>

Es gehört zur Ironie der bürgerlichen Ideologie, daß in ihr die Probleme der Bourgeoisie zu Problemen der »gesamten Nation« werden. Die Inflation wird zu einem »schwerwiegenden nationalen Problem«. Wer keine Steuern zahlt, verschärft die Inflation. Daher handeln die Pauschalarbeiter, die Steuerzahlungen umgehen, gegen das *nationale Interesse*. In dem Maße, wie sich die Gewerkschaften und die Labour Party mit dem *nationalen Interesse* identifizieren, das im Gegensatz zu Interessen der Arbeiterklasse steht, haben sie »das Problem der Inflation« als ihr eigenes Problem akzeptiert. Daher hat die Wilson-Regierung die Löhne eingefroren und daher sind sie ängstlichst bemüht, die Arbeiter von einem Ausstieg aus dem Steuersystem abzuhalten. Daher röhrt auch die anscheinend paradoxe Situation, daß Labour-Abgeordnete zusammen mit Unternehmensbossen die Pauschalarbeiter verurteilen, die zur Umgehung von Einkommensteuer Kapitalgesellschaften gründen.

Den Argumenten der Gewerkschaften und der Labour Party gegenüber müssen wir betonen, daß die Inflation *kein* Problem der Arbeiterklasse ist. Ein Problem ist sie nur für diejenigen, die eine kapitalistische Wirtschaft besser managen wollen als die Kapitalisten selbst. Wenn Arbeiter jede Gelegenheit beim Schopf ergreifen, um Steuern zu sparen, wenn sie auf geniale Weise Schlupflöcher im Steuerrecht entdecken, sagen sie damit sowohl den Gewerkschaften als auch der Labour Party, wie sie über das sogenannte »Problem« der Inflation denken. *In dieser völlig »prinzipienlosen« Lösung liegt, so könnten wir sagen, die einzige mögliche praktische und prinzipielle Zurückweisung der bürgerlichen Ideologie und Mystifizierung in der Sphäre der Ökonomie.*

Nachdem die Gewerkschaften nicht länger für die Inflation verantwortlich gemacht werden können, ist nun ein neuer Schurke in Gestalt des Pauschalarbeiters gefunden. Wie ein Journalist in der bekannten »sozialistischen« Tageszeitung *The Sunday Telegraph* kürzlich schrieb: »Ist es nicht

---

<sup>8</sup> »Weil sie nicht mehr behaupten können, es gäbe aufgrund (a) zurückgehender Produktivitätssteigerungen oder (b) steigender Arbeitslosigkeit eine ›wirtschaftliche Krise‹ haben gewisse ›Marxisten‹ mitten im Rennen die Pferde gewechselt und betrachten nun die Inflation als das wesentliche Indiz für die ›Krise‹. Das können sie tun, aber nicht im Namen des Marxismus. ›Wirtschaftliche Krise‹ ist in fast allen Schriften von Marx mit fallenden Preisen (Deflation) und *nicht* mit steigenden Preisen (Inflation) verbunden.« Siehe *What Sort of Crisis*, Solidarity London, Vol. 7, No. 8.

merkwürdig zu sehen, daß die selbständigen Arbeiter über eine solche Stärke verfügen, daß die Unternehmer ›Inflation‹ schreien« (28. August 1973).

## **II. Die Pauschalarbeit hat zur faktischen Zerstörung der Baugewerkschaften geführt**

Es wäre richtiger zu sagen, daß die Gewerkschaften sich selbst zerstört haben. Die Pauschalarbeit ist nicht die *Ursache* des Zusammenbruchs der Baugewerkschaften, sondern ein Ausdruck dafür, daß die Arbeiter ihre Arbeitsbedingungen nicht gerne von Vollzeitfunktionären bestimmen lassen, deren Lebensweise sich von ihrer eigenen radikal unterscheidet. Wir könnten sagen, die Pauschalarbeit hat sich ausgebrettet, weil sich die Gewerkschaften mehr um das »nationale Interesse« als um einen »besseren Deal« für ihre Mitglieder gekümmert haben.

Wir müssen uns klarmachen, daß die Bauarbeiter *massenhaft* die Gewerkschaften ablehnen. Immer wieder die alten Klischees wie »Zerschlägt die Pauschalarbeit – verteidigt die Gewerkschaften« zu wiederholen, geht am Kern des Problems vorbei. Es ist wichtig zu *verstehen*, aus welchen Gründen die Gewerkschaften als die Verhandlungsgorgane des Bausektors den Bach runter gehen.

Die Zeit unmittelbar nach dem Krieg erlebte den größten Zustrom von Bauarbeitern in die Gewerkschaften. Es ist klar, daß sie aus Gründen der Absicherung eintraten und nicht aufgrund irgendeiner Vorliebe für das Gewerkschaftswesen. Seit Mitte der 50er Jahre können wir eine deutliche Abwanderung der Arbeiter aus den Gewerkschaften feststellen. 1957/58 wurde aus diesem Rinnens ein reißender Strom, als Tausende von Arbeitern den Bauboom ausnutzten, der durch das Mietengesetz von 1957/58 ausgelöst worden war. Ihnen wurde klar, daß sie ohne die Vermittler der Gewerkschaften viel mehr für ihre Arbeit rausholen konnten. Trotz gelegentlicher Konjunktureinbrüche hielt dieser Trend bis in die 60er Jahre an. Tatsächlich verschafften sich viele entlassene Gewerkschaftsmitglieder wieder einen Job, indem sie »selbständig wurden«; und wenn es der Bauwirtschaft wieder besser ging, hatten sie kein Interesse, in den Verein zurückzukehren. Es gab viele Gründe für den Niedergang der Baugewerkschaft, die folgenden drei waren die wichtigsten:

## **1. Die Vorfälle auf der Barbican-Baustelle**

Mitte der 60er Jahre richteten sich die Blicke aller Militanten im Baugewerbe auf den Kampf beim Barbican. Es war ein langer und harter Kampf, in dem sich die Arbeiter mit den Unternehmern, den Medien und auch den Gewerkschaften auseinandersetzen mußten. In den überregionalen Tageszeitungen erschienen ganzseitige Anzeigen der Gewerkschaften, in denen der Streik als inoffiziell gebrandmarkt wurde.<sup>9</sup> Viele Militante vom Barbican kamen auf schwarze Listen sowohl der Gewerkschaften wie der Unternehmer, so daß diejenigen, die weiter auf dem Bau blieben, Pauschalarbeit machten und die Zahl der Gewerkschaftsablehner vergrößerten.

## **2. Die Konventionalstrafen**

Die Haltung der Gewerkschaft zum Barbican war einer der Gründe für die abnehmenden Mitgliederzahlen. Ein weiterer Grund kann indirekt auf den Kampf beim Barbican zurückgeführt werden. Bei langandauernden Auseinandersetzungen mußten die Vertragsfirmen hohe *Konventionalstrafen für Verzögerungen* zahlen. Die Einführung von Konventionalstrafen führte dazu, daß die Unternehmer bereit waren, einen höheren Prozentsatz ihrer Profite als Löhne auszuzahlen, um Strafen zu vermeiden. Zusammen mit einem deutlichen Rückgang des Arbeitskräfteangebots stärkte dies die Verhandlungsposition der Facharbeiter. 1966 betrug die Anzahl der Arbeiter in der Bauindustrie insgesamt 1 090 000. Bis 1970 war die Zahl auf 835 000 gesunken. Durch die gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften hatte sich die Verhandlungsposition der Arbeiter wesentlich verbessert. Die Unter-

---

<sup>9</sup> Der vollständige Text der Anzeige ist auf der folgenden Seite dokumentiert. Der holländische Rätekommunist Cajo Brendel schrieb 1974 über diesen wichtigen Arbeitskampf: »Bevor das Inserat in den Zeitungen erschien, war das Barbicanprojekt wochenlang der Schauplatz äußerst heftiger Aktionen. Zahlreiche Streikende kämpften dort erbittert mit der Londoner Polizei. War an einer anderen Stelle des Inserats von »nur wenigen, nicht repräsentativen Rädelsführern« die Rede, sah die Wirklichkeit so aus, daß einige Hundert Streikende lediglich vier Streikbrecher mit Ziegelsteinen verscheucht hatten. Jene vier waren der Rest von höchstens 36 gewesen, die sich ursprünglich zu streikbrechenden Tätigkeiten hatten verführen lassen, die aber trotz des Polizeischutzes dem täglichen, höhnischen Gelächter der streikenden Masse nicht mehr gewachsen waren. Eine Woche vor der schönen Anzeige widmete der ›Guardian‹ dem Barbicankonflikt einen interessanten Kommentar. Er erklärte, ›die Behauptung, die Arbeiter des Projekts seien vom Bauarbeiterverband vertreten, komme der Behauptung gleich, das heutige China werde von Tschiang Kai-schek regiert. Wer derartige Dinge von sich gibt, macht das nur, weil er sich weigert, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen.‹ Was der ›Guardian‹ schrieb bezog sich faktisch nicht nur auf den Barbicanstreik. Es bildete den Schlüssel zum Verständnis der industriellen Konflikte Englands im allgemeinen. Es wurde klar, daß die Arbeiter sich selber vertreten.« (Cajo Brendel: Autonome Klassenkämpfe in England 1945-1972, Karin-Kramer Verlag Berlin 1974, S. 45) Anm.d.Ü.

*Die folgende Anzeige erschien am 26. Oktober 1967, während des Kampfs beim Barbican, an herausragender Stelle in der landesweiten Presse.*

Im Interesse der industriellen Ruhe und Ordnung sind hier **die Tatsachen über**

### **DIE BARBICAN-BAUSTELLE (PHASE IV)**

Es gibt **KEINEN ARBEITSKAMPF** zwischen dem Management und den Gewerkschaften auf der Barbican-Baustelle der Firma Myton. Es sind ordentliche Vereinbarungen getroffen worden betreffend:

- (i) Prämienzahlung
- (ii) Abwicklung der Baustelle
- (iii) Vergünstigungen für Vertrauensleute
- (iv) Einstellungen und Gewerkschaftsmitgliedschaft

Es gibt **KEINEN STREIK** auf der Barbican-Baustelle. Die Baustelle ist offen, und Gewerkschaftsmitglieder haben die Freiheit, dort zu arbeiten, und werden dabei von ihren Gewerkschaften unterstützt.

Der Fall der sechs Männer, denen die Wiedereinstellung verweigert wird, wurde von der gemeinsamen Kommission verhandelt, die in der Bauindustrie eingesetzt worden ist, um Meinungsverschiedenheiten auf demokratische Art und Weise beizulegen. Diese aus Repräsentanten der Gewerkschaften und der Unternehmer paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommission beschloß im März, daß Myton diese Männer nicht wieder einzstellen muß. Diese Entscheidung ist vom amtlichen Untersuchungsausschuß, den Arbeitsminister Ray Gunter unter Leitung Lord Camerons eingesetzt hat, vollständig bestätigt worden. Der Minister hat die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses gänzlich akzeptiert.

Daher haben die Demonstrationen und Streikposten, die von einigen wenigen nicht repräsentativen Einzelpersonen am Barbican organisiert werden, keinerlei Autorität; sie zielen darauf ab, die Autorität der ordentlich gewählten Gewerkschaftsvertreter zu untergraben.

Die Baugewerkschaften sind der Meinung, daß es in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit ein unhaltbarer Zustand ist, daß einige Einzelpersonen, die niemanden außer sich selbst vertreten, 200 bis 300 Arbeiter an der Beschäftigung auf einer Baustelle zu hindern versuchen, die ihnen ein beträchtliches Einkommen zu ordentlichen Tariflöhnen bietet.

Die Unterzeichner haben den ungewöhnlichen Schritt unternommen, eine Erklärung dieser Art zu veröffentlichen, um die Autorität von Ruhe und Ordnung in der Bauindustrie aufrechtzuerhalten.

**Leslie Kemp** (National Secretary, Transport & General Workers« Union)

**George Lowthian** (General Secretary, Amalgamated Union of Building Trade Workers)

**George Smith** (General Secretary, Amalgamated Society of Woodworkers)

**Harry Weaver** (General Secretary, National Federation of Building Trades Operatives)

**Martin Grafton** (Director, National Federation of Building Trades Employers)

nehmer waren bereit zu zahlen, aber, und das ist die Ironie, unter der Labour-Regierung wollten die Gewerkschaften den Lohnstopp nicht durchbrechen. Sie scheuteten davor zurück, Löhne auszuhandeln, die die Unternehmer sehr wohl hätten zahlen können. Dieser Prozeß dauert bis heute an. Das Angebot an Fachkräften nahm weiter ab, während sich die Gewerkschaften immer noch an die Phasen II und III der Einkommenspolitik der Heath-Regierung hielten. Der Generalsekretär der Baugewerkschaft UCATT, G.F.Smith, beschwerte sich daher in einem Brief an *The Times* darüber, daß die Pauschalarbeiter die Löhne weit über das hinaus getrieben hätten, was die Gewerkschaften fordern würden:

»Diese Leute sind im Wohnungsbau so stark vertreten, daß verlässlichen Schätzungen zufolge ihre Einkommen seit dem Lohnstopp der Regierung um 20 Prozent gestiegen sind. Bei den national ausgehandelten Bautarifen hat es in diesem Zeitraum keine Erhöhung gegeben.« (*The Times* vom 16. Mai 1973)

Da sich die Gewerkschaften mit Tarifverträgen aus »nationalem Interesse« selber lahmgelegt hatten, nutzten die Arbeiter verstärkt die Vorteile direkter Lohnverhandlungen. Das zahlte sich in jedem Fall aus. Zum Beispiel verdienten die Maurer, die im allgemeinen lokale Verträge aushandelten, im Schnitt 60 Pfund die Woche, während die Elektriker an den lähmenden Vertrag mit dem Joint Industrial Board<sup>10</sup> gebunden waren, der ihnen nur wenig mehr als 20 Pfund die Woche zugestand.

### 3. Der Tarifvertrag der Bauarbeiter von 1970<sup>11</sup>

Langfristig war die Unterschrift unter diesen Vertrag das Todesurteil für die Baugewerkschaften. Aber zunächst war es einfach ein bösartiges und hinterhältiges Manöver von den Vollzeitfunktionären der Baugewerkschaft NFBTO. Für den armseligen Tarif von 20 Pfund die Woche unterschrieb die Gewerkschaft Klauseln über Flexibilisierung und Gruppenprämien — wobei sich die letzteren als die tödlichste aller Waffen gegen *baustellenweit* organisierte Militanz erwiesen.

Schauen wir uns mal Artikel 4 des Tarifvertrags an:

*Leistungsanreize und Produktivitätsvereinbarungen, §§ 3-5:* »Die Zahl der Arbeiter, die prämienmäßig als eine Einheit behandelt werden, sollte so klein sein, wie es technisch noch praktikabel ist.

---

<sup>10</sup> Wie das Pay Board ein Gremium der staatlichen Einkommenspolitik.

<sup>11</sup> Siehe *Building Workers' Pay Deal. Solidarity N West.*

Prämien sollten nicht kollektiv für ein Gewerbe oder eine Baustelle gezahlt werden, außer unter außergewöhnlichen Umständen und wenn es gemeinsam vereinbart wurde.«

Diese Vereinbarung richtete sich unmittelbar gegen kollektive Tarifverhandlungen für ganze Baustellen. Die Zahlung von *Gruppenprämien* statt einer *Baustellenprämie* sollte den Unternehmern die unbeschränkte Vollmacht liefern, eine Abteilung auf der Baustelle gegen die anderen auszuspielen, und junge gegen alte Arbeiter. Die verschiedenen Gruppen sollen zu einem Kampf aller gegen alle aufgestachelt werden. Dies von den *Gewerkschaften* unterzeichnete Abkommen bot den Unternehmern alle Vorteile der Pauschalarbeit, ohne den Arbeitern auch nur einen davon zu geben: sie mußten sich an Phase II, III usw. der staatlichen Lohnkontrolle halten, was die Pauschalarbeiter nicht mußten; sie mußten Versicherungsbeiträge und Einkommensteuer bezahlen, was die Pauschalarbeiter umgehen können; und sie waren der Disziplin, den Arbeitszeiten usw. unterworfen, was die Pauschalarbeiter nicht sind. Was die Arbeiter von den Gewerkschaften bekamen, waren jedoch die Nachteile, die die Linke jetzt der Pauschalarbeit zuschreibt. Die Akzeptierung eines Gruppenprämiensystems führt viel stärker zur Spaltung, als es irgendeine Form der Pauschalarbeit tun könnte. Wenn die traditionelle Linke sich darüber beschwert, daß die Pauschalarbeit die Arbeiterklasse spaltet, sollten sie sich daran erinnern, daß die Gewerkschaften 1970 bei einer der niederträchtigsten Spaltungen mitgemacht haben.

Zudem hatte der Tarifvertrag eine Laufzeit von mindestens zweieinhalb Jahren. Das bedeutete, daß die Gewerkschaften in einer Zeit des Facharbeitermangels eine gefügige Arbeitskraft garantieren, die keine Möglichkeit mehr hatte, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt für sich auszunutzen. Es ist kein Wunder, daß diese Zwangsjacke nicht mehr hielt, als sich fast eine halbe Million Arbeiter dazu entschloß, ihre *eigenen Tarifverträge* auszuhandeln.

Dieser massenhafte Exodus hatte schwerwiegende Folgen. Linke wie rechte Gewerkschaftsführer, Parlamentsabgeordnete der Labour Party und einige Tories forderten zusammen mit der Kommunistischen Partei, den International Socialists, der International Marxist Group und der Socialist

**Guardian vom 19. Mai 1973:**  
»Mr. Channon [Wohnungsbauminister] sagte, er habe gehört, daß Zulieferfirmen die Registrierungsauflagen umgehen wollen, indem sie sich in Kapitalgesellschaften umwandeln. Es gibt eine Anzahl von Leuten in der Bauwirtschaft, die solche Methoden ausprobieren wollen, darauf sollten sich zukünftige Änderungen des Steuerrechts einstellen. Aber es gibt auch viele verantwortliche und rechtschaffene Leute in diesem Bereich.«

*»...in der Bauwirtschaft werden diese Steuerbefreiungsbescheide weitergereicht wie Dollarnoten, oder wie die alten Pfundnoten, als sie unter einer Labour-Regierung noch etwas wert waren. Es kann unmöglich zurückverfolgt werden, auf wen sie ursprünglich ausgestellt wurden und an wen sie schließlich gelangen, denn dort verschwinden sie genauso, wie diese Arbeiter verschwinden, die auf Baustellen kommen, sich als Mickey Mouse, Bobby Charlton oder George Best eintragen und dann nach fünf Monaten verschwinden, so daß sie keine Steuern bezahlen müssen, die dann aber auf der gegenüberliegenden Baustelle wieder auftauchen und sich dort für die nächsten fünf Monate als Paul Channon oder Edward Heath eintragen.« (Kevin MacNamara, Parlamentsabgeordneter, 18. Mai 1973)*

Labour League eine gesetzliche Einschränkung des Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertums und der damit erzielbaren Einkommen. Zwei Regierungen haben eine solche Gesetzgebung vorbereitet, und es gab Versuche, die Pauschalarbeiter massiv zu besteuern. Das Steuergesetz von 1971 verpflichtet alle selbständigen Bauarbeiter, die in den letzten drei Jahren keine korrekte Einkommensteuererklärung abgegeben haben, zur Zahlung von 30 Prozent Einkommensteuer. Aber es ist schwierig, der Findigkeit der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben. Der unstete und veränderliche Charakter des Gewerbes ermöglicht es vielen Arbeitern, die Steuern einfach zu ignorieren.

Eine weitere Möglichkeit sind die Steuerbefreiungsbescheinigungen, die sich bis Oktober 1972 etwa 385 000 Bauarbeiter besorgt hatten. Mittlerweile existiert ein schwunghafter Handel mit diesen Bescheinigungen auf dem Schwarzmarkt, wo sie momentan etwa 150 Pfund pro Stück kosten. Viele Arbeiter haben Schlupflöcher im Gesetz ausgenutzt. Die Besteuerung läßt sich durch die Gründung einer Kapitalgesellschaft umgehen, was dazu geführt hat, daß im Moment monatlich mehr als 4000 Kapitalgesellschaften mit einem Vermögen unter 100 Pfund gegründet werden.

Um Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und die Auflagen des Lohnstopps zu umgehen, haben die Arbeiter Regierung und traditionelle Linke ausgetrickst. Sie haben den Kapitalismus wörtlich genommen: Sie wurden Geschäftsleute. Nach dem Prinzip, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, haben sie formal aufgehört, Mitglieder der Arbeiterklasse zu sein. Der Regierung bereitet das aus zwei Gründen Kopfschmerzen. Zum einen ist es nicht möglich, daß jeder zum Unternehmer wird (da es dann keine Arbeiterklasse mehr gäbe, von der die Unternehmer leben könnten). Zweitens würde sie mit Strafen für Arbeiter, die sich jetzt als »Geschäftsleute« und »Firmendirektoren« bezeichnen, sich selber treffen, da die Regierung schließlich aus Firmendirektoren usw. besteht.

*Aus genau diesem Grund mußten die Tories Heffers Versuch, die Pauschalarbeit gesetzlich abzuschaffen, abbügeln. Sie konnten sehen, daß dies letztlich zu einer Gesetzgebung führen würde, die offen sagen müßte, was ein Arbeiter ist und warum er einer bleiben sollte.* Das hatten die Tories erkannt und sahen daher völlig richtig vorher, daß eine solches Gesetz gegen die Arbeiterklasse nicht durchführbar wäre. Und war Heffer und den ihn unterstützenden Gewerkschaften denn nicht klar, daß sich solche Kolonnen bei einem Verbot des Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertums lediglich eine LKW-Ladung Ziegel kaufen bräuchten, um zu regulären Subunternehmern zu werden? Mit welchen Gesetzen auch immer die Arbeiter an ihrem Platz gehalten werden sollen, sie werden Möglichkeiten ihrer Umgebung finden.

Heffer und seine Unterstützer in der traditionellen Linken sind auf die Logik ihrer eigenen Sichtweise hereingefallen. Weil sie sich die Emanzipation der Arbeiterklasse nur als von oben kommend vorstellen können, weil sie sich die Emanzipation der ArbeiterInnen nur als Intrige und als Manipulation der ArbeiterInnen vorstellen können, müssen sie Gesetze fordern, die die Arbeiterklasse auf ewig zu einem proletarischen Status verurteilt. Es ist klar, was das heißt: die traditionelle Linke, von der Labour Party bis zu den Trotzkisten, braucht eine gefügige Arbeitskraft genauso sehr wie die Tories. Eine Arbeitskraft, die sich um sich selbst kümmern kann, bedeutet gleichzeitig die Überflüssigkeit jeglicher Partei (ob revolutionär oder nicht), deren Machtanspruch darauf beruht, daß sie die Arbeiterklasse emanzipieren könne. Daher mußte die traditionelle Linke den Gesetzesentwurf von Heffer unterstützen, wie kritisch sie dabei auch auftreten mag. Ihr Anspruch auf die Macht ist die Verewigung der Sklaverei. Aber wenn die Sklaven frei sind, werden die Emanzipatoren überflüssig.

Der *Socialist Worker* und sein Sprößling *The Building Worker* machen sich immer wieder für die Verewigung des gewerkschaftlichen Würgegriffs stark. In einem kürzlich erschienenen »Building Workers Special« des *Socialist Worker* (Juni-Juli 1973) erschien unter der Schlagzeile »Die Pauschalarbeit muß weg« die üblich schlampige und politisch oberflächliche Analyse der Pauschalarbeit. Sie beschweren sich darüber, daß die Unternehmer Maurern 15 Pfund am Tag zahlten, um die Gewerkschaften von Verhandlungen über 30 Pfund für eine 35-Stunden-Woche abzuhalten. Nun sind Unternehmer nicht *dermaßen* blöde. Sie zahlen nicht 15 Pfund am Tag, wenn sie es vermeiden können. Nur wenige Unternehmer betrachten die Gewerkschaften als einen Feind. Viele von ihnen sehen, wie vorteilhaft hundertprozentig organisierte Betriebe für sie sind, und kooperieren daher, indem sie die Gewerkschaftsbeiträge gleich vom Lohn abziehen. Vom Standpunkt der Unternehmer kommt eine disziplinierte, gewerkschaftlich

### **So viel Einsatz, um 30 Pfund pro Woche zu vermeiden!**

»Mit welchem Aufwand die Unternehmer versuchen, die Gewerkschaften zu zerschlagen, erkennt man an den Summen, die sie nun den Pauschalarbeitern anbieten: 120 Pfund die Woche für Maurer in London. Und in Birmingham werden 70 und 80 Pfund die Woche geboten mit garantierten 50 Pfund für 40 Stunden unabhängig von Schlechtwetter.« (Socialist Worker: Building Workers' Special, Juni-Juli 1973)

organisierte Baustelle, die für zwei oder drei Jahre an die landesweiten Tarife gebunden ist, ihrer Vorstellung vom Himmel auf Erden nahe. Dummerweise hat die Arbeiterklasse die Angewohnheit, die von ihren Führern »für sie« abgeschlossenen Vereinbarungen zu ignorieren. Die Unternehmer bezahlen heute nicht 15 Pfund am Tag, um die Gewerkschaften zu zerschlagen; sie rücken damit heraus, weil die Leute nicht für weniger arbeiten. Der Tariflohn kommt überhaupt nicht in Frage. Zum Beispiel streikten Arbeiter im Nordwesten, die 40 Pfund und mehr in der Woche hatten, aus Solidarität mit der gewerkschaftlichen Forderung nach mindestens 30 Pfund. Als sie zur Arbeit zurückkehrten, stellten sie fest, daß die Bosse nur noch die von der Gewerkschaft ausgehandelten 30 Pfund zahlen wollten. Das Ergebnis war ein inoffizieller Streik für die Rückkehr zu den Sätzen, die sie bekommen hatten, bevor die Gewerkschaft die »Erhöhung« ausgehandelt hatte. Diejenigen unter den International Socialists und in der traditionellen Linken, die ständig die Gewerkschaftsfunktionäre zum Handeln bewegen wollen, sollten lieber versuchen, mit den Erfolgen der Arbeiter an der Basis Schritt zu halten.

Und selbst wenn es moralisch verwerflich wäre (was wir bestreiten), aus dem Boss 15 Pfund und mehr pro Tag herauszupressen, was bringt die International Socialists auf die Idee, sie könnten knapp eine halbe Million Männer davon überzeugen, für nur 26 Pfund pro Woche zu arbeiten, um das Recht darauf zu sichern, daß andere die Arbeitsbedingungen für sie aushandeln? In demselben Artikel (»Building Workers Special«) kritisieren die International Socialists die Unternehmer, weil sie den Maurern in London und Birmingham mehr als den Tariflohn bezahlen.

Wie kommen die International Socialists zu einer solch paradoxen Position? Wieso meinen sie, die Unternehmer würden 120 Pfund bezahlen, damit sie nicht 30 Pfund bezahlen müssen? Das Problem besteht darin, daß sie Gefangene ihrer eigenen falschen Analyse sind: sie haben sich in ihrer »Recht auf Arbeit«-Kampagne festgefahren. Sie sind von ihren eigenen Parolen so geblendet, daß sie nicht wahrnehmen wollen, daß sich der Kapitalismus wieder einmal von einer Phase der Arbeitslosigkeit erholt – für sie

gibt es nur die unlösbare und notwendige Krise! Würden die »Ökonomen« des *Socialist Worker* und die traditionelle Linke mal ihre eigenen Parolen vergessen und sich der Wirklichkeit zuwenden, so müßte ihnen auffallen, daß das Baugewerbe boomt. Bauarbeiter sind so knapp wie Gold geworden. Sie übersehen, daß die Löhne unter solchen Bedingungen schon allein aufgrund der Arbeitskräfteknappheit steigen werden. Sie müßten nun nachweisen, daß es nicht in Ordnung ist, unter solchen Bedingungen höhere Löhne zu kassieren. Wenn die Arbeiter ohne Gewerkschaftsfunktionäre bessere Löhne bekommen können, mit welchem Recht erzählen ihnen dann irgendwelche selbsternannten »revolutionären Parteien«, sie sollten niedrigere Löhne akzeptieren? Wollen sie sagen, daß die Gewerkschaft beim nächsten Konjunkturteinbruch hohe Löhne und Vollbeschäftigung für die Arbeiter sichern wird, wenn sie im Boom auf hohe Löhne verzichten? Dafür gibt es keinerlei Garantien. Was wir bisher an Vereinbarungen zum Arbeitsplatzabbau im Rahmen von Tarifverträgen erlebt haben, läßt nichts Gutes ahnen. Wie ein Arbeiter, der zur Pauschalarbeit überging, sagte: »Während ich darauf gewartet habe, daß die Zeiten schlechter werden, habe ich die guten Zeiten verpaßt.«

Warum macht die traditionelle Linke soviel Aufhebens um den durch Gewerkschaften vermittelten Verkauf der Arbeitskraft? Sie können sich nicht vorstellen, daß die Arbeiterklasse die Dinge für sich selber regeln kann. Außerdem wollen sie die Gewerkschaften im Namen der Arbeiterklasse kontrollieren. Sie fürchten sich vor einer Erosion der gewerkschaftlichen Kontrolle über die Arbeiterklasse, weil sie selber die Hegemonie durch Übernahme dieser Institutionen der Beherrschung und Kontrolle erreichen wollen. Für die traditionelle Linke ist das Problem nicht, ob die Arbeiter über ihre Bedingungen selbst bestimmen sollten oder nicht, sondern wie sie die bestehende Führung durch ihre eigene Version von Führung, z.B. Parteibosse, ersetzen können.

Gegenüber diesen Vorstellungen müssen wir betonen, daß eine Arbeiterklasse, die für sich selber bessere Bedingungen erreichen kann, als sie von irgendeiner Gewerkschaft ausgehandelt werden können, alle Parteien, die vorgeben »in ihrem Namen« zu handeln, überflüssig macht. Wenn sich die traditionelle Linke einmal von ihrer Strategie der Übernahme und Kontrolle der Gewerkschaften lösen könnte, würde sie vielleicht entdecken, daß die Basis in der Lage ist, ihre *eigenen* Kämpfe auszufechten. Sie würden entdecken, daß die Gewerkschaften für die Mehrheit der Arbeiter nur ein weiteres Herrschaftsinstrument darstellen. Es sei zum Beispiel an die Arbeiter vom Barbican oder die Feuerwehrleute aus Glasgow erinnert. Vielleicht würden sie dann auch entdecken, daß für die Arbeiter an der Basis eine revolutionäre Partei so überflüssig ist wie ein Kropf. Wie willst

### Fly by Nights

»Seit etwa 1966 haben sie [die Unternehmer] damit begonnen, ein neues Instrument gegen die Gewerkschaften zum Einsatz zu bringen, die Pauschalarbeit! Mit dieser Maßnahme wird die Arbeit soweit kaputtgemacht, daß die Leute von einem Job zum nächsten hasten und den größten Pfusch hinterlassen.« (International Socialists Industrial Pamphlet: Pickets on Trial, S.7)  
Es ist verwunderlich, warum die Unternehmer ein System verbreiten, das die Leute dazu bringt, »den größten Pfusch zu hinterlassen!«

du mehr als 400 000 Männern erzählen, sie sollten einen geringeren Lebensstandard hinnehmen, um eine Gewerkschaft zu verteidigen, die ihnen bei nächster Gelegenheit wieder in den Rücken fallen wird. Die traditionelle Linke hat sich selber diese lächerliche Aufgabe gestellt, um die Kontrolle über die Arbeiterklasse gewinnen zu können.

Wenn die Arbeiter die landesweiten Tarifverträge ablehnen, die im Interesse der »Nation«, der Bosse, der Einkommensteuer, des Sozialversicherung und der Lügen der Gewerkschaftsfunktionäre abgeschlossen wurden, dann lernen sie, auf ihren eigenen Füßen zu stehen.

Darin liegt ein Keim von revolutionären Möglichkeiten, die sich mit den Pauschalvereinbarungen auftun. Gut organisierte Pauschalarbeitergangs, die für sich selber verhandeln, können baustellenweit sehr viel bessere Vereinbarungen herausschlagen, als die für die landesweite Verhandlungsmaschinerie charakteristische unterwürfige Bittstellerei. In vielen Fällen haben Pauschalarbeitergangs, die nicht an die Entscheidungen und Vereinbarungen von Gewerkschaftsfunktionären gebunden waren, eine sehr viel aggressivere und militantere Position eingenommen. Das Potential dieser Basismilitanz ist der herrschenden Klasse nicht verborgen geblieben. Der Tory-Abgeordnete Kellt-Brown warnte jüngst das Unterhaus vor diesen »Fly-by-night-Kolonnen, die niemandem gegenüber loyal sind, sich wie Heuschrecken auf einer Baustelle niederlassen, einen Job anfangen und dann, wenn irgendwo mehr Geld geboten wird, über Nacht abflitzen und den Generalunternehmer mit einem nur halb fertiggestellten Gewerk und der Aussicht auf saftige Konventionalstrafen sitzen lassen.«<sup>12</sup>

Mit anderen Worten, diese »Fly-by-night-Kolonnen« lehnen die gentleman's agreements der üblichen gewerkschaftlichen Vorgehensweise ab und behandeln das Baugewerbe als den Dschungel, der er ist. Das Ärgerliche daran ist nur, daß eine gut organisierte und entschlossene Basis für den Überlebenskampf im Dschungel besser gerüstet ist als die Bosse und Bürokraten, die von ihr leben. Darin liegt die eigentliche Ursache für die Kam-

---

<sup>12</sup> Siehe *Handard*, 12. Mai 1973.

pagne gegen die Pauschalarbeit. Die Arbeiter können sich eben selber besser um ihre eigenen Interessen kümmern als ihre selbsternannten Stellvertreter.

**»Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehn mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger.«** (Marx/Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a., 1879, MEW 19, S. 165)

### **III. Pauschalarbeiter sind Streikbrecher**

In der Rhetorik vieler heutiger Linker wird der Begriff »Streikbrecher« [scab] mehr für Leute benutzt, deren Lebensstil von der aktuellen Parteilinie abweicht, als für diejenigen, die die Interessen der Arbeiterklasse bedrohen. Mit »scab« bezeichnen wir jemanden, der einen Streik bricht; er betrügt seine Kollegen im alltäglichen Kampf mit einem Klassenfeind. Meinen diejenigen, die mit der Bezeichnung »Streikbrecher« so schnell bei der Hand sind, ernsthaft, daß im Baugewerbe über 400 000 Arbeiter, also fast die Hälfte, Streikbrecher sind?

Den Aufruf zum Streik von 1973 haben die Pauschalarbeiter bestimmt nicht mißachtet. Viele von ihnen hatten die Arbeit schon niedergelegt, bevor die Gewerkschaft herumging und den Streik ausweitete. Viele taten es, obwohl ihr Einkommen vor dem Streik höher war als der von der Gewerkschaft geforderte Lohn.

Im *Socialist Worker* (September 1973) wird die »Labour Force« (eine Vermittlungsagentur für Streikbrecher) als die Urform der Pauschalarbeit bezeichnet. Selbst wenn die von »Labour Force« selbst gemachte Angabe von 150 000 Mitgliedern zutreffen würde – was äußerst zweifelhaft ist –, so blieben noch mindestens 700 000 Bauarbeiter übrig. Wie viele von ihnen sind Pauschalarbeiter? Die UCATT hat weniger als 200 000 zahlende Mitglieder. Wieviele von denen sind registrierte Pauschalarbeiter? Wieviele der registrierten Zimmerleute sind Pauschalarbeiter? Es ist lächerlich, die Mehrheit der Bauarbeiter zu verurteilen, weil es ein paar Idioten gibt. Und

sollte es je zu einer Gesetzgebung gegen die Pauschalarbeit kommen, wie will sich die traditionelle Linke dazu verhalten, daß 400 000 Arbeiter kriminalisiert werden?

#### **IV. Die Pauschalarbeit spaltet die Arbeiter**

Von vielen wird behauptet, die Pauschalarbeit habe zu einem Mangel an Kampfbereitschaft im Baugewerbe geführt, da sie die Atomisierung und Privatisierung in der Arbeiterklasse verstärke. Aber das hieße, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Die *Ursache* der Privatisierung in der Arbeiterklasse muß auf die Struktur des modernen Kapitalismus selbst zurückgeführt werden.<sup>13</sup> Jede Institution in dieser Gesellschaft, die eine klare Trennung zwischen *Befehlenden* und *Befehlsempfängern* macht, führt unvermeidlich zur Apathie und Privatisierung bei denjenigen, die widerspruchslös gehorchen sollen. Die Gewerkschaften sind ein gutes Beispiel dafür.

Darüberhinaus besteht eine der wichtigsten Strategien der Gewerkschaftsführer zur Sicherung ihrer Autorität darin, die verschiedenen Unterverbände einer Gewerkschaft gegeneinander auszuspielen. In den meisten Gewerkschaften wird die Kommunikation zwischen den Unterverbänden eingeschränkt. Es wird dafür gesorgt, daß die Löhne, die Hierarchien usw. in ihnen unterschiedlich sind. Eines der am meisten spalterischen Abkommen, das je unterzeichnet wurde, war der Tarifvertrag der Baugewerkschaft NFBTO von 1970, in dem das Prinzip der Baustellenprämie zugunsten der berüchtigten Gruppenprämie abgeschafft wurde.<sup>14</sup>

Die Unterscheidung zwischen Gewerkschaften (als Beispiele für Kollektivität) und Pauschalarbeiterkolonnen (als Beispiele für Uneinigkeit) ist völlig falsch. Daß die Gewerkschaften selbst die Uneinigkeit schürten, kommt in der folgenden Aussage eines Bauarbeiters treffend zum Ausdruck:

»Das Besondere, was in diesem Gewerbe vor etwa sechzehn Jahren begonnen hat, ist das Phänomen der selbständig beschäftigten Arbeiter. Die Arbeiter machten sich von vielen Aspekten in diesem Gewerbe *frei*, die ihre Möglichkeiten auf einen anständigen Lohn einzuschränken schienen (ich benutze das Wort »*frei*« hier mit Zurückhaltung). Egal wie andere darüber denken mögen, einer dieser Aspekte war die Gewerkschaft, ihre Führung oder sonstwer.

---

<sup>13</sup> Siehe *Modern Capitalism and Revolution* von Paul Cardan, Solidarity London.

<sup>14</sup> Siehe *Building Workers Pay Deal* von Solidarity N West.

Es ist immer leicht, einen Sündenbock zu finden, die offensichtlich Guten von den offensichtlich Bösen zu trennen (was in anderen Industriezweigen ja auch zutreffen mag). Aber für den Bauarbeiter bedeutet jede Baustelle den erneuten Kampf um Bedingungen und Lohn (Akkordprämien). Im Unterschied zu anderen Industriezweigen ist sein Lohn davon betroffen, daß der Arbeitsort und die Strukturen ständig wechseln. Zusammen mit den Wetterverhältnissen ist das schon hart genug. Das Schlimmste von allem ist aber der Akkordlohn. Das geht von den Funktionären bis zur Basis der Gewerkschaft, so daß sich die Guten nicht einfach von den Bösen unterscheiden lassen. Wenn du über die Solidarität an der Basis reden willst, dann mußt du dir die Eigenarten der verschiedenen Berufszweige anschauen. Das Mauern ist eine repetitive Tätigkeit, in den letzten zwanzig Jahren stärker als jemals zuvor. Ebenso das Verputzen. Wieviele Arbeiter können davon erzählen, wie auf Basisversammlungen die gewerkschaftliche Forderung nach einer Grundprämie für alle verabschiedet wurde, und wie dann die Maurer und die Putzer mit Separatabkommen aus den Verhandlungen mit den Unternehmern kamen? Ich will damit nicht diese Berufsgruppen kritisieren. Die anderen sind über deren Verhalten in dem Moment verbittert, aber unter den gleichen Bedingungen würden sie sich genauso verhalten. Zusammen mit der Cliquenwirtschaft um die Prämien, an der sich oft genug die gewerkschaftlichen Vertrausleute selber beteiligen, führt all dies dazu, das ganze beschissene System aufrechtzuerhalten. Es hinterläßt bei den Arbeitern ein Gefühl der unausweichlichen Frustration.«

Welche Form entfremdeter Arbeit ist nicht spalterisch? Welche Form der Ausbeutung ist nicht mehr oder weniger spalterisch? Wenn wir die Wahl haben zwischen zwei Arten der Ausbeutung, spricht viel für die Pauschalarbeit als kleineres Übel. Pauschalarbeiterkolonnen können ihre Kollegen selbst aussuchen und können es eher vermeiden, daß der Unternehmer seine Spitzel unter sie mischt. Sie sind auch nicht von den Arbeitszeiten oder den Vorarbeitern abhängig. In einem von Wechsel und Unbeständigkeit geprägten Wirtschaftszweig ist es besser, mit Leuten zu arbeiten, zu denen du feste Beziehungen aufgebaut hast. Was aber der wichtigste Punkt ist: *der wirkliche Zusammenhalt der Arbeiterklasse wird nicht durch verschiedene Arten, seine Arbeitskraft zu verkaufen, zerstört.*

Wer denkt, der tief verwurzelte Klassenantagonismus verschwände bloß aufgrund einer Veränderung bei der Arbeitsorganisation, offenbart ein extrem oberflächliches Verständnis des Klassenkampfes. Die Arbeiter-

klasse ist in der Lage, sämtliche Spaltungen zu überwinden, die das Management und die Arbeitsorganisation schaffen. Immer wieder haben Arbeiter gekämpft, von denen alle sagten, die Art ihrer Arbeit würde ihren Zusammenhalt verhindern. Wer meint, der Klassenantagonismus könne sich nur durch Gewerkschaftsresolutionen und durch die davon zehrenden bolschewistischen Parteien ausdrücken, der hat den gesamten Charakter einer vom Klassenkonflikt geprägten Gesellschaft nicht verstanden.

## V. Die Pauschalarbeit hat zu mehr Pfusch am Bau geführt

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Pauschalarbeit für einen Mißstand verantwortlich gemacht wird, der schon lange vor ihrem Aufkommen existierte. Solange Häuser für den Profit und nicht für die Menschen, die in ihnen wohnen, gebaut werden, wird Pfusch ein wesentliches Merkmal des Baugewerbes bleiben. Diese Praxis beruht nicht auf der Pauschalarbeit, sondern auf der Gier nach Profit. Üblicherweise beschimpft die traditionelle Linke die Pauschalarbeiter als »Cowboys«, die schlampig ausgeführte Arbeiten zurücklassen. Aber für jede Handvoll »Cowboys« gibt es eine Unmenge von Pauschalarbeiterkolonnen, die ihre Arbeit effizient und ordentlich ausführen, weil davon Folgeaufträge abhängen.

Die Klage über Pfuscharbeit war eins der Hauptargumente von Heffer und seinen Unterstützern bei dem Versuch, die Pauschalarbeit gesetzlich verbieten zu lassen. Wir können verstehen, daß sich eine potentiell herrschende Elite wie die Labour Party darüber aufregt. Aber was für ein Einwand soll das von *sozialistischer* Seite sein? Würden wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben, so ließe sich die Sorge um die Qualität des Produkts verstehen. Aber wir leben *nicht* in einer sozialistischen Gesellschaft. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der der Arbeiter nur dafür verantwortlich ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Abgesehen davon, daß er seine Arbeitskraft verkauft, hat der Arbeiter keinen Einfluß auf sein Produkt. Wenn Automobilarbeiter in der Presse für ihre schlampige Arbeit kritisiert werden, dann betonen wir normalerweise, daß der Unternehmer die Verantwortung dafür trägt. Wir denken nicht im Traum daran, den Arbeitern die Schuld zuzuschieben. In dieser Gesellschaft gehört die miese Qualität und der eingebaute Verschleiß zu einem wesentlichen Merkmal sämtlicher Konsumgüter. Die Verantwortung für die Qualität im Baugewerbe liegt daher bei den Unternehmern und den Bauaufsichtsämtern. Wenn ein fertiges Haus mangelhaft ist, dann kann das nicht die Schuld der Bauarbeiter sein. Sie liegt bei denen, die ihren Profit aus ihrer Arbeit ziehen. Wenn schlampig gebaute Häuser abgenommen werden, dann liegt das da-

ran, weil die Prüfer bestochen oder auf andere Weise dazu gebracht worden sind. Bestechung und Schiebung gibt es schon sehr viel länger als die Pauschalarbeit. Aber auf einmal ist irgendwie die Pauschalarbeit die Ursache für alle Mißstände in der Bauwirtschaft.

## **VI. Die Pauschalarbeit hat zu einer hohen Unfallrate geführt, ohne Entschädigungen für die Opfer**

Auch diese Anschuldigung verwechselt Ursache und Wirkung. Es ist wahr, daß die Unternehmer die Pauschalarbeit dazu benutzt haben, Ausgaben für die Unfallverhütung einzusparen und Entschädigungsansprüchen zu entgehen. Aber die Baufirmen haben eine lange und berüchtigte Geschichte, was Unfälle und Entschädigungen angeht. Unfälle aufgrund der Nachlässigkeit der Unternehmer und der unverfrorenen Mißachtung der ohnehin dürftigen Sicherheitsbestimmungen gehörten schon immer zur profitorientierten Bauweise. Es spricht in der Tat gegen die Baugewerkschaften, daß sie sich um diesen Aspekt kaum gekümmert haben und sich nur gelegentlich dem Betriebsfrieden zuliebe um ein paar Pfennige Lohnerhöhung bemühen.

Wenn man sich die Argumente der traditionellen Linken anhört, sollte man meinen, die Unternehmer hätten vor der Pauschalarbeit immer anstandslos Entschädigungen bezahlt und es hätte kaum Unfälle gegeben. Woche für Woche wiederholen sie dieselbe Anschuldigung, daß die Pauschalarbeit die Unfälle in der Bauwirtschaft verursacht. Aber keiner von ihnen konnte bisher irgendwelche Zahlen nennen, mit denen sich dies belegen ließe. Es könnte genausogut umgekehrt argumentiert werden, daß die Pauschalarbeit zu einem *Rückgang* der Unfälle beigetragen hat: weil die Pauschalarbeitergangs selber entscheiden, mit *wem* sie zusammenarbeiten, ist es um die Sicherheit besser bestellt. Wenn du regelmäßig mit jemanden in einem Team zusammenarbeitest, dann wirst du eher mit den Arbeitsmethoden deines Kollegen vertraut sein. Wenn du auf diese Weise zusammenarbeitest, kommst du in den »Rhythmus«. Die Arbeit wird dadurch weniger planlos durchgeführt, als es bei einer Gruppe relativ Fremder der Fall ist. Tatsächlich ist die Zahl der tödlichen Unfälle von 288 im Jahr 1966 auf 196 im Jahr 1971 zurückgegangen. Wir wollen nicht behaupten, daß die Pauschalarbeit der einzige Grund für den Rückgang der Unfälle ist, obwohl die Zahlen auf einen unmittelbaren Zusammenhang hinweisen. Wir fordern aber die traditionelle Linke auf, den *Nachweis* zu erbringen, daß die Pauschalarbeit zu einem Anstieg der tödlichen Unfälle geführt hat. (Ohnehin ereignen sich die meisten Unfälle auf Großbaustellen und nicht im Wohnungsbau, wo die Pauschalarbeit vorherrscht.)

Die unbegründete Annahme, die Pauschalarbeit habe zum Anstieg der Todesfälle in der Bauwirtschaft geführt, ist so tiefverwurzelt, daß Heffer angesichts der realen Zahlen um göttliche Aufklärung bat: es sei »ein Wunder, daß die Zahl der Unfälle nicht angestiegen ist«. Aber solange wir nicht nachweisen können, daß die Zahl der Unfälle *tatsächlich ansteigt*, können wir uns nicht auf *Wunder* berufen, um die eigene Position zu begründen.

## VII. Durch die Pauschalarbeit hat sich die Zahl der Auszubildenden im Baugewerbe verringert

Die Zahl der Auszubildenden ist in den letzten Jahren tatsächlich deutlich zurückgegangen. Aber was hat die Pauschalarbeit damit zu tun? Ob dieser Rückgang eine schlechte oder eine gute Sache ist, muß sich noch zeigen. Es könnte sein, daß immer mehr junge Leute keine Lust mehr dazu haben, fünf Jahre ihres Lebens für unterbezahlte Hilfsarbeiten zu verschwenden, nur um danach den Rest ihres Lebens als Facharbeiter von einer feuchten und trostlosen Baustelle zur nächsten geschleift zu werden.

Auf der anderen Seite könnte man die Ursache für den Rückgang der Lehrlingszahlen im Tarifvertrag von 1970 sehen. In diesem Tarifvertrag betonten sowohl die Gewerkschaften wie das Management die Abschaffung der verschiedenen Bauberufe zugunsten eines Modulsystems, bei dem die Männer nur einen kleinen Teil des Jobs lernen. Schon allein dieser Tarifvertrag bedeutete das Ende der Lehrlingsausbildung.

Als Sozialisten geht es uns nicht um eine privilegierte Position für die Handwerker in der Bauwirtschaft. Aber zur Erinnerung hier ein paar Zahlen: 1967 gab es 28 534 Lehrlinge, nach dem Tarifvertrag, Ende 1970, waren es noch 19 237. Und 1972 arbeiteten nur noch 191 registrierte Maurerlehrlinge in ganz London, bei insgesamt 15 000 Maurern.

Aber warum sollten Sozialisten es als *ihre* Verantwortung betrachten, den Baumagnaten genügend qualifizierte Arbeiter bereitzustellen? Würden wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben, so könnten wir das Bedürfnis verstehen, die notwendigen Qualifikationen im erforderlichen Umfang zum Wohle aller zu sichern. Aber sämtlichen Einwänden der traditionellen Linken gegenüber müssen wir betonen, daß wir noch nicht in einer sozialistischen Gesellschaft leben. Daher ist die Arbeiterklasse nicht dafür verantwortlich, einen beständigen Nachschub an Lohnsklaven zu sichern, die von irgendeinem Poulson oder Dan Smith geschröpft werden können, die ihren Vorteil auf Kosten anderer suchen. Könnte es sein, daß diese »Sozialisten«, die sich um einen Mangel an qualifizierter Arbeit sorgen, in Wirk-

lichkeit nur die »Dan Smiths« der neuen Zeit werden wollen und sich daher um einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots Sorgen machen?

### **VIII. Die Pauschalarbeit wurde Mitte der 60er Jahre von den Unternehmern eingeführt und war Bestandteil einer Verschwörung gegen die Arbeiterklasse**

Dieses Argument wurde von Mitgliedern der traditionellen Linken vorgebracht, die es besser wissen sollten. Einmal abgesehen von der zweifelhaften Annahme eines Geheimtreffens der Unternehmer wird die Geschichte der Arbeiterklasse völlig verzerrt dargestellt, wenn gesagt wird, daß die Pauschalarbeit (a) erst kürzlich eingeführt wurde, und daß sie (b) von einer *aktiv* handelnden Gruppe von Unternehmern einer nur *passiv* duldenden Arbeiterschaft aufgezwungen wurde.

Diese Auffassung sieht völlig davon ab, daß das alltägliche Leben immer vom Klassenkonflikt geprägt ist. Die Vorstellung, die Unternehmer könnten irgendetwas unternehmen, ohne sich dabei im ständigen Konflikt mit der Arbeiterklasse zu befinden, ist unsinnig. In einer antagonistischen Gesellschaft kann keine Gruppe von Menschen über irgendetwas »frei« entscheiden. Die Unternehmer haben nicht *frei entschieden*, die Pauschalarbeit einzuführen. Sie mußten die Pauschalarbeit akzeptieren, weil auf sie Druck ausgeübt wurde. Mit ihrer Entscheidung (sofern sie als solche bezeichnet werden kann), Leute als Pauschalarbeiter zu beschäftigen, haben die Unternehmer *den Forderungen ihrer Arbeitskräfte in derselben Weise nachgegeben, wie es auch die Gewerkschaften taten*. Die weitverbreitete Anerkennung der Pauschalarbeit ist sowohl den Unternehmern wie den Gewerkschaften aufgezwungen worden.

Wir könnten sagen, daß es drei miteinander zusammenhängende Faktoren waren, die einerseits die Unternehmer dazu brachten, die Pauschalarbeit zu akzeptieren, und die andererseits zum Niedergang der Gewerkschaften beitrugen: (a) eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den landesweiten Tarifverhandlungen, besonders nach dem Barbican, und das berechtigte Gefühl, auf Baustellenebene bessere Abkommen erreichen zu können; (b) eine gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften bei gleichzeitiger Einschränkung der Tariflohnnerhöhungen durch die Regierung, weshalb die Unternehmer Handwerker als Subunternehmer einstellten; (c) nach dem Barbican waren die Unternehmer bemüht, Konventionalstrafen zu vermeiden, und gaben daher einen größeren Anteil ihrer Profite dafür aus, Arbeitskräfte anzuwerben. Weil die Einkommenspolitik der Regierung die landes-

weiten Tarifverhandlungen einschränkte, konnten sie nicht über Lohnerhöhungen ausreichend Arbeitskräfte anlocken.

Alle diese Faktoren verbanden sich mit der Feindseligkeit gegenüber der Gewerkschaft, die nach dem Barbican unter den Arbeitern vorhanden war. Der einzige Ausweg bestand in der Beschäftigung von Arbeitskräften als Subunternehmer. Die Leute waren damit die gewerkschaftlichen Fesseln los und konnten den Lohnstopp umgehen. Die Unternehmer konnten sich beim Anwerben von Facharbeitern gegenseitig überbieten. Viele Unternehmer hatten vielleicht zunächst gehofft, die Arbeiterklasse mit der Pauschalarbeit schwächen zu können. Aber es kam anders.

Vieles von dem, was auf den ersten Blick als eine Waffe der Unternehmer gegen die Arbeiter erscheinen mag, stellt sich oft als ein Knüppel heraus, der sie selber trifft. Vor langer Zeit hatten die Unternehmer in der Autoindustrie den Akkord eingeführt, um dem militanten Widerstand in ihrer Industrie das Rückgrat zu brechen. Heutzutage kämpfen dieselben Unternehmer verbissen um Abkommen, die den Akkord abschaffen. Warum? Weil die Arbeiterklasse in einem Zustand des ständigen Kampfs zwischen antagonistischen Klassen jedes Hindernis überwinden kann, das die herrschende Klasse ihr aufzuzwingen versucht. Wenn sie nicht dazu in der Lage wäre, würde es keinen Sinn mehr machen, von Klassenkampf zu reden, und die Arbeiter würden zu echten Robotern. Aus diesem Grund wird es dem Management niemals gelingen, die Arbeiter zu reinen Befehlsempfängern oder Rädchen im Getriebe zu machen, egal welche Methoden der Arbeitsorganisation eingeführt werden. Wenn das passieren würde, würden sie aufhören, Arbeiter zu sein, und das ganze System würde zum Stillstand kommen. Mit der Pauschalarbeit ist es dasselbe. Wenn irgendein Unternehmer so dumm ist zu meinen, er könne den Klassenkonflikt allein durch eine Änderung in den Arbeitsbedingungen abschaffen, dann hat er die tiefssitzenden Wurzeln dieses Konflikts überhaupt nicht begriffen.

Das gilt auch für alle »Sozialisten«, die meinen, die Unternehmer könnten durch die Einführung der Pauschalarbeit einen Klassensieg erringen. Wer glaubt, jemand könnte sich nur durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft am Klassenkampf beteiligen, der hat überhaupt nicht verstanden, was Klassenkampf ist. Außerdem wird damit unterstellt, es gäbe nur *eine* korrekte Art, wie Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen dürfen, und es wäre irgendwie moralisch besser, wenn ein Gewerkschaftsfunktionär, den du vielleicht nie kennengelernt hast, über deine Arbeitsbedingungen und deinen Lohn entscheidet.

## **IX. Unter günstigen Bedingungen können Pauschalarbeiter zwar hohe Löhne erzielen, aber sie verspielen den Schutz, den ihnen die Gewerkschaften unter ungünstigeren Bedingungen bieten**

Wenn die Arbeiter ihre Position mit Hilfe von Gewerkschaften stärken können, dann sollen sie ihnen beitreten. Es geht uns nicht darum, daß die Arbeiter prinzipiell aus den Gewerkschaften austreten sollen. Wir sagen nur: *Wenn die Gewerkschaften für die Leute ein Hindernis bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen darstellen, dann sollen sie sich nicht aufgrund einer ideologischen Bindung an die Gewerkschaften davon abhalten lassen, andere Wege zu suchen.*

Die Frage ist dann, ob gewerkschaftliche Abkommen über den Verkauf der Arbeitskraft unter den heutigen Bedingungen mehr bieten, als mit Vereinbarungen über Pauschalarbeit erreicht werden kann. Die Gewerkschaften würden darauf vielleicht antworten, die Pauschalarbeiter könnten zwar die Löhne bei einer starken ArbeitskräfteNachfrage hochtreiben, aber nur sie seien in der Lage, die schwächeren Baustellen zu schützen und die Löhne in Krisenzeiten zu sichern. Im Kern stützt sich dieses Argument darauf, daß Gewerkschaften ihre landesweite Stärke dafür einsetzen können, einen allgemeinen Tariflohn für die gesamte Branche durchzusetzen. Dabei könnten sie die Macht der stärksten Baustellen einsetzen, um gute Bedingungen für alle rauszuschlagen.

Aber bisher konnten die Gewerkschaften in schlechten Zeiten die für das Gewerbe charakteristischen Massenentlassungen nicht verhindern. Und in Zeiten der Vollbeschäftigung werden die Löhne der schwachen Baustellen nicht auf das Niveau der stärkeren angehoben, sondern vielmehr die der stärkeren auf das Niveau der schwächeren abgesenkt. Mit dem allgemeinen Tarif, der vom Joint Industrial Board (J.I.B.) festgelegt (und von den Gewerkschaften durchgesetzt) wird, verlieren dann die Arbeiter die Vorteile der Lohndrift<sup>15</sup> und der in ihr angelegten Eskalation weitergehender Lohnforderungen. Denn in Boomzeiten können die auf stärkeren Baustellen gestellten Forderungen eine Spirale von Lohnerhöhungen in Gang setzen. »Natürlich« geht das gegen das »nationale Interesse«. Daher versuchen die Gewerkschaften im allgemeinen, die Forderungen auf die vom J.I.B. ausgehandelten Sätze zu begrenzen.

Nehmen wir z.B. den traurigen Zustand, in dem sich die Elektriker befinden. Keine Gewerkschaft hat mehr zur Einschränkung der Pauschalarbeit unternommen als die EEPTU [Electrician and Plumbers Union]. Das hat

---

<sup>15</sup> Abweichung der Effektivlöhne von den Tariflöhnen. Anm.d.Ü.

dazu geführt, daß den Elektrikern in ganz Großbritannien erzählt wird, sie müßten das Pay Board beachten und für nur 25,52 Pfund 44 Stunden in der Woche arbeiten. Auf vielen Baustellen verdienen die Elektriker weniger als die Mörtelschlepper [can lads]. Damit wollen wir nicht sagen, daß in einer idealen sozialistischen Gesellschaft Elektriker mehr als Mörtelschlepper verdienen sollten – dies ist nur ein Indiz für die Situation. Bisher ist noch jede Basisbewegung zur Durchbrechung des landesweiten Tarifvertrags von Frank Chapple zerschlagen worden. Das zeigt auch, wie nutzlos der Versuch ist, die Gewerkschaftsführer in eine linke Richtung bringen zu wollen. Auf einer Baustelle in Bootle, Lancashire, haben es sechzehn Elektriker geschafft, den Bau eines achtzehnstöckigen Finanzamtgebäudes über zwölf Monate lang zu blockieren. Ursprünglich ging es um mehr Geld (25 Pence pro Stunde), aber als sich die Männer der organisierten Stärke von Gewerkschaft, Pay Board und J.I.B. gegenüber sahen, wurde es zu einem Kampf um das Recht der Elektriker auf *ihre eigenen lokalen Tarifverträge*.

Die Frage ist nicht, wie die Gewerkschaften den schwächeren Baustellen helfen können, sondern wie lange Gewerkschaften wie die EEPTU ihre Mitglieder noch zurückhalten können. Wie lange werden die Elektriker noch spuren, wenn Maurer unter Pauschalarbeitsbedingungen in offenem Widerspruch zum Pay Board über Lohnerhöhungen von 20 Pfund die Woche verhandeln? Wie lange können die Gewerkschaften der Regierung noch dabei helfen, die Arbeiter zum Eingehen auf die ständigen Forderungen nach Lohnzurückhaltung zu bringen?

**Das Pay Board teil den Ministern mit, daß sich die Einkommenspolitik in der Bauwirtschaft nicht durchsetzen läßt**

(The Times, 22.2.1974)

*In einem vertraulichen Bericht des Pay Board über die Bauwirtschaft werden die Minister auf ein schwerwiegendes Versagen der staatlichen Einkommenspolitik hingewiesen. Die Untersuchung der weitverbreiteten Umgehung der Lohnrichtlinien durch »pauschal« beschäftigte Bauarbeiter hat fast ein Jahr in Anspruch genommen und wird nicht veröffentlicht werden. Er zieht die Schlußfolgerung, daß die Richtlinien in der Bauwirtschaft nicht durchgesetzt werden können.*

*Der 29seitige Bericht wurde von einer Kommission der Bauwirtschaft verfaßt, die mit der Phase II des Antiinflationsprogramms eingerichtet worden war, um das Pay Board*

**»Sie [die Pauschalarbeiter] werden das langfristige Ziel einer ordentlichen und garantierten Beschäftigung im Baugewerbe verlieren sowie den Schutz für sich und ihre Familien.« (Eric Heffer)**

*und die Price Commission bei »der wirksamsten Durchführung der Lohn- und Preisrichtlinien in der Bauwirtschaft« zu beraten. [...]*

*Einleitend erklärt der Bericht, die Praxis der Lohnzahlung und Vertragsabschlüsse in diesem Wirtschaftszweig ermögliche das Unterlaufen von antiinflationären Maßnahmen. Aufgrund des hohen Arbeitsanfalls in der Bauwirtschaft können Facharbeiter von Baustelle zu Baustelle ziehen, um die höchste Entlohnung zu bekommen. Hohe Löhne auf einer Baustelle führen zu steigenden Erwartungen auf benachbarten Baustellen oder in anderen Branchen in der Region.*

*Selbständige Beschäftigung bekommt dem Bericht zufolge in der Bauwirtschaft eine zunehmende Bedeutung, was sich deutlich auf die Löhne auswirkt. Bei dem System der Pauschalarbeit wird von Individuen oder Kolonnen ein informeller Vertrag über die Fertigstellung einer bestimmten Arbeit für einen Pauschalbetrag geschlossen.*

*Eine Arbeitsgruppe der Kommission fand heraus, daß »es ausreichend Hinweise dafür gibt, daß einige Formen des Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertums von Gruppen selbständiger Arbeiter in bedenklicher Weise den Zielen der Stabilitätspolitik zuwiderlaufen.«*

*Es besteht kaum Zweifel, daß die Einkommen vieler selbständiger Arbeiter während des Lohnstopps angestiegen sind, und daß sie während der Phase II stärker angestiegen sind als die der abhängig Beschäftigten.*

*»Die abhängig Beschäftigten wissen um die höheren Einkommen der Selbständigen und wollen ihnen nacheifern. Diese Praxis hat daher einen sehr deutlichen Einfluß auf die allgemeinen Löhne und führt zu einem Druck seitens der abhängig Beschäftigten, bei den Lohnerhöhungen mitzuhalten.«*

*Die Arbeitsgruppe kommt zu der Schlußfolgerungen, daß gegen die Pauschalarbeit Maßnahmen ergreifen werden müssen. Allerdings heißt es in dem Bericht: »Die Kommission der Bauwirtschaft muß feststellen, daß es der Preiskommission nicht gelingen wird, Einfluß auf die Situation auszuüben. Es wäre praktisch nicht machbar, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, um die Richtlinien durchzusetzen. Die Kommission ist zu dem Schluß gekommen, daß eine mögliche Lösung nicht im Rahmen der Lohn- und Preisrichtlinien gefunden werden kann.«*

*Auf dieses politisch vernichtende Eingeständnis werden sich mit Sicherheit die Baugewerkschaften und der TUC beziehen, die nachdrücklich für eine Abschaffung der Pauschalarbeit eingetreten sind, deren Umfang zur Zeit von einer Arbeitsgruppe beim Umweltministerium untersucht wird.*

*Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich auch anführen, daß die Nichtveröffentlichung der Tatsache, daß sich die gesetzliche Einkommenspolitik in einem Wirtschaftszweig mit etwa einer Million Beschäftigten nicht durchsetzen läßt, ein Beweis für die Ungerechtigkeit der Antiinflationsprogramme sei. ■*

## **X. Pauschalarbeiter arbeiten härter und vertreiben damit die älteren Arbeiter vom Bau**

Zunächst einmal muß betont werden, daß eine Pauschalarbeiterkolonne nicht den Arbeitszeiten und der ständigen Überwachung unterliegt, die der Tagelöhner ertragen muß. Sie kann im allgemeinen ihre Arbeitszeit selbst bestimmen. Jeder, der schon mal auf dem Bau gearbeitet hat, weiß, daß es nichts Erschöpfenderes gibt, als auf einem kalten Gerüst herumzuhängen und auf fünf Uhr zu warten. Wenn du eine bestimmte Arbeit bekommst, dann gehört die Zeit dir, sobald du fertig bist. Es ist weniger erschöpfend, fünf Stunden lang einigermaßen hart zu arbeiten, als acht Stunden herumzuhängen.

In gewisser Weise mag die Pauschalarbeit dafür verantwortlich sein, daß es nur sehr wenige ältere Arbeiter auf den Baustellen gibt. Aber dies ist eine allgemeine Tendenz des gegenwärtigen Kapitalismus. Seht euch an, wie wenige Menschen über fünfzig in der Autoindustrie am Fließband arbeiten. Das kann niemand der Pauschalarbeit in die Schuhe schieben.

Auch hier müssen wir die Frage an die Gegner der Pauschalarbeit stellen: können sie mit Zahlen belegen, daß ältere Arbeiter von Pauschalarbeitern abgelehnt werden? Und sollen wir etwa annehmen, daß die Baufirmen vor der Pauschalarbeit aus reiner Wohltätigkeit viele ältere Arbeiter beschäftigt haben? Die Erfahrungen besagen das Gegenteil. Die Unternehmer haben noch nie besonderes Mitleid mit alten Arbeitern gezeigt. Es müßte mit den Pauschalarbeitern schon weit kommen, bevor sie mit diesem Verhalten mithalten könnten.

## **Für oder gegen die Pauschalarbeit?**

Es sollte klar geworden sein, daß es nicht einfach um »ja« oder »nein« geht. Auf jeden Fall wäre es lächerlich und merkwürdig, die Arbeiter davon überzeugen zu wollen, sie sollten die Pauschalarbeit ablehnen und zu den mickrigen Tariflöhnen zurückkehren. Eine gewichtige Anzahl der Arbeiter hat sich längst für die Pauschalarbeit entschieden.

Außerdem sind nicht alle Unternehmer von der Pauschalarbeit begeistert. Sie sehen nicht alle in ihr ein Mittel, um die Militanz der Gewerkschaften zu bekämpfen und so ihre Profite zu erhöhen. Dies ist die irrtümliche Annahme von vielen aus der traditionellen Linken. Demzufolge ist der Fall ganz klar: Wir haben auf der einen Seite die bösen Unternehmer, die

ständig die Gewerkschaften zerschlagen wollen. Auf der anderen Seite stehen die guten Gewerkschaften, die ihre Mitglieder beschützen. In der Wirklichkeit geht es ganz anders zu. Viele der »aufgeklärten« Firmen beherzigen den Rat von Donald Stoke und erkennen die Gewerkschaften als einen wesentlichen Faktor für den Betriebsfrieden an. Die meisten großen Firmen kooperieren mit den Gewerkschaften bei der Schulung der Vertrauensleute. Während das Fernsehen gegen die Forderungen der Arbeiterklasse hetzt, werden dort Loblieder auf den Beitrag der Vertrauensleute zum ruhigen Produktionsablauf gesungen. Kurz, der moderne Kapitalismus hat erkannt, daß er die Gewerkschaften für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens braucht.

Vom Standpunkt des Managements aus sind Gewerkschaftsfunktionäre verantwortliche Leute, die sich mit ihnen zusammensetzen, *vernünftig reden* und die Probleme des Managements *verstehen* wollen. Aus der Sicht ihrer Mitglieder sind die Gewerkschaftsfunktionäre Friedensstifter, die von Baustelle zu Baustelle reisen und die magischen Worte von sich geben: »Zurück zur Arbeit, Leute, wir sind noch am Verhandeln.«

Im allgemeinen ist antigewerkschaftliche Propaganda nur noch der Sammelruf für ein paar altmodische, ewiggestrige Tory-Leute. Es handelt sich dabei um pure Rhetorik, die von der Tory-Partei in Wahlkampfzeiten benutzt wird, um die Wähler vom Unterschied zwischen Konservativer Partei und Labour Partei zu überzeugen. Aber so, wie einige in der traditionellen Linken immer noch glauben, die Gewerkschaften seien potentiell sozialistische Organisationen, so gibt es auch bei den Rechten in der Art von Powell<sup>16</sup> Leute, die das glauben. Wenn dann diese Rechten die Pauschalarbeit als eine Waffe gegen die Gewerkschaften feiern, antwortet die traditionelle Linke reflexartig mit einer Anti-Pauschalarbeits-Hysterie.

Wo stehen *wir* angesichts dieses Streits zwischen »rechten« Verteidigern und »linken« Kritikern der Pauschalarbeit? Man könnte meinen, wir müßten uns wegen unserer indirekten Verteidigung der Pauschalarbeit im Lager von Powell wiederfinden. Natürlich haben wir keinerlei Sympathien mit dieser Richtung. Wir fragen uns, ob der Streit Pro–Contra Pauschalarbeit zwangsläufig zu einem Pro–Contra Gewerkschaften, und dies wie-

---

<sup>16</sup> Enoch Powell war konservativer Parlamentsabgeordneter vom rechten Parteiflügel, der sich 1968 mit einer rassistischen Rede gegen die Einwanderung von Farbigen aus dem Commonwealth einen Namen gemacht hatte. Wegen dieser Rede, in der er einen »Rassenkrieg« heraufbeschwor, mußte er das Schattenkabinett der Tory-Regierung verlassen. Anm.d.Ü.

derum zu Pro–Contra Arbeiterklasse und Pro–Contra Sozialismus führen muß.

Wir weisen die Position der Powell-Rechten und ebenso die Position der traditionellen Linken zurück und werden uns in diesem Streit auf keine Seite stellen, denn wir teilen nicht die gemeinsamen Grundannahmen beider Parteien. Damit sagen wir auch, daß beide Seiten – die *Gefolgschaft von Powell wie die traditionelle Linke – ein Hindernis für die Befreiung der Arbeiterklasse darstellen*.

Wir wollen versuchen, die von den rechten Befürwortern und linken Gegnern der Pauschalarbeit gemeinsam geteilten Grundannahmen aufzuzeigen, indem wir uns auf das stützen, was wir die »Regel von Ramsey« nennen könnten. Ramsey schildert den Verlauf einer ergebnislosen Auseinandersetzung und merkt dazu an: »Offensichtlich ist keines der vorgebrachten Argumente ausschlaggebend. Für jeden an dieser Frage wirklich Interessierten ist das äußerst unbefriedigend. In solchen Fällen ist es eine Grundregel zur Wahrheitsfindung (eine heuristische Maxime), daß keine der beiden Positionen Recht hat, sondern eine dritte, richtige Position möglich ist, an die bisher nur keiner gedacht hat. Wir können sie nur entdecken, wenn wir gewisse Voraussetzungen hinterfragen, die von beiden Positionen als selbstverständlich unterstellt wurden.<sup>17</sup> Diese Regel kann uns hier weiterhelfen. Was wird von beiden Seiten, den Rechten und der traditionellen Linken, als selbstverständlich unterstellt? Es gibt zwei solche gemeinsamen Grundannahmen, die wir beide ablehnen:

1. Bezüglich der Gewerkschaften: *Beide betrachten die Gewerkschaften als Mittel der Gesellschaftsveränderung*. Die Linken wollen die Arbeiterklasse kontrollieren, indem sie die Führung der Gewerkschaften erobern; die Rechten wollen die Kontrolle durch die Zerschlagung der Gewerkschaften erreichen. Beide sehen in den Gewerkschaften Feinde des Kapitalismus. Für uns sind sie ein Hilfsmittel zur Regulierung des Kapitalismus.

2. Bezüglich der Verstaatlichung: *Beide Positionen setzen Verstaatlichung mit Sozialismus gleich*. Für beide ist sie ein wichtiger Faktor, um die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Die Linken wollen dadurch die Kommandostellen der Wirtschaft kontrollieren. Die Powell-Rechten sehen in ihr eine Bedrohung ihrer Management-Funktion, also ihrer Macht.

Das wichtigste an diesen Grundannahmen ist, daß von ihnen die Betrachtungsweise einer Arbeitsorganisation und damit die Haltung zu ihr bestimmt wird. Es ist kaum möglich, irgendein Phänomen ohne gewisse Kriterien oder eine Reihe von Vorannahmen zu beobachten, die unsere Ein-

---

<sup>17</sup> F.P. Ramsey, The Foundation of Mathematics, S. 115f.

stellung gegenüber diesem Phänomen beeinflussen. *Diese Vorannahmen sind bei den Befürwortern und Gegnern der Pauschalarbeit identisch.* Die Differenzen zwischen ihnen tauchen erst später auf, an der Frage, ob sie die Pauschalarbeit als gut oder schlecht für ihr eigenes Ziel, die Arbeiterklasse zu kontrollieren, betrachten.

Worum geht es also bei diesen Annahmen bezüglich der Gewerkschaften als Mittel der Gesellschaftsveränderung und der Verstaatlichung als sozialistische Organisationsform? Und warum werden sie von Solidarity als Mystifikationen zurückgewiesen, die den Blick auf die Pauschalarbeit vernebeln?

### **Voraussetzung 1: Gewerkschaften als Mittel der Gesellschaftsveränderung**

Den meisten Bauarbeitern ist klar, worin der Unterschied zwischen Organisierung auf der Baustelle und gewerkschaftlicher Organisierung besteht, auch wenn sich beide nicht gegenseitig ausschließen. Wenn auf einer Baustelle ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder arbeiten, muß sie deswegen noch nicht organisiert sein: das Management kann die Leute spalten, es kann Vertrauensleute einkaufen, oder die Arbeiter selber sind untereinander einfach völlig unsolidarisch. Auf der anderen Seite kann eine Baustelle mit nur wenigen Gewerkschaftsmitgliedern gut organisiert sein, wenn die Leute untereinander solidarisch sind. Meistens bedarf es einer guten Organisation auf der Baustelle, um die Gewerkschaftsleute auf Trab zu bringen.

Angesichts des Unterschieds zwischen diesen beiden Formen von Organisierung ist die traditionelle Linke reichlich verblendet, wenn sie Organisierung mit gewerkschaftlicher Organisierung gleichsetzt. Hier zeigt sich die oben genannte Voraussetzung am deutlichsten. Für diese Betrachtungsweise ist es unvorstellbar, daß sich Arbeiter ohne gewerkschaftliche Strukturen organisieren und kämpferisch werden können. Unter einer organisierten Baustelle können sie sich nur eine gewerkschaftlich organisierte Baustelle vorstellen. Weil die traditionellen Linken von dieser *Voraussetzung* ausgehen, denken sie natürlich, Gewerkschaften seien das *einzigste* Mittel des Klassenkampfs auf der Baustelle. Aufgrund dieses Mythos meinen sie, die Unternehmer hätten die Pauschalarbeit eingeführt, um den gewerkschaftlichen Kampf zu zerschlagen (siehe die Broschüre der Internationalist Socialists »*Pickets on Trial*«). Das unterstellt aber, Gewerkschaften seien klassenbewußte Organisationen. Die jüngste Geschichte und das Verhalten der Gewerkschaften widerspricht dem in einem solchen Maße, daß sie keineswegs als revolutionäre Instanzen, sondern als Herrschaftsinstrumente betrachtet werden müssen. Im Tausch gegen beschei-

dene Lohnerhöhungen bieten sie den Unternehmern eine gefügige Arbeitskraft.

Natürlich bieten die Gewerkschaften auch gewisse Vorteile wie Ausgleichszahlungen, Rechtsbeistand usw.. Sie bewegen sich in der Arena des Klassenkampfs und werden von gewissen Unternehmern wie von den irregeleiteten Linken als Instanzen der Gesellschaftsveränderung betrachtet. In vielen Industriezweigen muß die Arbeiterklasse noch um das Recht kämpfen, Gewerkschaften beitreten zu können, und macht von deren bescheidenen Möglichkeiten Gebrauch. Aber dadurch werden die Gewerkschaften noch keine potentiell *revolutionären Organisationen*. In Opposition zu den Bossen zu stehen, heißt noch lange nicht, revolutionär zu sein. Wir müssen hier zwischen zwei verschiedenen *Arten* von Organisation und zwei verschiedenen *Arten* von Mitgliedern unterscheiden:

- (a) Eine Organisation von ArbeiterInnen und der Begriff des/der Militanten
- (b) Eine Organisation der Arbeiterklasse und der Begriff des/der RevolutionärIn

(a) *Eine Organisation von ArbeiterInnen* kann jede Organisation sein, deren Mitglieder ArbeiterInnen sind. Sie kann dazu da sein, in Form einer Genossenschaft oder einer Versicherung bestimmte Interessen wie Lohn, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen, Ausbildung usw. zu vertreten. Ein gutes Beispiel könnte der Automobilclub sein. Die Mehrheit seiner Mitglieder wird wahrscheinlich aus der Arbeiterklasse kommen. Aber selbst wenn die Mitgliedschaft ausschließlich aus ArbeiterInnen bestehen würde, wäre er keine Klassenorganisation, da es ihm nicht um einen Sieg der Arbeiterklasse im Klassenkrieg geht. Eine Organisation von ArbeiterInnen bezieht sich nur auf einen Aspekt im Leben der Mitglieder. Im Fall der Gewerkschaften ist dies die Beziehung der ArbeiterInnen zum Arbeitsplatz.

In diesem Sinne ist eine Organisation von ArbeiterInnen auf einen bestimmten Aspekt der gesellschaftlichen Realität beschränkt, die kämpferischen Mitglieder dieser Art von Organisation können als *Militante* bezeichnet werden. Die Militanten sehen nur einen Teil der gesellschaftlichen Realität. Sein oder ihr Kampf ist auf einen bestimmten Bereich eingeschränkt, wie Industrie, Erziehung, Häuserbewegung, Frauenbefreiung usw..

(b) *Eine Organisation der Arbeiterklasse* wird von ArbeiterInnen geschaffen und kontrolliert, um den Klassenkampf voranzubringen. Ihr Zweck ist die Zerstörung aller kapitalistischen Herrschaftsformen, um sie durch eine Gesellschaft zu ersetzen, die auf den Prinzipien der kollektiven Selbstver-

waltung beruht.<sup>18</sup> Sie ist mehr als ein Mittel für eine besondere Angelegenheit. In den Händen der Arbeiterklasse ist sie die konkrete Verkörperung der Ambitionen dieser Klasse. In diesem Sinne steht sie im Gegensatz zum Ganzen der existierenden gesellschaftlichen Realität. Die ihr angehörenden Mitglieder wären *Revolutionäre*. Im Unterschied zu den Militanten versuchen die Revolutionäre, ein umfassendes Verständnis (und damit eine umfassende Theorie) von der Struktur einer Klassengesellschaft zu entwickeln.<sup>19</sup>

Für uns sind Gewerkschaften Organisationen von ArbeiterInnen und keine Organisationen der Arbeiterklasse. Ihre Militanten sind auf den Horizont der gewerkschaftlichen Aktivität eingeschränkt, aber Revolutionäre müssen über alle diese begrenzten Horizonte hinausgehen. Gewerkschaften und gewerkschaftliche Militanz sind mit der bürgerlichen Gesellschaft vereinbar. Organisationen der Arbeiterklasse und revolutionäres Handeln sind es nicht. Letzteres richtet sich gegen *alle* kapitalistischen Organisationen, wozu auch Gewerkschaften gehören können.

Wir sagen nicht, daß die RevolutionärInnen aus den Gewerkschaften austreten sollen, aber sie sollen sich nicht ihren Beschränkungen unterwerfen. Es ist überhaupt kein Widerspruch, wenn ein/e RevolutionärIn einer Organisation von ArbeiterInnen beitritt und als Militante/r z.B. in Gewerkschaften oder in einer Frauengruppe tätig ist. Widersprüchlich wird es nur dann, wenn er seine Tätigkeit ausdrücklich auf die Ziele und Ambitionen dieser Organisation einschränkt. Wenn er sich weigert, über diese begrenzten Ziele hinauszugehen, dann gibt er eine potentiell *revolutionäre* Perspektive zugunsten einer *militant*en auf.

Wenn also die traditionelle Linke sagt, die »Gewerkschaften sind die Instrumente des Klassenkampfs«, begrenzen sie ebenfalls den Horizont der *revolutionären Aktivität* auf den Rahmen der Militanz. Wenn die Gewerkschaften schlicht als Organisationen von ArbeiterInnen gesehen werden, dann stellt die Suche der Arbeiterklasse nach anderen Wegen der Organisation für RevolutionärInnen kein Problem dar. Unsere Position ist trotz anderslautender Vorwürfe von Trotzkisten und Stalinisten in diesem Punkt ganz eindeutig: Wir sind nicht gegen Organisationen der Arbeiterklasse. *Wir wenden uns nur dagegen, daß es nur eine Form von Klassenorganisationen gäbe und immer geben werde.* Die Arbeiterklasse selbst fällt das Urteil über die gewerkschaftliche Organisationsform und sucht nach Alternativen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, daß sich

---

<sup>18</sup> Siehe *Workers' Councils: The Economics of a Self-Managed Society*, Solidarity London.

<sup>19</sup> Siehe *Solidarity and the Neo Narodniki*s. Solidarity-Diskussionsbroschüre.

unsere Einwände gegen die Gewerkschaften auf solche Bereiche beziehen, wo die Arbeiterklasse ohne sie besser zurechtkommt. Uns ist klar, daß es aufgrund der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus einige Bereiche gibt, in denen die Arbeiter um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung kämpfen. Wir verurteilen diese Bemühungen nicht, denn die ArbeiterInnen sollten unserer Meinung nach die Freiheit haben, sich aller Vorteile zu bedienen, die ihnen Gewerkschaften bieten können. Aber die ArbeiterInnen sollten *nicht* aufgrund einer ideologischen Verpflichtung auf die Gewerkschaften von alternativen Aktionsformen abgehalten werden.

## **Voraussetzung 2: Verstaatlichung als sozialistische Organisationsform**

Sowohl die Linke wie die Powell-Rechte gehen davon aus, daß Verstaatlichung etwas mit Sozialismus zu tun hat. Dieser Mythos der Verstaatlichung als ein sozialistisches Ziel taucht das ganze Denken dieser Leute in eine bestimmte Farbe. Zum Beispiel würde man dann befürchten, daß die Pauschalarbeit mit ihrer Stärkung der Kleinbetriebe von dem Ziel einer einzigen großen Baufirma wegführt. Wir müssen diesem Verstaatlichungsmythos entgegentreten. Für Sozialisten hat er nichts zu bieten. Uns geht es nicht um mehr Effizienz und höhere Profite auf dem Bau. Damit haben wir nichts zu tun. Uns geht es darum, wie die Arbeiterklasse den Bau tatsächlich kontrollieren und *verwalten* kann. Wie effizient Verstaatlichungen auch sein mögen, in dieser Hinsicht führen sie nicht weiter. Was den vielen Linken, die bei der Kampagne gegen die Pauschalarbeit mitmachen, Sorgen bereitet, ist die fehlende *Kontrolle* über die Bauarbeiter. Daher besteht ihr Traum einer gut geführten Bauindustrie in der Verstaatlichung, bei der *sie* die Kontrolle haben. Für Libertäre und auch für die meisten Arbeiter in diesem Bereich ist die Verstaatlichung ein müder Witz. Sie würde das Aussterben von Lohnverhandlungen auf der Baustelle bedeuten. Verstaatlichung ist nichts anderes als staatliche Kontrolle<sup>20</sup>, staatliche

---

<sup>20</sup> Siehe *Socialist Worker: What We Stand For*. Der Text enthält die Forderung nach »entschädigungsloser Verstaatlichung des Bodens, der Banken und der wichtigsten Industriezweige unter der *Kontrolle* der Arbeiter«. Es ist auffällig, daß sie hier von *Kontrolle* sprechen. Sie hätten auch sagen können, die Arbeiter sollten kontrollieren, indem sie alle fünf Jahre die Direktoren wählen, oder indem sie die Parteivertreter wählen, die die Direktoren bestellen usw.. Andererseits könnten sie behaupten, die Kontrolle bestehe darin, daß ein paar Arbeiter genommen und in den Vorstand gesetzt werden. Unsere Betonung der *Arbeiterverwaltung* richtet sich gegen alle diese Formen. Wenn die ArbeiterInnen ihre Industriezweige tatsächlich *verwalten*, müssen wir nicht von Verstaatlichung sprechen, denn dann haben sie die Enteignung bereits ohne Verstaatlichung durchgeführt. Sie hätten dann die Industriezweige selber übernommen, womit es überflüssig wird, daß ein Staat für sie die Enteignung durchführt.

Lohnbestimmung (erinnert euch an die KrankenhausarbeiterInnen) und staatliche Disziplinierung. Ein paar Bürokraten können dann ganze Industrien mit der Androhung von Massenentlassungen erpressen. Wer meint, Verstaatlichung hätte irgendwas mit Sozialismus zu tun, sollte sich einmal die Pläne für die Staatsindustrie oder den Plan von Marsh für die Eisenbahnen anschauen.

## Vielfalt

Worum geht es, wenn wir die Pauschalarbeit ohne irgendwelche mystifizierenden Unterstellungen untersuchen? Zuallererst sollten die Revolutionäre mit solchen Parolen aufhören wie »Verteidigt die Gewerkschaften – Zerschlägt die Pauschalarbeit«. Zweitens müssen wir verstehen, daß es nicht eine einzige, sondern fünf verschiedene Formen von Pauschalarbeit gibt. Sie haben unterschiedliche Auswirkungen, aber bei allen handelt es sich um Formen, seine Arbeitskraft zu verkaufen.

(1) Die erste Form ist der *Subunternehmer*, Besitzer einer kleinen Firma, die wahrscheinlich als Kapitalgesellschaft fungiert. Er macht einige Jobs auf der Basis von Materiallieferung und Montage, andere mit der bloßen Bereitstellung von Arbeitskräften. Möglicherweise beschäftigt er ein paar Handwerker, die in der Gewerkschaft sein können oder auch nicht. Wie jeder andere Unternehmer zahlt er Sozialversicherungsbeiträge und führt Einkommensteuer ab. In vielen Fällen arbeitet er selber mit, und obwohl er ein Unternehmer ist, kann er daher nicht einfach zu den Kapitalisten gezählt werden, die von der Arbeit anderer leben.

(2) *Der selbständige Arbeiter oder Handwerker*, der seinen eigenen Nur-Arbeitskraft-Vertrag [labour-only contract] mit einer Baufirma, dem Leiter einer Baustelle oder mit einer Verleihfirma abschließt. In diesem Bereich ist der Mißbrauch tatsächlich weitverbreitet, vor allem wenn es sich um Ungelernte handelt und der Vertrag mit einer dubiosen Agentur oder mit einer Streikbrecher-Agentur wie »Labour-Force« abgeschlossen wird. Einige Agenturen beschäftigen irische Ungelernte unter Bedingun-

---

Der Ausdruck »Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle« ist in sich widersprüchlich, wenn er sich auf eine Situation bezieht, in der die ArbeiterInnen tatsächlich die Verwaltung übernommen haben. Wenn sie die Kontrolle haben, bedarf es keiner Verstaatlichung. Wenn es aber Verstaatlichung gibt, dann kontrollieren nicht die ArbeiterInnen, sondern der Staat.

gen, die an Sklaverei grenzen. Wir ignorieren diese Grausamkeiten keineswegs, sondern betrachten sie als die übelsten Aspekte des Kapitalismus im Baugewerbe. Zu den schlimmsten Formen der Ausbeutung von Pauschalarbeit gehört vielleicht das System, das von einigen Hoch- und Tiefbaufirmen benutzt wird. Die Firmen befinden sich meistens in der Hand von Iren und beschäftigen überwiegend irische Arbeitskräfte. Die Leute werden buchstäblich von Tag zu Tag eingestellt. In Städten im Nordwesten und in den Midlands (und wahrscheinlich auch woanders) gibt es Straßen (in Manchester um All Saints herum), wo die Leute jeden Morgen von LKWs eingesammelt werden. Willkürlich picken sich die Vorarbeiter Leute heraus oder weisen andere ab – oft hängt dein Job davon ab, ob du ihm letzte Nacht ein Bier ausgegeben hast oder nicht. In einigen Fällen werden die Arbeiter doppelt ausgebeutet, weil sie in Unterkünften der Schieber und Vorarbeiter wohnen. Solche Arbeiter haben das zweifelhafte »Privileg«, überwiegend im Tiefbau beschäftigt zu sein. Obwohl der Lohn auf den ersten Blick nicht schlecht aussieht, finden wir hier die übelsten Aspekte der Pauschalarbeit: Keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine bezahlten Feiertage, keine Arbeitslosenversicherung und gewöhnlich keine Unfallversicherung. Als selbständige Arbeiter sind sie für die Versicherung selbst verantwortlich. Wenn du dann noch das völlige Fehlen von Sicherheit bedenkst, dann sieht das mit dem tollen Lohn schon nicht mehr so gut aus. Aber das Schlimmste daran ist vielleicht der völlig Verlust ihrer Würde. Die Männer werden wie auf einem Sklavenmarkt behandelt, sie müssen darum betteln, ausgewählt zu werden. Die Hafenarbeiter haben jahrelang um die Abschaffung einer solchen Situation gekämpft, obwohl sie natürlich den vollen Ausfall bezahlt bekamen, wenn sie nicht genommen wurden. Auf dem Bau bekommen diese armen Schweine gar nichts. Darüberhinaus sind die Arbeitsbedingungen oft beschissen, die Männer arbeiten bei jedem Wetter, ohne daß ihnen Regenjacken usw. gestellt würden. Diese Bedingungen lassen sich aber nicht verallgemeinern, wir können nicht *alle* Pauschalarbeiter über einen Kamm scheren. Denn gemeinhin sind solche Bedingungen auf einen relativ kleinen Prozentsatz des Gewerbes und *auf einen relativ kleinen Teil der individuellen Verträge beschränkt. Es ist eine Ausnahmesituation, die die große Mehrheit der Pauschalarbeiter in diesem Land nicht hinnehmen würde.* Eine Antwort auf diese extreme Situation kann offensichtlich nicht in Parolen für die Gewerkschaften und für die Verstaatlichung der Bauwirtschaft liegen, denn die größten Nutznießer dieser Version von Pauschalarbeit sind die *verstaatlichten Dienste* wie Telefon und Elektrizitätswerke.

(3) *Die kleine Kolonne.* Zum Beispiel gibt es besondere Gewerbe wie die Dachdecker oder Schornsteinbauer, bei denen einer aus der Kolonne

den Vertrag erhält und damit formal die unternehmerische Verantwortung für die Gruppe übernimmt. Der Vorteil liegt darin, daß die Kolonne in derselben Zusammensetzung weiter zusammenarbeiten kann, auch wenn sie von Baustelle zu Baustelle zieht. Wenn du auf jeder Baustelle dieselben Kollegen hast, mußt du deine Arbeitsweise nicht jedes Mal wieder neu aufeinander abstimmen. Die Mitglieder einer Kolonne bauen meistens starke Loyalitäten zueinander auf und machen es so der Bauleitung extrem schwer, einen Handwerker gegen den anderen auszuspielen, wie sie es tun, wenn alle zur selben Firma gehören. Wenn zum Beispiel eine Kolonne beschließt, heute abend keine Überstunden zu machen, wird es der Vorarbeiter kaum schaffen, einen von ihnen zum Bleiben zu überreden, denn die Mitglieder fühlen sich einzig und allein der Kolonne gegenüber loyal. Gruppenentscheidungen sind endgültige Entscheidungen, und gewöhnlich mischt sich die Bauleitung nicht ein. Die Kolonnenmitglieder entscheiden, wieviele Stunden sie arbeiten und unter welchen Bedingungen, und teilen das Geld entsprechend untereinander auf.

(4) *Kolonnen von Selbständigen*. Das sind oft stabile Arbeitspartner-schaften mit all den oben aufgeführten Vorteilen. Sie können aber auch ein praktisches Mittel sein, um befristete Jobs zu machen, und lösen sich nach Vertragsende wieder auf.

(5) *Isolierer und Fassadenmonteure [Sheeters]*. Wir müssen hier betonen, daß nicht *alle* Gewerbe mit der Pauschalarbeit gut gefahren sind. In Zeiten der Veränderung hat die Pauschalarbeit dazu beigetragen, viele etablierte Gewerbe neu zu bewerten und das nicht immer zum Vorteil der dort Arbeitenden. Denken wir zum Beispiel an den Status der *Sheeters*. Sie montieren Platten und Bleche aus Asbest oder Metall usw. auf Wände und Dächer von Gebäuden. Es handelt sich meistens um Industriegebäude, die oft sehr hoch sind. Die Arbeit hat viel mit dem Stahlbau zu tun, und tatsächlich können viele Arbeiter beides. Vor sechs oder sieben Jahren war Sheeter ein »Spitzenjob« mit ziemlich hohen Akkordlöhnen. In den letzten sechs Jahre hat die Verschiebung hin zum Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertum dazu geführt, daß weniger Männer vergleichsweise größere Aufträge übernehmen, so daß es jetzt weniger Aufträge und zu viele Sheeters auf dem Arbeitsmarkt gibt.

Weil die Kolonnen relativ klein sind, arbeiten sie sehr zersplittet und haben kaum Kontakt zu anderen Kollegen aus dem Gewerbe. In diesem Bereich haben daher diejenigen Arbeiter ihre Löhne weiter verbessern können, die sich gegen das Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertum erfolgreich zur Wehr gesetzt haben (z.B. der Bauzweig der Gewerkschaft AUEW [Amalgamated Union Engineering Workers]). Es sollte jedoch betont werden, daß diese schädlichen Aspekte der Pauschalarbeit mit der Isolie-

rung der Sheeter-Kolonnen zusammenhängen. Denn in Situationen, wo Sheeter in großer Zahl zusammenarbeiten, wie z.B. in petrochemischen Fabriken, konnten sie kollektiv handeln, egal ob sie pauschal oder festangestellt beschäftigt waren.

Mit diesen fünf Haupttypen sind die verschiedenen Formen der Pauschalarbeit bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wie schon erwähnt wurde, haben einige Kolonnen Kapitalgesellschaften gegründet, um die hohen Steuern zu umgehen. Es gibt Fälle, wo Kolonnen, die auf eine bestimmte Tätigkeit spezialisiert sind, einen Teil des Auftrags an andere Handwerker weitergeben. Eine Kolonne von Malern kann z.B. die im Auftrag enthaltenen Verputzarbeiten einem Putzer überlassen usw.. Es wäre langweilig, jede einzelne Variante aufzuführen, die auf dem Bau praktiziert wird. Mit der Beschreibung der fünf Typen wollten wir lediglich den Mythos zerstören, es gäbe nur eine Form von Pauschalarbeit. *Denn wenn die traditionelle Linke die Pauschalarbeit verurteilt, ist nicht einmal klar, worauf sie sich bezieht, da nie erklärt wird, von welcher Art der Pauschalarbeit sie gerade sprechen.*

## Schlußfolgerungen

Was wirklich zählt, ist das, was die Arbeiter auf den Baustellen tun, und nicht, was sie den diversen Sekten zufolge tun sollten. Fast eine halbe Million Arbeiter werden jetzt in irgendeiner Form auf Pauschalbasis beschäftigt. Aufgrund des drastischen Rückgangs der Zahl ihrer beitragszahlenden Mitglieder bietet nun die Baugewerkschaft UCATT der TGWU [Transport and General Workers Union] einen Zusammenschluß an. Aber die TGWU hat es mit der Übernahme einer bankrotten Gewerkschaft nicht eilig. Die meisten Bauarbeiter haben die Rolle der Gewerkschaften nur zu gut kapiert. Seit dem Barbican, der als Wendepunkt in der Geschichte der Pauschalarbeit betrachtet werden kann, ist dies zunehmend deutlich geworden. Nur die traditionelle Linke verbreitet noch Illusionen bei ihrem vergeblichen Versuch, die Wirklichkeit ihren Theorien anzupassen. Mit ihrem Irrglauben an die Gewerkschaften als den wahren Organen des Klassenkampfs wollen sie die Geschichte umkehren. Indem die Arbeiter sowohl die traditionelle Linke wie die Gewerkschaften ignorieren, schaffen sie neue Möglichkeiten für Selbstverwaltung und verbessern zugleich ihre eigene materielle Lage.

Worin liegt die Bedeutung der Pauschalarbeit? Der wichtigste Punkt bezieht sich auf die Kontrolle. Die Pauschalarbeiter entscheiden selber, mit wem sie zusammenarbeiten wollen, wie ihre Arbeitszeiten sind und wie die Arbeit gemacht wird (natürlich innerhalb der vom Kapitalismus gesetzten Schranken). Eingeschränkt sind ihre Entscheidungen bezüglich des Produkts, über das sie keine Kontrolle haben, da sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Zum Beispiel können sie keine grundsätzlichen Entscheidungen darüber treffen, wo die Baustelle sein sollte, was gebaut werden sollte oder welche Architektur das Gebäude haben sollte. Der Kapitalismus setzt fundamentale Schranken, egal auf welche Weise die Arbeitskraft verkauft wird. Aber es spricht viel dafür, daß sich der Spielraum für Entscheidungen innerhalb der existierenden Schranken ausweitet, wenn die Arbeitskraft in einer der Formen von Pauschalarbeit verkauft wird.

Die Pauschalarbeit zeigt uns, daß die Arbeiterklasse ohne große Mühe jedes von den Bossen oder der Regierung eingeführte System zu ihren Gunsten umdrehen kann. Von der Organisationsform der Pauschalarbeit können sowohl gefügige wie selbstbewußte Arbeiter betroffen sein. Wenn es die ersten trifft, werden die Bedingungen der Pauschalarbeit Ausdruck ihrer Gefügigkeit sein. *Bei Veränderungen haben die weniger kämpferischen Arbeiter immer die schlechteren Karten. Die kämpferischen Arbeiter können solche Veränderungen hingegen zu ihrem eigenen Vorteil nutzen.*

Hinter all dem Geschwätz über die Ungerechtigkeiten der Pauschalarbeit, die Unfälle, den niedrigen Ausbildungsstand usw., verbirgt sich die Einsicht, daß gut organisierte Arbeiter die Pauschalarbeit zu ihrem Vorteil nutzen können. Davor fürchten sich die Bosse und die traditionelle Linke. Pauschalarbeiter können das Finanzamt austricksen, einige Auflagen des Industrial Relations Board umgehen und sich Löhne sichern, die über die landesweit festgesetzten Tarife hinausgehen. Die Einkommenspolitik der Regierung, die Phasen I, II, III usw., können den Pauschalarbeitern nichts anhaben. Bisher sind alle Versuche der Regierung, die Löhne zu kontrollieren, an der Pauschalarbeit gescheitert.

Wenn gesagt wird, es sei nicht die Aufgabe von Sozialisten, die Gewerkschaften zu kritisieren, müssen wir klarstellen, daß die Gewerkschaften keine sozialistischen Inseln im Meer der kapitalistischen Ausbeutung darstellen. Der Kapitalismus hat sich tief im Herzen der Gewerkschaften verankert. Anton Pannekoek hatte schon 1920 in »Weltrevolution und kommunistische Taktik« geschrieben:

»Im entwickelten Kapitalismus und noch mehr in dem imperialistischen Zeitalter sind diese Gewerkschaften stets mehr zu riesigen Verbänden geworden, die die gleiche Tendenz der Entwicklung

zeigen, wie in älterer Zeit die bürgerlichen Staatskörper selbst. In ihnen ist eine Klasse von Beamten, eine Bürokratie entstanden, die über alle Machtmittel der Organisation verfügt: die Geldmittel, die Presse, die Ernennung der Unterbeamten; oft hat sie noch weitergehende Machtbefugnisse, so daß sie aus Dienern der Gesamtheit zu ihren Herren geworden ist und sich selbst mit der Organisation identifiziert. Und auch darin stimmen die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bürokratie überein, daß trotz der Demokratie, die darin herrscht, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bürokratie durchzusetzen; an dem kunstvoll aufgebauten Apparat von Geschäftsordnungen und Statuten bricht sich jede Revolte, bevor sie die höchsten Regionen erschüttern kann.«<sup>21</sup>

Wenn das schon 1920 stimmte, dann trifft es heute um so mehr zu. Die Gewerkschaftsführer verhalten sich als Vermittler auf dem Arbeitsmarkt und setzen gleichzeitig alles daran, den Arbeitern jegliches Bewußtsein davon zu nehmen, daß sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen können. Heute sind die Gewerkschaften tatsächlich zu einem wesentlichen Teil der kapitalistischen Fesseln geworden. Vom Standpunkt der Arbeiter aus läßt sich dieses Problem nicht dadurch lösen, daß eine revolutionäre Partei der Marke X die Gewerkschaften *erobert* und die Führung durch ihre Mitglieder ersetzt. Egal wie gut gemeint ihre Ziele sind, unter den heutigen Bedingungen wird jede Gruppe, die den Klassenkampf im Namen der Arbeiterklasse leiten will, dabei enden, ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Die Gewerkschaften sind heute auf allen Ebenen und in einem solchen Ausmaß in die kapitalistische Gesellschaft integriert, daß sich die Arbeiterklasse bei ihrer Befreiung von den Werten und der Ideologie dieser Gesellschaft gegen die Gewerkschaften selbst wenden und sie als ein Hindernis aus dem Weg räumen muß. Wenn die Arbeiter die Mystifikationen abschütteln, die sich um den Kult der Führung ranken, dann werden als erste ihre selbsternannten Führer fällig sein. Denn der Mythos der Führerschaft hat sich nirgendwo so tief in die Arbeiterklasse eingenistet wie im Kult der

---

<sup>21</sup> Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik (1920), zitiert nach: Frits Kool (Hrsg.), Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten 1970, S. 378. In der Broschüre wird der Text irrtümlicherweise als »Offener Brief an den Genossen Lenin« bezeichnet. Dieser wurde auch 1920 geschrieben, stammt allerdings von Pannekoeks Mitstreiter Herman Gorter. Anm.d.Ü.

Gewerkschaftsbürokratie. Um mit dieser Herausforderung fertig zu werden, muß dem Kapitalismus seine letzte Waffe aus der Hand geschlagen werden: ein für alle mal muß der Mythos zerstört werden, der Klassenkampf könne von Experten geführt werden, die sich selber aus dem alltäglichen Klassenkampf zurückgezogen haben. Wenn dies erreicht ist, werden wir keine revolutionären Parteien oder irgendwelche anderen parasitären Kräfte mehr brauchen, deren Strategie der »Eroberung der Gewerkschaften« auf ihrem eigenen Machtstreben beruht.

Blinde Loyalität den Führern gegenüber, Achtung vor Funktionären oder eine sklavische Treue zu den von den Gewerkschaften ausgehandelten Arbeitsformen kann nie die Basis für ein wirklich revolutionäres Handeln sein. Wenn wir mit beschönigenden Parolen und ohne Nachzudenken die Gewerkschaften unterstützen, haben wir den Kampf verloren, bevor er begonnen hat. Solange die Arbeiterklasse ihre eigene Befreiung als die Aufgabe von anderen betrachtet, wird sie im Kapitalismus gefangen bleiben.

Die Organisation, die die Arbeiterklasse braucht, muß auf einer völlig anderen Ideologie und Struktur beruhen und den Kampf auf völlig andere Weise führen. Wir sagen nicht, daß die Pauschalarbeit die Antwort ist, aber sie ist mit einem aggressiven Mut verbunden, der über die sklavische Hinnehmung der gewerkschaftlichen, im »nationalen Interesse« abgeschlossenen Tarifverträge hinausgeht.

Solange wir in einer Gesellschaft leben, in der die Arbeiterklasse zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen wird, und solange es Parasiten gibt, die von der Arbeit anderer leben, sollten Leute, die sich als *Sozialisten* bezeichnen, *keine* Form der Ausbeutung hochhalten und verteidigen. Wenn revolutionäre Parteien Institutionen verteidigen, die von den einfachen Arbeitern überwunden werden können, dann sollten wir uns fragen, welche Motive hinter der Verteidigung dieser Institutionen wirklich stecken.

Als eine Methode zum Verkauf seiner Arbeitskraft unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen hat die Pauschalarbeit viele Vorteile. Es ist keine sozialistische Methode, aber der Definition von Sozialismus zufolge kann es keine sozialistische Methode der Ausbeutung geben. Wenn die Pauschalarbeit als ein ungerechtes System kritisiert wird, bei dem jeder nur an sich denkt, dann sei daran erinnert, daß die Medien gegen *jede* Forderung der Arbeiterklasse diesen Einwand erheben.

Wir haben gesagt, daß die Bauarbeiter traditionelle Organisationsformen ablehnen. Wir sollten daher nicht versuchen, diese veralteten und schwerfälligen Gewerkschaften durch die Forderung nach einem staatlichen Verbot der Pauschalarbeit zu unterstützen. Noch weniger sollten wir von den Gewerkschaftsführern fordern, daß sie die Pauschalarbeit abschaffen.

Vielmehr sollten wir uns die Vorteile ansehen, die eine entschlossene und hartnäckige Arbeiterbasis aus dieser Arbeitsform herausschlagen kann. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß sie die zukünftige Organisationsform auf der Baustelle werden könnte. Revolutionäre sollten darin nicht das Ende des Klassenkampfs sehen, sondern den Charakter des Klassenkampfs unter neuen Bedingungen. Die Tage der landesweiten Tarifabschlüsse sind vorbei, und auch die Zeit, als der Gewerkschaftsfunktionär einen Streik mit den Worten beenden konnte: »Zurück an die Arbeit, Jungs, während ich verhandle.« In dem System der Pauschalarbeit stecken *Tendenzen*, die sowohl den Bauunternehmer alten Stils als auch den altmodischen Gewerkschafter »mit Schirm und Melone« überflüssig machen. Eine gut organisierte Baustelle von Pauschalarbeitern ist kein Widerspruch in sich. In ihr steckt die Möglichkeit der kollektiven Selbstverwaltung und des direkten Konflikts zwischen Verkäufern und Käufern der Arbeitskraft, denn es gibt niemanden mehr, der den Verkauf der Arbeitskraft an andere vermittelt. Zugegeben, im Gewerbe geht es gerade drunter und drüber, aber es entsteht ein neuer Typ von Bauarbeiter, der sich mit seinen Brüdern auf der Baustelle zusammenschließen kann. Diese Arbeiter nehmen auf ganz entschiedene Weise selber Einfluß auf ihre Arbeitsbedingungen.

Daß Pauschalarbeiter in der Vergangenheit als Streikbrecher gearbeitet haben, muß nicht zu einer Verurteilung der Pauschalarbeit als solcher führen. Streikbrecher hat es schon vorher gegeben. Es hat sie in der Gewerkschaft gegeben, und es gibt jede Menge Streikbrecher-Gewerkschaften.<sup>22</sup> Klar, es steht nicht alles zum besten auf den Pauschalarbeiter-Baustellen. Viele der Anschuldigungen treffen zu. Aber diejenigen unter uns, die das Prinzip der kollektiven Selbstverwaltung vertreten, können nicht die enormen Möglichkeiten einer militanten Arbeiterklasse ignorieren, die die bisherigen schwerfälligen und einschränkenden Formen der kollektiven Verhandlungen überwunden hat. Wie üblich enthüllt die Arbeiterklasse durch ihr Handeln die Unfruchtbarkeit der traditionellen linken Diskussion. Wir sollten uns nicht von einem altmodischen Dogma und dem Mythos der Verstaatlichung den Blick auf die wirklichen Vorgänge im Klassenkampf vernebeln lassen.

---

<sup>22</sup> Siehe *G.M.W.U. Scab Union*, Solidarity London [G.M.W.U. = General and Municipal Workers Union].

# **Eine revolutionäre Strategie für das Baugewerbe**

Es kann nicht das Ziel einer revolutionären Strategie im Baugewerbe sein, eindeutig schädliche Organisationen zu stützen. Vielmehr muß es um den Aufbau einer Bewegung auf der Grundlage der kollektiven Selbstverwaltung gehen, an der sich die Leute selber beteiligen. Außerdem muß eine revolutionäre Strategie versuchen, die verschiedenen Aspekte des Kampfs der Arbeiterklasse zusammenzubringen. Sie muß sich um Verbindungen zu anderen Teilen der Bevölkerung bemühen, die in gleicher Weise von der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ausgeschlossen sind. Eine solche Strategie muß eine radikale Herausforderung an die etablierte Gesellschaft sein. Sie muß Aktionsformen entwickeln, die nur außerhalb der traditionellen Organisationen möglich ist. Sie sollte über den Enthusiasmus der Jugend verfügen und über Respektlosigkeit gegenüber allem, was geweiht und heilig ist. Sie sollte in der Lage sein, neue Kampf- und Organisationsformen hervorzubringen, die für die sozialistische Zukunft wichtig sind. Sie sollte ebenfalls in der Lage sein, das eigentliche Ziel des Sozialismus wieder auf die Tagesordnung zu stellen: die kollektive Verwaltung einer wirklich menschlichen Gesellschaft.

Anstatt mit Parolen über die Pauschalarbeit herumzuschmeißen, sollten Revolutionäre sich auf das *positive* Ziel des Aufbaus der sozialistischen Alternative konzentrieren, vor allem von autonomen Organisationen in der Arbeit, die sich mit anderen Organisationen im selben oder in anderen Wirtschaftszweigen verbinden und die von unten kontrolliert werden.

»Solche Organisationen werden früher oder später entweder mit den bestehenden Vereinen, die sich als ›Vertreter‹ der Arbeiterklasse ausgeben, in Konflikt geraten (wobei es noch zu früh ist, die möglichen Formen dieses Kampfes festzulegen), oder sie werden die alten Organisationen einfach völlig übergehen.«<sup>23</sup>

Der Würgegriff, in dem die Gewerkschaften das Baugewerbe gehalten haben, gehört endgültig der Vergangenheit an. Die zukünftige Form des Klassenkampfs wird von der Arbeiterklasse abhängen. ■

---

<sup>23</sup> Ohne Quellenangabe in der Broschüre, Anm.d.Ü.



# **Die Leute sind ängstlich, aber sie dürsten nach Rache ...**

**Ein Rückblick auf die Broschüre von 1974 und neuere Entwicklungen  
des englischen Kapitalismus und seiner Bauwirtschaft (ein Brief vom  
März 1997)**

*Der folgende Text ist ein längerer Brief, den uns Dave W. aus London letztes Jahr geschickt hat. Wir hatten ihn gefragt, was er von einer Veröffentlichung der Broschüre »The Lump – an heretical analysis« auf deutsch halten würde, was er heute über die damaligen Positionen denkt und wie die Situation auf dem Bau in England jetzt aussieht. Dave arbeitet selber seit Jahren auf dem Bau und hat die Entwicklungen seit den 70er Jahren miterlebt. Anfang der 80er Jahre schrieb er einen längeren Text über die Welle von riots, die England im Juli 1981 erschüttert hatten: »Like a Summer with a Thousand July's«. Wir haben den Text damals übersetzt und unter dem Titel »Zehn Tage, die England veränderten« herausgebracht. Daves Brief von 1997 liest sich wie eine bittere Fortsetzung der Broschüre von 1981. In seinem Nachwort von 1985, also schon nach der Niederlage der Bergarbeiter in England, sieht er die größte Tragik des Klassenkampfs in den 80er Jahren darin, daß es zu keiner Verbindung und keinem direkten Zusammengehen zwischen den rioters in den Innenstädten und den verbliebenen kämpferischen Arbeiterbastionen kam. Dies besiegelte die Niederlage im Klassenkampf, die den Durchbruch der »neoliberalen« Politik und den Terror des Geldes erst möglich machte. Dave hat deswegen nicht resigniert, aber er wirft in seinem langen Brief – sechzehn Jahre nach »Like a Summer...« – grundlegende Fragen auf: zur aktuellen Situation des Klassenkampfs, zur Krise der Linken (unsere eingeschlossen) und dem neuen, schäbigen Gesicht des Klassenverhältnisses. Er stellt diese Fragen aus der aufmerksamen Beobachtung der Entwicklungen innerhalb der Arbeiterklasse heraus – und er versucht nicht, gleich fertige ideologische Antworten zu liefern (auch nicht solche aus der eigenen rätekommunistischen oder situationistischen Ecke). Wir haben den Brief daher vollständig übersetzt und nur der besseren Lesbarkeit halber mit ein paar Zwischenüberschriften versehen. Natürlich wird in dem Brief auch vieles unterstellt, was sich nicht auf zwanzig Seiten ausführen läßt: seine radikale Kritik der Kunst, die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften, ein breiterer Begriff von Proletariat und Klasse, als er in der Linken gängig ist*

*usw. Wer seinen Brief besser verstehen will, sollte »Like a summer with a thousand July's« selber lesen (ein paar Exemplare sind bei Sisina-Berlin noch für 12 Mark inkl. Versand erhältlich) – das Buch von damals macht allemal Spaß und Mut für die Kämpfe der Zukunft! ■*



**R**ückblickend betrachtet war die Broschüre der Gruppe »Solidarity« über die Pauschalarbeit im Baugewerbe von Anfang der 70er Jahre (1974) sehr optimistisch, auch wenn die Phantasie an nicht wenigen Stellen mit dem Autor durchgegangen ist. Aber wer war zu der Zeit nicht optimistisch, trotz der Depressionen, Ausflips, Selbstmorde und dem durchdringenden Gefühl, daß die Kühnheit der Rebellion in den späten 60er Jahren nun Stück für Stück zurechtgestutzt wurde. Jedenfalls war die Atmosphäre streikfreudig, rebellisch, auf eine arg mitgenommene Art sogar zuversichtlich und völlig anders als die schiere Verzweiflung, die Niederlage und der beginnende, um nicht zu sagen galoppierende Totalitarismus des freien Marktes, der jetzt in Großbritannien umgeht.

### **Auf dem Bau in den 70er Jahren**

Was mich betrifft, so war die Broschüre zur Pauschalarbeit ein Genuß nach einer Zeit manchmal korrekter, aber immer beiderseits mißtrauischer Beziehungen zu Vertrauensleuten der Baugewerkschaft, die sich an einer Reihe von Streiks im Baugewerbe beteiligt hatten, die im landesweiten Bauarbeiterstreik von 1972 gipfelten. Die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter im Umfeld der Vertrauensleute waren nicht mißtrauisch. Nur zu gerne gingen sie auf ein Bier ins Pub, wo spontane Freundschaft am meisten zählte. Das Mißtrauen kam aber sogar aus den untersten Rängen der Gewerkschaftshierarchie. Wenn sie sahen, daß du gut reden konntest, warum schriebst du nicht für die Gewerkschaftspresse oder versuchtest, ein Parlamentsabgeordneter der äußersten Linken zu werden?

Ich bedauere sehr, daß ich an dem Streik von 1972 nicht teilgenommen habe. Ich hatte kurz vor Streikausbruch auf einer großen Baustelle (von Gilbert Ash, heute Teil der Bovis-Gruppe) gearbeitet. Die Atmosphäre dort war sehr gespannt. In der Kantine redeten die Leute ständig leidenschaftlich über so extreme Sachen, daß der Polier eines Tages auf den Tisch haute und uns alle Vandalen nannte – die Jungen wie die Alten. Ich denke, selbst er war trotz seiner psychotischen Verfassung von der Atmosphäre beeinflußt, und so versuchte er in dunklen Ecken den Arm auf deine Schulter zu

legen. Ein unterdrückter Schwuler, der sagen würde: »Hängt alle Schwulen auf«. Der Zeitnehmer war früher ein schweinischer Vorarbeiter gewesen, aber einige Jahre zuvor hatten einige Bauarbeiter ihn fertiggemacht. Sie hatten ihn über ein paar lockere Gerüstdielen geschickt, und er fiel herunter, von Stockwerk zu Stockwerk. Nun war er ein Krüppel, sein Wesen hatte sich geändert und er sagte zu mir: »Ich würde jeden Trotzkisten einstellen.« Offensichtlich glaubte er, ich sei einer. Ich wußte keine Antwort darauf. Einen Moment überlegte ich, etwas zu sagen wie: »Nun, die Kunst ist tot. Weißt du, diese Situationisten haben mich geschafft, die haben den Anarchismus überwunden, aber das ging auch noch nicht weit genug.« Aber ich ließ es lieber. Wozu auch. Der Typ war ein richtig netter Mensch geworden, und das war's, was zählte. Kurz vor Beginn des Streiks verließ ich die Bauszene für eine Weile. Ich bereue das sehr.

Es ist schwer, das Baugewerbe vom Standpunkt der Leute, die in ihm arbeiten, auf einfache Weise zu diskutieren oder einzuschätzen, ohne dabei ungenau zu werden. Immerhin umfaßt es wahrscheinlich immer noch etwa zwei Millionen Leute, die irgendwie damit zu tun haben, das heißt, es ist äußerst vielfältig. In der letzten Zeit haben sich Bauarbeiter an den ökologischen Protesten [gegen den Autobahnbau] in Fairmile und am Manchester-Airport beteiligt, indem sie Tunnel gegraben haben. Was würde ein Gewerkschaftsaktivist davon halten? Vermutlich nicht viel.

## Die Broschüre von 1974

Ich denke, daß Dave Lamb 1974 versuchte, die Gewerkschaftsaktivisten runterzumachen, und nach all meinen persönlichen Erfahrungen war es eine Freude, die Broschüre zu lesen. Aber ich dachte damals auch, daß Dave Lamb nicht genügend über gewerkschaftlich organisierte Baustellen wußte und deshalb etwas voreingenommen und einfach nicht genau genug war. Ich bezweifle auch stark, ob er überhaupt je auf einer solchen Baustelle gearbeitet hat. Auf der anderen Seite war die Kampagne gegen die Pauschalarbeit in den Streiks vor dem großen Streik von 1972 nicht *so* bedeutend gewesen. Es hatte in den Jahren zuvor einen langwierigen Stop-and-go-Streik auf dem Barbican (East London) gegeben, bei dem es gelegentlich zu Gewaltausbrüchen kam. Die Vertrauenleute von der Kommunistischen Partei traten deutlich in Erscheinung. Obwohl sie streikten, haben die Bauarbeiter nebenher noch andere Jobs erledigt, um ihre Militanz und das damit einhergehende Trinkverhalten finanzieren zu können (wegen all dem Scheiß, mit dem Bauarbeiter auf den Baustellen zu tun haben, trinken sie meist ziemlich viel). Gut, daran war nichts verkehrt, auch Arbeiter aus der KP taten das. Aber nur wenige Jahre später mußten sie die Pauschal-

arbeit als heuchlerischen, ideologischen Prügel benutzen, um damit auf andere einzuschlagen.

Pauschalarbeiter [in England] erhielten oft (und erhalten immer noch) höhere Löhne als die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter. Das ist eine besondere Situation, die sich von der z.B. in den USA unterscheidet, wo die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter höhere Löhne haben. Die Attraktivität der Pauschalarbeit in Großbritannien lässt sich daher schon aus einfachen ökonomischen Gründen verstehen. Damals bekamen (gelernte) Pauschalarbeiter zwei Pfund pro Stunde im Vergleich zum gewerkschaftlichen Tarif von 1 Pfund 50 Pence in der Stunde. Aber dann zu sagen, Anfang der 70er Jahre hätten Pauschalarbeiter mehr Streiks geführt als gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter, das ging an die Grenzen der Glaubwürdigkeit. Oft ging es in den Streiks der Pauschalarbeiter um die Anerkennung der Gewerkschaft auf einer bestimmten Baustelle. Warum sollten sie die Gewerkschaft wollen, wenn sie so gut bezahlt wurden? Manchmal wurden sie eben nicht bezahlt oder nur unregelmäßig. In vielen Fällen wollten sie die Gewerkschaft einfach wegen der Sicherheitsfragen (dazu später mehr). Aber zu diesen Streiks kam es meistens auf Großbaustellen, und wir dürfen nicht die ungezählten »Ragouts« (kleine halbtägige Streiks und dergleichen) auf vielen kleinen Baustellen vergessen. Oder daß manchmal einfach alle zusammen den Bau verließen, um nie zurückzukehren.

Während des landesweiten Bauarbeiterstreiks von 1972 haben viele Pauschalarbeiter als Streikbrecher gearbeitet, und das ist schlimm. Nicht so sehr, daß sie Streikpostenketten durchbrochen hätten (obwohl auch das vorkam), sondern daß sie weiterarbeiteten und sich nicht darum kümmerten, was woanders geschah. Es hatte nichts mit ihnen zu tun, warum sollten sie sich also für die Auseinandersetzung interessieren? Zu ihren Gunsten läßt sich höchstens anführen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für Löhne streikten, die auf Baustellen mit Pauschalarbeit oft schon die Norm waren. Andererseits gab es in jenen Jahren auch Kämpfe, bei denen Mitglieder einer Baugewerkschaft die Streikposten einer anderen Gewerkschaft (z.B. beim Gerüstbauerstreik in County Durham in Nordostengland) durchbrachen.

Obwohl einige Leute, die sich im Streik von 1972 einen Namen gemacht hatten, verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, geriet der Streik selbst nie außerhalb der Kontrolle der Gewerkschaft, und er richtete sich sehr deutlich gegen die Pauschalarbeit, was zum Streikbrecherverhalten von Pauschalarbeitern beitrug. In den Jahren darauf waren diejenigen, die am lautesten gegen die Pauschalarbeit schrien, oft Leute aus der Mittelschicht, die Labour wählten und niemals alltäglichen Kontakt mit

Bauarbeitern hatten, außer wenn sie sie anheuerten, um angesichts eines blühenden Immobilienmarktes ihr Haus um einen Anbau zu erweitern.

Für diejenigen, die selbst auf der Baustelle arbeiteten, war die Antwort vielfältiger, um nicht zu sagen chaotisch. Viele Bauarbeiter – ob in der Gewerkschaft oder nicht – waren sich der ganzen Widersprüche in der Haltung gegen die Pauschalarbeit bewußt, was nicht verwunderlich ist. Nur die eigentlichen Gewerkschaftsideologen (besonders die Vertrauenskörperleiter oder die Branchenfunktionäre) blieben beinhart bei einer strikten Anti-Pauschalarbeit-Linie. Aber je tiefer man in der Gewerkschaftshierarchie hinunterstieg, desto schwächer wurde diese Position vertreten. So konntest du einen normalen Vertrauensmann im Pub treffen, wie er sich in bester Laune gerade mit einem, sagen wir, kleinen karibischen Subunternehmer unterhielt (wohlgemerkt, keinem großen – die tranken gewöhnlich in besseren Pubs und waren fast immer weiß). Ich erwähne »karibisch«, weil es da vielleicht eine Gemeinsamkeit in der Feindschaft gegenüber der Polizei geben konnte, die interessante Widersprüche in ihnen hervorrufen konnte. Es gab (und gibt wahrscheinlich immer noch) karibische Pauschalarbeiter-Kolonnen, die sich weigerten, an einer ultra-repressiven Einrichtung wie z.B. einer Polizeiwache, einem Gefängnis oder einem Gericht zu arbeiten. Eine Spritzputz-Kolonne, mit der ich befreundet war, legte die Arbeit am Wakefield-Gefängnis nieder, obwohl die Bezahlung ausgezeichnet war. Alles sehr gute Sachen. Vor kurzem rief hingegen der »radikale« »Building Worker« [basisgewerkschaftliche Gruppe und gleichnamige Zeitung] zur gewerkschaftlichen Organisierung von Arbeitern auf, die am Bau von Polizeiwachen arbeiten. Obwohl der Autor des Texts eine Zeile einfügte, in der die Funktion von Polizeiwachen kritisiert wurde, wäre es eine nette Idee gewesen, auch darauf hinzuweisen, daß der Bau dieser verdammt Gebäudefeideale Gelegenheiten für ein bißchen Sabotage bietet. Einen Stahlträger so einzubauen, daß er nichts trägt, ist ein Kinderspiel; oder für den Mauermörtel keinen Zement zu verwenden usw.. In »Keys To My Cell« erinnert sich Des Warren – einer der drei eingeknasteten Bauarbeiter aus Shrewsbury – daran, wie er Ende der 70er Jahre eine bestimmte Substanz in seine Farbe mischte, als er das Gefängnis dekorierte, in dem er einsaß. Sie bewirkte, daß die Farbe nie völlig trocknete. Auch das ist eine gute Sache, aber es war wohl die extreme Situation des Eingeknastetseins, die Des zu diesem Handeln brachte. Hätte er das als Gewerkschafter genauso gemacht?

## **Gewerkschaften als Steuereintreiber?**

Wir sollten nicht vergessen, daß der eigentliche Schlag gegen die Pauschalarbeit mit den unmittelbaren Interessen der Arbeiter nichts zu tun hatte. Pauschalarbeit bedeutete Nichtzahlung von Steuern – und für die Sozialdemokraten waren Steuern eine heilige Kuh, weil mit ihnen der Wohlfahrtsstaat finanziert wird: gemeinnütziger Wohnungsbau, Schulen, Krankenhäuser usw.. Die Gewerkschaftsmilitanten betonten nur die nützlichen Aspekte des Staatskapitalismus und zeichneten so ein sehr einseitiges Bild der Besteuerung, das sich in Diskussionen leicht auseinandernehmen ließ: Was ist mit Steuern für die Finanzierung des repressiven Staatsapparats – Polizei, Gefängnisse, Sozialarbeit? Ebenso wurde nie über das Geld für höhere Bildung, Kultur und Kunst geredet. Sie bekamen ihre Instruktionen von Schreiberlingen der Labour Party, die an der Propagierung dieser Linie ein persönliches Interesse hatten. Manchmal hast du dich wirklich gefragt, ob du gerade mit einem Vertrauensmann oder mit einem Steuerinspektor redest. Von Bauarbeitern wurden sie oft ängstlich als eine Art Ersatzsteuereintreiber betrachtet. Das Problem ist, daß die Steuerdebatte in den darauffolgenden Jahren von der Freie-Marktwirtschafts-Rechten für ihre Machtspiele aufgegriffen wurde und sich damit jeder Versuch einer konsequenteren Herangehensweise in einer Zwickmühle befand.

## **Gepfuscht wurde schon im 18. Jahrhundert**

Auch andere Sachen ließen sich leicht widerlegen. Die Gewerkschafts-ideologie bestand darauf, daß die Pauschalarbeiter Pfuscher seien, die nicht die vorgeschriebenen Ausbildungen durchlaufen hätten. Kurzgesagt, einfach »Cowboys« – wie es im Englischen heißt. Das führte nie besonders weit, wenn es von Gewerkschaftern kam, die bei einem Bier bereitwillig zugaben, daß sie ihr jeweiliges Gewerbe (Eisenflechter, Zimmermann oder was auch immer) dadurch gelernt hatten, daß sie anderen Arbeitern auf der Baustelle zugesehen und es dann selbst versucht hatten. Mit der Zeit wurden sie dann gut in ihrem Beruf. Viele FacharbeiterInnen haben als Cowboys oder Cowgirls angefangen. In der Praxis (und das wußten alle) spielten die meisten Ausbildungsabschlüsse sowieso keine große Rolle. Was zählte, war Erfahrung. Erst seit kurzem sind korrekte Papiere wichtiger geworden, und das hat hauptsächlich mit der Zunahme einer bürokratischen Buchhaltung zu tun. Du wurdest eingestellt, bekamst einige Stunden Probezeit auf der Baustelle, und wenn du dein Handwerk konntest, durftest du bleiben. Wenn du Mist gebaut hast, konntest du abhauen, egal ob die Baustelle gewerkschaftlich organisiert war oder nicht. Auf jeden Fall war

(und ist) Cowboy-Arbeit weitverbreitet, egal ob die Firma groß oder klein, ob die Baustelle gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht, und es gibt sie seit Urzeiten. Eines der schlimmsten Stücke Cowboy-Arbeit, das uns je unterkam, waren die Londoner Vorzeigebauten im neo-palladianischen Stil, die der berühmte Architekt des ausgehenden 18. Jahrhunderts, John Nash, entworfen hatte. Sie haben eine wunderhübsche Fassade, aber keine wirklich tragende Substanz. Obwohl wir angesichts einiger der Pfuschereien im Inneren des Gebäudes (das jetzt etwas modernisiert wurde) regelrecht zusammenzuckten, haben diese »Cowboy«-Gebäude doch immerhin zwei Jahrhunderte überlebt!

### **Schattenseiten der Pauschalarbeit: Lohnraub ...**

Wenn die Kritik in der Broschüre durchdachter, klarer und ehrlicher ausgeführt worden wäre, wenn sie das Für und Wider in bestimmten Situationen abgewägt hätte, wären die Ergebnisse vielleicht etwas andere gewesen. Vielleicht (!) wären sie weniger ideologisch gewesen. Die Tatsache, daß Pauschalarbeiter oft von räuberischen Subunternehmern um ihre Löhne (oder einen Teil davon) betrogen werden, spielte damals als Einwand gegen die Pauschalarbeit noch keine große Rolle. Aber dieser Lohnraub hat mittlerweile ungeheuer zugenommen.

Um nochmal etwas zu betonen, das schon zu Beginn gesagt wurde: Die Bauszene ist sehr bunt. Es gibt sehr viele verschiedene Arten von Pauschalarbeit. Einige sind wirklich schrecklich. Als die Broschüre geschrieben wurde, geschahen bei der Pauschalarbeit auch furchterliche Dinge, was Dave Lamb herunterspielte. Zum Beispiel auf Baustellen, wo Immobilienfirmen und Spekulanten neue private Wohnsiedlungen bauen ließen. Bryants in Birmingham war dafür berüchtigt. Es herrschten brutale Subunternehmer, und schließlich wurde das Büro des Bauleiters mit einer Bombe hochgejagt – wahrscheinlich die Tat betrogener Bauarbeiter. Es könnten allerdings auch Leute wie die Angry Brigade<sup>1</sup> gewesen sein. Die Liste der Spekulanten lässt sich mit vielen Namen füllen: Leech und Barretts sind einige der schlimmsten.

### **... Unfälle**

Auf einer großen Baustelle, wo es keine Basisorganisation gibt, kann die Situation wirklich schlimm und gefährlich sein. Es gibt nichts Schlim-

---

<sup>1</sup> Eine libertäre Guerillabewegung, die damals in Großbritannien existierte.

meres als einen Vorarbeiter in deinem Rücken, der dich zu Arbeiten zwingt, bei denen dir die Haare zu Berge stehen: Müll wegräumen unter einem Gerüst, während sehr viel weiter oben Leute arbeiten und große Muttern und Schrauben an deinem Kopf vorbeizischen, bevor sie auf dem Boden aufschlagen. Oder sie zwingen dich, auf sogenanntem »verstärkten« Glas oder ähnlichem zu laufen, während du einen Container füllst. Und dann gibt es da noch die ganze potentiell gefährliche schwere Maschinerie. Ein Unfall, und es gibt keine Entschädigung. Was machst du? Den Vorarbeiter bitten, er möge doch lieb sein? Und wenn du dich weigerst, kann es leicht heißen, du sollst deine Papiere holen. Kein Wunder, daß es in solchen Situationen einen Schrei der Basis nach irgendeiner Art von Organisation auf der Baustelle gibt, die hier und heute eben einfach die Gewerkschaft ist. Wir können uns darüber beklagen, denn wir wissen nur zu genau, was für ein Schwachsinn Gewerkschaften sind und daß das Kapital sie zehnmal nötiger braucht als die Arbeiter, aber das würde in einer solchen Situation überhaupt nichts ändern.

Hol die Gewerkschaft, und sofort kommen die ganzen Widersprüche wieder hoch, sogar die bezüglich der Sicherheit. Eine gewerkschaftlich organisierte Baustelle in West-London war vor einigen Jahren sehr stark in bezug auf Sicherheit. Sicherheitsbeauftragte wurden überall auf die kleinen und meistens gewerkschaftlich nicht organisierten Baustellen in der unmittelbaren Nachbarschaft geschickt. Auf freundliche Weise kritisierten sie alle möglichen Arten von Sicherheitsrisiken und luden die Arbeiter zu Sicherheitsmeetings ein, die abends auf der großen Baustelle stattfanden. Ironischerweise stürzte gerade auf dem ultra-sicherheitsbewußten Firmengelände in Queensway ein Kran um und tötete einige Bauarbeiter.

### **Kiffen, streiken, pauschal arbeiten ...**

Auf der anderen Seite waren einige der Scenes unter den Pauschalarbeitern ausgelassen, brachten was fürs Lebensgefühl und hatten eine sympathische libertäre Einstellung. Es gab Kolonnen, die auf der Grundlage gleicher Löhne arbeiteten und keinen Unterschied zwischen Gelernten und Ungelernten machten. Sie waren egalitär und hatten auf den Boss in der Form eines Subunternehmers verzichtet, wenngleich sie die anderen Bosse im Gewerbe nicht loswurden. Und in diesen Situationen – meistens (aber nicht immer) waren es kleinere Baustellen – gab es so manchen wilden Streik, oft einfach so oder weil die Leute zusammen einen heben oder kiffen wollten, oder weil alle einen fürchterlichen Kater hatten oder einfach Scheiße bauen wollten. Es gab Kolonnen aus gleichgesinnten Individuen (sagen wir zwischen vier und acht Leuten), die auf den »craic«

abfuhrn (das ist irisch und bedeutet leidenschaftliche Konversation: die Scherze, die Stories, die nicht der Unterdrückung unterworfenen Sprachfluß, die schiere Erotik des Ganzen). So konntest du bis zu einem gewissen Grad deine eigene Arbeitscene formen und dir einige der schlimmsten Entfremdungen ersparen. Wenn du eine gute Kolonne um dichhattest, konntest du den Vorarbeiter, den Bauleiter und solche Typen fernhalten. Diese Kolonnen konnten auch andere Arbeiter in Schwung bringen, für die eine solche Kolonne in der Regel »die Gewerkschaft« darstellte, weil der »craig« auf einen lebendigen fortwährenden Angriff auf das System zielte. Das soll nicht heißen, daß da nicht schwer geschuftet wurde unter den Zwängen des Kapitals. Auf der anderen Seite gab es genauso schreckliche Kolonnen: verkrampft, psychotisch, rassistisch bis auf die Knochen, die dir erzählten, wie man ZigeunerInnen am besten in den Rücken schießt usw..

Wenn ich hier die Vergangenheitsform gebrauche, soll das nicht heißen, daß es solche Scenes heute nicht mehr gibt. Sie existieren, aber sie sind viel verstreuter und sehr viel schwerer zu finden und am Leben zu halten. Einfach ausgedrückt, die Reaktion hat für solche spontanen Arbeitsorganisationen heute eine Haufen Hindernisse parat.

## **Das Drama der linken Intellektuellen**

Ich denke mal, das war die Art von Pauschalarbeit, mit der Dave Lamb zu tun hatte. Und wahrscheinlich hatte er nicht lange damit zu tun. Nachdem er die Broschüre geschrieben hatte, ließ er das Werkzeug fallen und begann seinen beruflichen Aufstieg. Als nächstes schrieb er einen interessanten historischen Text über vergessene und vertuschte Meutereien von Soldaten der britischen Armee. Aber nach etwas so Wichtigem wie der genauen Diskussion über die Pauschalarbeiter war das ein Rückschritt. Zuletzt (und das ist eine Weile her) hörte ich von ihm, daß er zusammen mit Chris Pallis (früher eine wichtige Figur bei »Solidarity«) an einem Buch über Wittgenstein schrieb und Dozent an einer Universität geworden war. Eine ziemlich zynische Entwicklung, aber sie paßt gut zu dem, was sonst alles so ab lief und so demoralisierend wirkte.

Tatsächlich bestand ein guter Teil dieser Kolonnen Anfang der 70er Jahre aus ehemaligen Studenten, drop outs, die Architektur, Vermessung, Stadtplanung und was weiß ich studiert hatten und in der linken populistischen Stimmung jener Zeit versuchten, Arbeiter zu werden. Zu Anfang waren sie bewußt gegen Karrieren und hatten auch sowas wie eine Kritik an diesen Berufen, die zum Überbau des Baugewerbes gehören und daher eng mit dem Management verzahnt sind. Das war alles richtig, aber sie gingen nie darüber hinaus, vertieften ihre zunächst großartige Verweige-

rung nicht. Sie hatten eben nur »versucht«, Arbeiter zu werden. Auch wenn der »Arbeiterismus« [workerism] abzulehnen ist, so bleibt doch der Arbeiterstandpunkt der Dreh- und Angelpunkt beim Angriff auf die alte Welt. Stattdessen zogen sie sich, sobald die Reaktion ernsthaft zubiß, im kläglicher Weise auf die Führungsrolle zurück, die sie in ihrem Inneren nur halbherzig überwunden hatten. Über die Jahre hätten sie die Kritik der Bauarbeiter zu einer größeren, subversiven Totalität verbreitern können, wenn sie nur bei der Sache geblieben wären. Sie entschieden sich anders. Alles, was heute gebaut wird, hat mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen nicht mehr das geringste zu tun. Es ist kaum vorstellbar, daß irgendetwas davon nach der Revolution in der jetzigen Form beibehalten werden wird. Da die Rolle des Architekten ohnehin schon abgeschafft ist (in ihren teuren Entwürfen steckt kein bißchen Kreativität mehr), kann sich die Phantasie hier frei austoben und Möglichkeiten ausprobieren: auf den Autobahnen wuchern Unkraut und Gebüsch, die City of London ist von mysteriösen Tunnels unterhöhlt, in den Überresten der Bankgebäude schaffen Schwärme von Schmetterlingen Ökosysteme, und so weiter...

### **Selbständige zwischen *riot* ...**

Aber lassen wir uns von unserer Phantasie nicht hinreißen. Die Bedingungen sind einfach zu grausam. Bei der Diskussion über die Pauschalarbeit ist die selbständige Beschäftigung ein kompliziertes Thema. Noch bis vor kurzem kümmerten sich viele Arbeiter nicht darum, sich überhaupt irgendwo registrieren zu lassen. Andererseits bezogen viele Arbeitslosenunterstützung und waren damit keine »Gelegenheitsarbeiter« im klassischen Sinne. Im allgemeinen hatten sie ein ziemlich subversives Äußeres und einen entsprechenden Lebensstil und waren wirtschaftlich gesehen völlig illegal. Legale Selbständigkeit (im Sinne von Steuern bezahlen, Bücher führen oder einen Steuerberater in Anspruch nehmen) galt als »provinziell« oder »spießig«. Ein Teil der Pauschalarbeiter war kurz gesagt Ausdruck von Lebensweisen des marginalen Proletariats, was aber auch mit einer gewissen Borniertheit verbunden war, alle anderen Arbeiter als »Normalos« anzusehen.

Spiegelbildlich dazu war das Verhalten der Gewerkschaftsmilitanten, die sich ihrerseits nicht mit der ganzen Vielfalt der Pauschalarbeit auseinandersetzen. Sie konzentrierten sich auf die großen Subunternehmer, die ihre Aufträge von Wimpey, John Lang oder McAlpine's bekamen. Sie waren so besessen von ihrer Kritik am Subunternehmertum, daß sie alles als »verdächtig« (ein beliebter Begriff) ansahen, was nicht zu hundert Prozent reine Gewerkschaft war. Das war für sie gleichbedeutend mit

Subunternehmerbeziehungen, selbst wenn es im konkreten Fall ganz offensichtlich keine gab. Trotzdem machten sie einen Unterschied zwischen dem fetten Subunternehmer und dem selbständigen Arbeiter, der aber auch nicht zu übersehen war. Andererseits neigten die Aktivisten dazu, den respektablen, koscheren, selbständigen Gewerbetreibenden (mit seiner kleinkirchlichen, kleinkapitalistischen Lebensweise) anzuerkennen, während sie im selben Augenblick ablehnend auf die wilde, verrückte Kolonne herabsahen, die eher einen Hang zu *riots* als zu Streiks zeigte. Witzigerweise hatten sie im Pub fast dauernd miteinander zu tun, unfähig und nicht willens, sich voneinander zu lösen, und trotzdem mußten sie andauernd über einander herziehen.

*Riots* von Pauschalarbeitern waren manchmal ganz schön beeindruckend. Anfang der 80er Jahre arbeiteten wir einmal auf einer größeren Baustelle im Westen von London, die teils offiziell lief, teils inoffiziell. Auftraggeber waren der Stadtrat von Camden und der damals noch bestehende Greater London Council. Vom ersten Tag an war es faszinierend und verrückt. Der Baustellenleiter, ein Verwandter irgendeiner irischen Adelsfamilie, übernahm sich finanziell und hatte absolut zu hohe Materialausgaben (oder so ähnlich drückte er sich aus). Eines Tages, als Lohnzahlung angesagt war, hatte er kein Geld, um die Arbeiter auszuzahlen. Er versuchte, sich etwas Kohle von einem örtlichen Drogendealer zu borgen, der als »straight Mick« bekannt war, während die ganzen Arbeiter den Platz vor dem Bürocontainer füllten und gespannt auf die Löhne warteten. Schließlich machte er die Tür auf und gab zu, daß er nichts hatte. Die Baustelle explodierte. Sie wurde verwüstet, und einige der Häuser, die gerade umgebaut wurden, wurden teilweise zerstört. Die Ironie lag darin, daß wir, die wir uns immer über *riots* freuten, Bedenken hatten, daran teilzunehmen, weil die Umbauten für arme Leute gedacht waren und die MieterInnen verzweifelt auf den Einzugstermin warteten. Auch wenn wir uns raushielten, so fühlten wir doch etwas von der Heiterkeit in der Zerstörung.

Diese Arten von *mini-riots* kamen (und kommen wahrscheinlich immer noch) recht häufig vor. Auf den eher formal strukturierten gewerkschaftlich organisierten Baustellen gibt es sie nicht so oft, aber einmal hörte ich, wie ein Vertrauensmann lachte, als er sich daran erinnerte, wie ein Arbeiter einen Fernseher nach dem anderen in den Müllschlucker geworfen hatte. Sie waren alle aus den Büros der Bauleitung geklaut worden. [Die Zeitung] »World Revolution« berichtete in einem ihrer unterhaltsameren Artikel über die 1980er *riots* von St. Paul's in Bristol davon, wie Bauarbeiter einer nahegelegenen Baustelle die Aufständischen anfeuerten, mit Molotow-Cocktails gegen die Bullen vorzugehen. In einer sehr ideologischen Art und

Weise interpretierte »World Revolution« dies als ihre Erinnerung an die Zeit von 1972, als Streikposten der Bauarbeiter von den Bullen angegriffen worden waren. Das sind alles Revolutionsphantasien. Viele Bauarbeiter haben zwar ständig Probleme mit den Bullen, aber das liegt meistens einfach an ihren wilden Saufereien, die außer Kontrolle geraten.

### **... und Prekarisierung**

Entwicklungen vollziehen sich oft schleichend und unbemerkt, bis sie dir auf einmal ins Gesicht springen. Die Selbständigkeit ist heute etwas, das knallhart vom Staat durchgesetzt wird. Die größere Entscheidungsfreiheit, die einmal mit ihr verbunden war, ist nicht mehr da. In dem Maße, wie sie sich ausbreitete und abgewertet wurde, änderte sich ihre Zusammensetzung. »Selbständige« ist zu einem übriggebliebenen Phantasienamen aus einer vergangenen Epoche geworden, hinter dem sich prekäre Jobs und Teilzeitarbeit verbergen. Mit ihr wird die Proletarisierung eines großen Teils der früher besser gestellten Vorstadt vorangetrieben. Auf ähnliche, aber noch verzweifeltere Weise verwandelte sich das frühere Aussteiger-tum zum grausamen Ausschluß aus der Gesellschaft. Angesichts dessen ist es fraglich, ob die ganzen Unterscheidungen und Spaltungen, die Anfang der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre aufkamen, heute noch etwas aussagen.

Die Kampagne für die Selbständigkeit ging sofort nach der Wahl der Thatcher-Regegierung los. Der Boden dafür war durch die letzte, monetaristische Phase der Labour-Regierung unter Callaghan bestens vorbereitet worden. Die Selbständigkeit wurde vom Staat massiv gefördert, und auf eine verdrehte Art war sie eine Nutzbarmachung der gesellschaftlich individualistischen und hedonistischen Tendenzen der späten 60er Jahre. Von unten wurde sie als »hip« begrüßt – eine fatale Begrüßung! Aber erst in den Jahren nach der katastrophalen Niederlage der Bergarbeiter Anfang 1985 wurde *überall für sie geworben* als *das Ding schlechthin* – mehr könne aus der Arbeit nicht werden. Jeder hätte die Möglichkeit, schnell reich zu werden; jeder könne eine Art Kapitalist werden mit Aktiendepot und privater Rentenversicherung usw.: eine Art Volkskapitalismus-Arbeitsutopie.

### **Die Niederlage der Bergarbeiter 1985 – der Wendepunkt**

Es ist extrem zweifelhaft, ob diese Linie, zusammen mit dem ganzen anderen bullshit (ein verrückter Immobilienpreisboom war noch das wenigste), dieselbe Schärfe entwickelt hätte, wenn die Bergarbeiter gewonnen hätten. Der Wahnsinn des freien Marktes wäre deutlich eingeschränkt wor-

den. *Es kann gar nicht genug betont werden:* Die Niederlage der Bergarbeiter war eine der tragischsten Niederlagen der Arbeiterklasse in diesem Jahrhundert. Sie war das Vorspiel zu fast jeder anderen Niederlage in Großbritannien: von den GesundheitsarbeiterInnen über die Hafenarbeiter bis zu den *rioters* in den Innenstädten usw.. Das Rückgrat war gebrochen und Demütigung folgte auf Demütigung. Außer wenigen knallharten Profiteuren blieb niemand verschont. Ein Totalitarismus des freien Marktes rückte in den Mittelpunkt. Was die welthistorische Bedeutung betrifft, gab es einige Parallelen zwischen der Niederlage der Bergarbeiter und der Niederlage der deutschen Revolution zwischen 1918 und 1921. Natürlich war die deutsche Revolution ein viel tiefer greifendes Ereignis, aber bei den weltweiten Auswirkungen gibt es einige Ähnlichkeiten. Es ist äußerst fraglich, ob Osteuropa auf eine dermaßen habgierige Weise zusammengebrochen wäre, wenn es vorher nicht Thatchers Beispiel einer Entstaatlichung im Namen der neo-liberalen Wirtschaftspolitik gegeben hätte. Sicher, hinter Thatcher stand die amerikanische Form des »ungebändigten Kapitalismus«, und dort hatte natürlich High-Tech einen verheerenden Einfluß. Aber Großbritannien bildete die Avantgarde bei der Zerstörung des »inneren Feindes«. Noch während der jüngsten Rebellion südkoreanischer ArbeiterInnen lobte Präsident Kim Young Sam begeistert die Art und Weise, wie Thatcher die Bergarbeiter schlug, und hoffte, er könne dieselbe Repression auf einen Schlag loslassen.

1992 kam dann die endgültige Niederlage. Sämtliche Bergarbeiter-communities wurden regelrecht geplündert, während das Fernsehen mit einer Flut bewußter Lügen die Begleitmusik lieferte: »Es gibt keinen Markt für Kohle.« Dabei war klar, daß es in Wirklichkeit einen sehr großen Markt dafür gab. Es war ein zynischer Plan, ausgearbeitet und ausgeführt durch das MI5 [britischer Inlandsgeheimdienst] unter Führung der Chefin Stella Rimmington, die sich ihre Sporen bei der Aufstandsbekämpfung während des Bergarbeiterstreiks 1984-85 verdient hatte. Nach der Niederlage der Bergarbeiter kam das umfassendere Ziel: die unten alle ausplündern.

Die vorangehenden Ausführungen mögen wie eine lange Abschweifung aussehen. Aber es muß uns ganz klar sein, daß zuallererst die gegenwärtige Niederlage des Proletariats in Großbritannien kam, und danach alle anderen Schrecken wie das Subunternehmertum, die Auslagerungen, die Scheinselbständigkeit, die umfassenden Kürzungen bei Gesundheits- und Sozialleistungen, die Zwangsarbeits [workfare]. Verbunden damit ist die überall vorhandene Atomisierung und der fast völlige Verlust an Gemeinschaftlichkeit, was die Zusammenbrüche und den Wahnsinn überall mit sich bringt. Und das alles beruht auf dieser einen Tatsache: *Niederlage*.

## **Atomisierung und aufgezwungene Selbständigkeit in den 90er Jahren**

Daher kann die Broschüre von 1974 ohne einen Haufen Klarstellungen in bezug auf das hier und jetzt nur als ein Stück Historie betrachtet werden, so gut sie damals war, auch wenn einige Dinge etwas tiefergehend hätten betrachtet werden sollen. Wie schon erwähnt, heute kommt man im Baugewerbe nicht mehr in solche Situationen wie in den 70er Jahren, oder nur sehr selten. Die Rebellion wurde eingedämmt. Kollektive Kolonnen, ob gewerkschaftlich oder nicht, finden sich selten und sind verstreut. Damit ist eine Tradition abgebrochen, die bis auf die Erdarbeiter beim Eisenbahnbau [des 19. Jahrhunderts] und noch weiter zurückgeht. Im großen und ganzen entscheiden die Bosse über die Zusammensetzung der Kolonne, um die Kerne und möglichen Speerspitzen von Klassensolidarität auszuschalten. Das alles, wie auch das Allheilmittel der Selbständigkeit, paßt zu der Isolierung und dem subjektiven Solipsismus<sup>2</sup> eines in tödliche Lähmung versetzten, gebeutelten Individuums, das fest in die Klassengesellschaft eingeschlossen ist. Jeder Versuch, kollektiv zu denken und zu handeln, wird schon fast als kriminell bezeichnet, und in Großbritannien ist es jetzt schon beinahe subversiv, von »Arbeiterklasse« zu sprechen.

Ob sie wollen oder nicht, den Bauarbeitern wird die Selbständigkeit heute aufgezwungen, wenn sie einen Job oder irgendeine Art von Lohn wollen. Sie arbeiten nicht wirklich auf eigene Rechnung, sondern für einen Sklaventreiber. Im allgemeinen für einen Subunternehmer, der einen Haufen Geld aus ihnen herausschlägt. Einige haben noch das Glück, bei einer großen Firma festangestellt zu sein, aber es werden täglich weniger. Der Subunternehmer kann den Arbeiter auf der Stelle entlassen, muß keine Versicherungen bezahlen (es wird von den Arbeitern erwartet, das selbst zu übernehmen), zahlt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und kein Urlaubsgeld. Das heißt, für die zwei Wochen über Weihnachten usw. sind die Arbeiter effektiv ohne Einkommen. Brutto verdienen Arbeiter mit Spitzenlöhnen, die bei einem Londoner Subunternehmer angestellt sind, etwa 75 Pfund am Tag, aber nach allen Abzügen bleiben zwischen 45 und 50 Pfund übrig. Und der Subunternehmer wird reicher und reicher (oft steckt er die Abzüge in die eigene Tasche) und nach zehn Jahren oder so unvermeidlich zum Millionär. Zwischendurch mag er in den einen oder anderen Schlamassel geraten sein, aber auch das geht immer auf Kosten der Armen: sie benutzen schlechteres Material, als vertraglich vereinbart; nur

---

<sup>2</sup> Solipsismus: philosophische Meinung, die das subjektive Ich und sein Bewußtsein für die einzige Wirklichkeit hält. Anm.d.Ü.

eine Farbschicht bei Malerarbeiten; Farbaufrag, wenn Verputz oder Beton noch feucht sind; billige Fliesen und so fort. Es ist eine lange Liste, aber zuletzt läppert es sich zu einem Haufen Geld zusammen. Oft arbeitet der »subbie« mit einem Architekten oder Vermesser oder jemandem am richtigen Platz im Management zusammen, und sie teilen sich den Gewinn. Das wird alles schön bemäntelt, und selbst wenn es herauskommt, macht das nichts, denn in der fanatischen Atmosphäre, die in Großbritannien vorherrscht, sind es die Armen, die korrupt sind. Nur wenige trauen sich, den Boss zur Rechenschaft zu ziehen, weil sie empfindliche finanzielle Einbußen fürchten müssen, wenn sie gekündigt werden. Enthüllungen über die »fat cats« bringen denen lediglich einen Verweis ein. Die Klassenpolarisation beschleunigt sich auf der wirtschaftlichen Ebene. Noch vor ein paar Jahren (1993) bekamen loyale Bauarbeiter zu Weihnachten eine Art Jahresgratifikation, die bis zu 3 000 Pfund pro Kopf betragen konnte. Das gibt es heute nicht mehr, aber die Gier der Reichen wächst weiter. Die Selbständigen haben oft keinerlei Ahnung, wie man sich kapitalistisch verhält. Sie verstehen nichts von der doppelten Buchführung, geschweige denn, wie man die Bücher fälscht. Sie können sich kaum einen Steuerberater leisten, und daher auch kein Wohngeld beantragen, mit dem sie wenigsten einen Teil der Miete bezahlen könnten. Oft hält die Angst die Einzelnen davon ab, fürs Wohngeld ein gefälschtes Blatt vorzulegen – sie könnten auffliegen und ein Verfahren bekommen. Dazu kommt, daß dieselbe Person manchmal eine Woche lang gut Geld verdienen kann, dann aber die nächsten drei Wochen vielleicht überhaupt kein Einkommen hat. Wie erklärt man das, und wie geht der Computer damit um? Und wenn du arm bist, dann ist das Beantragen von finanzieller Unterstützung heute in Großbritannien gleichbedeutend damit, daß du ein Verbrecher bist.

Im Vergleich zu anderen Regionen ist es jedoch ein völliges Privileg, in London 75 Pfund am Tag verdienen zu können. Verputzer in kleinen Städten auf dem Land wie Hebden Bridge in West Yorkshire bekommen vielleicht nur 15 Pfund am Tag. Und sogar Verträge zwischen Subunternehmern und »ehrabaren« Kunden (wie Wohnungsbaugesellschaften oder einer Wohnungsverwaltung), die vor ein paar Jahren noch eingehalten worden wären, werden auf der Stelle zerrissen, wenn die Jagd nach dem billigsten Angebot für die Arbeit an Intensität zunimmt. Der Subunternehmer seinerseits ist auf der Suche nach dem billigsten Proletarier. In dieser Jeder-gegen-jeden-Atmosphäre überrascht es kaum, daß einige Aspekte dieses Kommandos jeder Beschreibung spotten. Du gehst nicht über die Baustelle, du rennst. Die Wohnungsbaufirma Barett's feuert die Arbeiter systematisch. Ein Zimmermann bekommt z.B. 24 Stück 8,5-Zentimeter-Schrauben aus dem Materiallager für einen bestimmten Pfosten. Wenn der Zimmerer

Schrauben verliert oder versaut, muß er oder sie sie bezahlen. Und Schrauben von der Größe kosten mindestens 60 pence pro Stück. Nach einem schlechten Tag kannst du leicht 20 Pfund Abzüge haben. Und wovon sollst du leben? Heute ist eine saubere und makellose Fassade das wichtigste, und so wird selbst von einigen Wartungsarbeitern erwartet, daß sie bei der Arbeit Anzüge tragen (statt Overalls), auch wenn sie nur mit Maschinen und Werkzeug zu tun haben. Ein ungepflegtes Äußeres kann dir eine Kündigungsandrohung einbringen, aber die Firma zahlt nicht die Kosten für die ständig erforderliche chemische Reinigung. Solche Horrorgeschichten ließen sich endlos fortsetzen. Das läuft überall.

## Zurück ins 19. Jahrhundert?

Es würde vielleicht einige Zeit in Anspruch nehmen, aber eine Zusammenstellung aus dem Leben gegriffener Geschichten vom Bau könnte sich jetzt wahrscheinlich mit jenem niederdrückenden Bericht über den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts messen, der ironischerweise mit »The Ragged Trousered Philanthropists«<sup>3</sup> überschrieben war und der beinahe zur Bibel der englischen Gewerkschaften wurde. Als ich es vor vielen Monden zum ersten Mal las, umhüllte mich eine selbstmörderische Niedergeschlagenheit: konnte dies wieder Wirklichkeit werden? Konnte es sein, daß Menschen, die an tödlichen Krankheiten litten, heute wieder mitten in dem ganzen Dreck arbeiteten? Ja, all das gibt es wieder. Zimmerleute mit Krebs, die schuften gehen, entweder weil sie es sich nicht leisten können, von dem knickerigen Mindestkrankengeld (etwa 68 Pfund die Woche) zu leben, oder weil sie die dauernde Belästigung durch die Dr. Mengeles des freien Marktes nicht mehr aushalten, die heutzutage das Krankengeld überwachen und deren einziges Ziel in mehr Steuererleichterungen für die Reichen besteht. Oder vielleicht, weil der freie Markt in seiner totalen Unterdrückung aller Hoffnung und Freude so todessehnsüchtig ist, daß du dich auch gleich in einen zeitgenössischen Todestanz reinziehen lassen kannst. Oder vielleicht aufgrund der puren Angst, in der einsamsten Gesellschaft, die es je gab, alleine zu sterben? Wer weiß? Und warum sollten es nicht alle diese Gründe und noch ein paar mehr sein?

Ein Grund für die Wiederkehr der Tagelöhnerei des 19. Jahrhunderts ist die wachsende Schwierigkeit, irgendeine Form staatlicher Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Mit der neuen drakonischen *Job Seekers*

---

<sup>3</sup> »Menschenfreunde in zerlumpten Hosen«, siehe Fußnote 7 im vorstehenden Text.

*Allowance*<sup>4</sup> wird es noch viel schlimmer werden. Wenn du wegen Fehlverhalten [»industrial misconduct«] gekündigt wirst, bekommst du für eine Weile überhaupt keine Stütze. Ein Subunternehmer auf einer Baustelle kann diese Regelung sadistisch ausnutzen, um einem Arbeiter zu drohen, weil er eine Stunde Verspätung hatte, auch wenn nur der Bus nicht gekommen war oder so. Und manchmal gibt es die Kündigung. Diese Bedrohungen und diese Wirklichkeit sind ein Alptraum für diejenigen, die ohnehin schon prekär beschäftigt werden. Um zu überleben, müssen sie sich unterwerfen, egal wie heftig sie innerlich rebellieren und darauf brennen, wenigstens zurückzuschlagen. Das »Heuern und Feuern« scheint zu Sinn und Zweck des gesamten Lebens geworden zu sein.

Einst war es im Baugewerbe möglich, vor allem wenn man älter wurde, beim Direct Labour Department angestellt zu werden, das von der Gemeinde verwaltet wurde und die Wartungsarbeiten an den kommunalen Wohnungen ausführte. Manchmal wurden auch neue Sozialwohnungen gebaut. Das Tempo war allgemein nicht so hart, und alle mußten in der Gewerkschaft sein. Du konntest dir eine Menge leisten, wie etwa an einem Sommernachmittag ein Nickerchen oder ein Sonnenbad auf dem Dach. Wegen des C.C.T.<sup>5</sup> sind diese Behörden heute alle aufgelöst. Daran konnten auch einige planlose Streiks nichts ändern. Sogar einige Pauschalarbeiter-Kolonnen gingen auf die Protest-Versammlungen bei der Direct Labour Organization, um ihre Unterstützung zu bekunden – aber das war eine Seltenheit. Jetzt sind da Massen von Subunternehmern, die Gewerkschaften existieren dort praktisch nicht mehr, und einige fette Bonzen machen einen Haufen Geld. Es gibt keinerlei Effizienz mehr. Die Qualität der Bauausführungen ist im kommunalen Wohnungsbau generell gesunken. Eine Ideologie der Jugend greift um sich: Holt die Jungen her und läßt sie den Job schnell runterreißen und werdet die älteren, erfahrenen Arbeiter los. Die informelle Ausbildung auf der Baustelle, wo die Jungen von den Alten lernten, ist mit dem ganzen Rest untergegangen.

---

<sup>4</sup> Kohle gibt's in Britain seit kurzem nur noch für Arbeitslose, die nachweisen können, daß sie Arbeit suchen. Ab 1.1.1998 gilt das jetzt auch in Deutschland: Nach § 119 des Sozialgesetzbuchs III (von dem das bisherige Arbeitsförderungsgesetz abgelöst wird) gilt nur noch als arbeitslos und damit leistungsberechtigt, wer »alle Möglichkeiten nutzt und nutzen will, um seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden«. Und im Zweifel können die Arbeitsämter einen Nachweis über solche Bemühungen verlangen.

<sup>5</sup> Gesetz über Compulsory Competitive Tendering, d.h. alle Aufträge müssen durch öffentliche Ausschreibung vergeben werden.

## **Subunternehmer zwischen allen Stühlen?**

An dieser Stelle ist es jedoch angebracht, zur Vorsicht zu mahnen und der Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Heute kann man nicht einfach den Subunternehmern die Schuld geben, wie das früher so leicht war, als noch die meisten von ihnen über einen großen Spielraum verfügten. Heute stehen sie viel stärker unter der Fuchtel des Großkapitals, und vor allem die ganzen Anweisungen und Strukturen kommen von oben – von den riesigen und mächtigen Baufirmen selbst. Die Zusammensetzung dieser Firmen, von denen einige zu den vehementesten ideologischen Verfechtern des marktwirtschaftlich orientierten Staates gehören, hat sich seit der Zeit vor zwanzig Jahren oder so beträchtlich geändert. Damals waren noch Tausende von Arbeitern festangestellt, und das Subunternehmertum war im Vergleich zu heute minimal. Heutzutage sind die großen Firmen ausgeöhlt, sie existieren als Verkaufsorganisationen und übernehmen kaum noch die Verantwortung für die alltäglichen Operationen beim Bauen. Finanziell gesehen sind sie jedoch reicher als je zuvor, sie spekulieren viel an der Börse rum und sind sehr wohl in der Lage, die vielen Subunternehmer, die sie beschäftigen und die im wesentlichen die Arbeit für sie erledigen, fertig zu machen. Sie können sie ökonomisch erledigen, wann immer sie dafür reif scheinen. Wenn sich ein Subunternehmer beschwert und sich gegen den Druck stemmt, der von den großen Firmen kommt, sagen wir, indem er seine selbständigen Arbeiter abzieht (in einer Art Parodie eines Streiks), dann kann er wirklich fällig sein. Verträge werden mit sofortiger Wirkung gekündigt, offene Rechnungen, die sich häufig auf Zigarettenpfund belaufen, werden nicht bezahlt. Die Folge davon ist, daß der Subunternehmer praktisch bankrott ist (wenn es überhaupt beim Bargeld bleibt und nicht sogar um Werte wie sein schickes Haus oder Auto geht) und keine Kohle hat, um seine Arbeiter für bereits geleistete Arbeit zu bezahlen. Wahrscheinlich will er die Arbeiter bezahlen, und sei es nur, weil er nicht will, daß es sich rumspricht, daß er nicht zahlt, und dann in der Gegend niemand mehr für ihn arbeiten will. Und wenn er sich wegen der Vorkommnisse schrecklich fühlt, dann ist es hauptsächlich deswegen. Er kann sich nicht auf das Gesetz verlassen, denn eine Firma wie MacNicholas vor Gericht zu bringen ist zu teuer und dauert zu lange. Die Leute in den oberen Etagen wissen das, und deswegen greifen sie so oft zu diesen faulen Methoden. Klar kann der Subunternehmer nach einiger Zeit unter einem etwas anderen Namen wieder aufmachen, und dann fängt der ganze Prozeß des Abziehens von vorne an. Natürlich sehen die Arbeiter die Subunternehmer als die Schweine an und zahlen es ihnen auf klandestine Weise heim (etwas Vandalismus an seinem gewöhnlich hübschen Haus, oder sie fackeln seinen

Wagen ab usw.), aber die größeren Schweine – von denen alles ausgeht – lassen sie in Ruhe. Die Zunahme des Subunternehmertums hat tatsächlich sehr effektiv verhindert, daß die Arbeiter den mächtigen Baufirmen an den Hals gehen. Dabei sind sie es, die das britische Projekt der freien Marktwirtschaft befördern, vor allem durch ihre Werbung für diesen ganzen gefräßigen Straßenbau, der den Güter- und Personenverkehr mit der Eisenbahn verdrängt.

Hier noch eine persönliche Geschichte. Kürzlich wurde einer der Söhne meiner Freundin – er ist Elektriker – entlassen. Die hundert Jahre alte Elektrokirma Cowlin's in Ostlondon mußte wegen Schulden bei der Bank schließen. Es ging um den lächerlichen Betrag von 25 000 Pfund – in Frankreich, Holland oder Belgien wäre das mit einem Stirnrunzeln und zornigen Briefen geregelt worden. Aber in Großbritannien, wo das Finanzkapital regiert, ist ein solcher, kapitalistisch eigentlich vernünftiger, Kurs verhaftet. Obwohl die Firma gewerkschaftlich organisiert war, hatten sie den Arbeitern nie etwas von den finanziellen Engpässen erzählt. Die Entlassungen kamen aus heiterem Himmel. Unter dem Vorwand, sie bräuchten sie für einen bevorstehenden großen Auftrag, hatten sie die Jungs zuvor noch dazu gebracht, alles Werkzeug und die Maschinen ins Lager zurückzubringen. In Wirklichkeit fürchtete die Firma, die Arbeiter könnten sich durch Diebstahl der Maschinen rächen, nachdem sie auf so schändige Weise behandelt worden waren.

Nun ja, der Elektriker war zwar erschüttert, aber er ist wirklich gut in seinem Beruf, und so bekam er fast sofort einen neuen Job bei einem Subunternehmen, das für Mullalys (eine große Firma in irischem Besitz) arbeitete. Die Löhne waren viel höher als bei Cowlin's, und nach ein paar Wochen sagte der Junge, obwohl er wegen der Bezahlung nach Leistung härter arbeiten mußte, er würde nie wieder für Stundenlohn arbeiten. Er sei ein Trottel gewesen, daß er das nicht schon vorher gemacht hätte. Vor zwei Wochen ging dann der Subunternehmer in einer Auseinandersetzung mit Mullalys pleite. Der Elektriker hat noch 750 Pfund »Löhne« ausstehen und fragt sich jetzt, ob er wohl Probleme mit dem Finanzamt bekommt, denn vielleicht hat der Subunternehmer die Steuern nicht gezahlt. Einige andere Arbeiter haben bisher ein bißchen Sabotage gemacht, und wenn der Subunternehmer nicht zahlt, werden ihm wohl einige Leute eine Abreibung verpassen. Trauriger und weiser geworden nahm der Elektriker vorgestern einen Job als Elektrohändler in einer gewerkschaftlich organisierten Firma für Elektroteile an. Obwohl die Bezahlung nicht so gut ist wie beim Pauschalarbeiten, so kommt sie doch zumindest jede Woche rüber. Aber so war es auch bei Cowlin's, daher wieder die bange Frage: mit welchen Tricks wird die neue Firma wohl arbeiten?

## Gewerkschaften als reine Versicherungsgesellschaften

Es wäre schön, wenn man sagen könnte, daß es wenigstens etwas Reaktion darüber gegeben hätte, was in den letzten dreißig Jahren oder so auf dem Bau gelaufen ist. Es ist ein untrügliches Zeichen für das Ausmaß der Niederlage, daß es nicht einmal das gibt. Es hat meines Erachtens auch keine Veränderungen bei den üblichen Positionen gegeben. Es gibt immer noch die diversen Ideologien, deren Argumente mehr oder weniger aus der Vergangenheit stammen. Ein arbeitsloser irischer Zimmermann, der schon in allen möglichen Bauszenen gearbeitet hatte (mal gewerkschaftlich organisiert, mal ohne Papiere), war vor kurzem auf einer Versammlung der Ortsgruppe der Baugewerkschaft UCATT von Shepherds Bush in der Londoner Innenstadt. Er war ehrlich und erzählte, daß er ab und zu einige Jobs nebenher mache, um sein lächerliches Arbeitslosengeld aufzubessern. Einige Mitglieder der Ortsgruppe griffen ihn tatsächlich an, er sei ein »scab« [Streikbrecher], obwohl der Mann in seinen vierzig Jahren auf dem Bau nie einen Streik gebrochen hatte. Als er mir mit rollenden Augen und kopfschüttelnd diese Geschichte erzählte, war er offensichtlich sehr verärgert. Das ist einfach zu viel.

Auf der anderen Seite haben die Baugewerkschaften von der EPIU über die TGWU bis zur UCATT jetzt offiziell registrierte Selbständige in ihren Reihen akzeptiert, und es ist nicht schwer, ganz normal Mitgliedsbeiträge bezahlende Gewerkschaftsmitglieder zu finden, die als Selbständige für halsabschneiderische Subunternehmer arbeiten. Aber sie treten nicht in die Gewerkschaft ein, um z.B. die Organisation am Arbeitsplatz zu stärken, sondern sie sehen in ihr eine Form von Versicherung und Rechtsschutz, falls bei der Arbeit was schieflaufen sollte. Denn der kostenlose Rechtsschutz ist für die Mehrheit der ArbeiterInnen gesetzlich eingeschränkt worden. Die Gewerkschaften werden so zur Versicherungsgesellschaft der ArbeiterInnen.

Bei einigen Gewerkschaftsfundamentalisten hat das zu einer Gegenreaktion geführt. Sie wollen nun die Zeiten wiederhaben, als das Nur-Arbeitskraft-Subunternehmertum auf vielen Baustellen ausgeschlossen war und alle für eine Firma arbeiteten, was es einfacher machte, eine geeinte Kraft gegen die Bosse auf die Beine zu stellen. Natürlich wären wir um einiges glücklicher, wenn es wichtige Streiks im Baugewerbe gäbe. Doch die meisten Arbeiter, die so weitermachen, stehen schon auf so vielen schwarzen Listen, daß sie auf einer Baustelle keinen Job mehr bekommen können, solange diese blindwütige Reaktion anhält. Der Maurer Brian

Higgins von der »Building Worker«-Gruppe<sup>6</sup> ist der bekannteste unter ihnen. Zusammen mit anderen baute er Ende der 80er Jahre eine Maurerkolonne auf, arbeitete auf einer Pauschalarbeit-Baustelle, agitierte für gewerkschaftliche Organisation, setzte Streiks in Gang, die sich lawinenartig ausbreiteten, bis hin zur Blockierung größerer Baustellen mitten in London (z.B. der London Bridge City). Sehr beeindruckend, aber von heute aus erscheinen die späten 80er Jahre als eine Zeit relativ großer Freiheiten. Higgins kriegt keinen Job mehr, doch er versucht ständig, Staub aufzuwirbeln. Leider ist er von der Idee besessen, aus der Gewerkschaft eine »demokratischere« Organisation zu machen. Er fordert Redefreiheit und zieht unablässig gegen Funktionäre los, denen er den »Ausverkauf« vorwirft. (...) Kürzlich wurde Higgins von einem UCATT-Funktionär (Dominic Hekir) wegen Verleumdung verklagt. Ja, verklagt! Das zeigt nur, wie weit der Terrorismus des Geldes heutzutage in Großbritannien reicht, wenn ein nicht gerade armer Bürokrat von einem Arbeiter Geld verlangt, der keinen Penny hat. Im Grunde will Higgins eine Gewerkschaft, die der Basis verantwortlich ist; eine echte Gewerkschaft, eine kämpfende Gewerkschaft (sic!).

Vermutlich kann die heutige Trägheit der Gewerkschaften in Großbritannien nicht ewig andauern. In den USA (dem anderen Mekka des freien Marktes) sind sie in einem Wandel begriffen, einige Bürokraten bringen »feurige« Statements in Umlauf, in denen sie zum Aufstand der amerikanischen Arbeiterklasse aufrufen. Was soll das bedeuten? Soll es heißen, es kommt wieder zur Rebellion, ein paar daran beteiligte Individuen versuchen danach, die Gewerkschaften zu verändern, haben einen Erfolg, steigen auf und gelangen in Machtposition? Auf diese Weise kommen nur neue Illusionen zustande. Es wäre eine sinnlose Wiederholung, wieder mal ein revolutionärer Durchbruch verhindert.

### **Wenn die Nacht am tiefsten ist ...**

Laßt euch nicht verarschen. Das ganze Geschwätz von einem selbsttragenden kapitalistischen Aufschwung in einem Großbritannien der neuen Richtung ist Unsinn. Viel davon kommt aus den hiesigen Medien, die unter stärkerer Kontrolle durch das Management stehen als in den meisten anderen Ländern Europas. Die Medien sind zu einer einzigen, berauschten Front für die neo-liberalistische Wirtschaftspolitik geworden. Klar, es gibt jetzt etwas mehr Investitionen von weltweit operierenden Multis. Sie kommen nach Großbritannien, weil die Arbeit billiger als in vielen anderen Ländern

---

<sup>6</sup> »Building Worker«: Gruppe und gleichnamige Zeitung militanter Basisgewerkschafter.

Europas oder sogar in Süd-Korea ist. In Wales kostet ein Arbeiter 8 000 Pfund im Jahr. In Seoul müßten sie 10 000 bis 12 000 Pfund bezahlen, weshalb es kein Wunder ist, wenn koreanische Multis die Vorteile dieses kapitalistischen Paradieses ausnutzen. Aber von einem allgemeinen Aufschwung kann keine Rede sein. Die Ungleichheit zwischen den Reichen und den Armen ist größer, als sie es in Großbritannien nach 1880 jemals gewesen ist. Und was ist mit der angeblich sinkenden Arbeitslosigkeit? Es mag mehr Teilzeitarbeit geben, aber die Vollzeitbeschäftigung hat in keiner Weise zugenommen. Die Unternehmen »verschlanken« sich, schmeißen überall VollzeitarbeiterInnen raus, während ihre Aktienkurse und Dividendauszahlungen höher und höher steigen. Außerdem streichen die Arbeitsämter immer mehr Leuten sämtliche Leistungen, in die Arbeitslosenzahlen gehen jedoch nur die ein, die Leistungen erhalten. Im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Staaten tauchen damit viele Leute, die einen Job suchen, in den Statistiken gar nicht auf. Mittlerweile erklären sogar die amtlichen Statistiker in aller Öffentlichkeit, daß das eine lächerliche Situation ist. Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien könnte fast so hoch sein wie in Deutschland. Wer will das wissen, wenn alles eine völlige Lüge ist? Einen wirklichen Aufschwung gibt es allerdings beim Bau von Gefängnissen (wodurch ein paar mehr Bauarbeiter eine Beschäftigung haben). Die werden für ein Bestrafungssystem gebraucht, das jede Woche 250 neue Leute wegen kleiner Verstöße in die Knäste schickt: Kapitalverbrechen wie Ladendiebstahl, kleine Brüche, Zahlungsversäumnisse bei Geldstrafen oder Graffiti. Aber was sollst du tun, wenn die Leute buchstäblich ohne einen Penny in der Tasche herumlaufen und überall die Welt des Geldes und des Konsums verkündet wird? Die Abzockereien der Reichen werden mehr oder weniger toleriert. Das alles läuft völlig offen, und gegen die unten werden immer noch mehr Gesetze und Strafen in Anschlag gebracht. Ist es da verwunderlich, daß der Geld-Terrorismus, unter dessen Herrschaft die ArbeiterInnen und andere Proletarier leben, nur darauf wartet, auf unsere europäischen Nachbarn losgelassen zu werden?

Eine mächtige Fraktion des hiesigen Kapitals will dem Rest der Welt eine modernisierte Version des »Manchester-Freihandelsliberalismus« vermachen. Ironischerweise stützt sie sich auf eine »little Englander«-Mentalität<sup>7</sup> oder eher eine »home counties«-Mentalität<sup>8</sup>, die jetzt meint, die Welt stünde ihr offen. Im Vergleich dazu erscheint selbst die obszöne

---

<sup>7</sup> »little Englander« bedeutet etwa: England ist das einzige zivilierte Land. Anm.d.Ü.

<sup>8</sup> »home counties«: Gegend rings um London, auf die sich die Konterrevolution von Thatcher stützte. Dort wohnen diejenigen, die es zu was gebracht haben. Anm.d.Ü.

Blütezeit des britischen Imperialismus noch als aufgeklärt und progressiv. Wir sind der letzte Akt der Misere, die auch euch schon bald ins Haus stehen könnte, wenn die mit der Wirtschaftspolitik des freien Marktes unvermeidlich verbundenen Revolten nicht bewußter und vernünftiger durchgeführt werden, als es hier der Fall war. Auch wenn die Leute ängstlich sind, sie dürsten nach Rache, das kannst du glauben. Aber wann wird sie wieder ausbrechen?

*Dave W., März 1997*

»Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehn mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger.«

